

Beteiligungsbericht der Stadt Bergkamen

- Geschäftsjahr 2015 -

Impressum

Herausgeber:	Stadt Bergkamen Der Bürgermeister Rathausplatz 1 59192 Bergkamen
Redaktion:	Kämmerei/Beteiligungsverwaltung Sachgebietsleiterin: Monika Mölle Tel. 02307/965-299
E-Mail:	info@bergkamen.de
Internet:	www.bergkamen.de
Druck:	Druckerei der Stadt Bergkamen

Oktober 2016

Inhaltsverzeichnis

	<u>Seite:</u>
1. Vorwort	5
2. Zulässigkeit wirtschaftlicher Betätigung	9
3. Übersicht über die Beteiligungen der Stadt	15
3.1 Unmittelbare Beteiligungen	17
3.2 Mittelbare Beteiligungen	21
4. Darstellung der einzelnen Unternehmen	25
4.1 GSW Gemeinschaftsstadtwerke Kamen-Bönen-Bergkamen GmbH	27
4.2 Unnaer Kreis Bau- und Siedlungsgesellschaft mbH (UKBS)	45
4.3 Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH (VKU)	61
4.4 Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH (WFG)	73
4.5 TECHNOPARK KAMEN GmbH	87
4.6 Antenne Unna Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG	97
4.7 Bauverein und Siedlungsgenossenschaft Hamm eG	109
5. Darstellung der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen	121
5.1 Stadtbetrieb Entwässerung Bergkamen (SEB)	123
5.2 EntsorgungsBetriebBergkamen (EBB)	129
6. Darstellung der Kreditinstitute und Verbände	135
6.1 Sparkasse Bergkamen-Bönen	137
6.2 Lippeverband	149

1. Vorwort

Vorwort

Die Verpflichtung der Stadt Bergkamen zur Aufstellung eines Beteiligungsberichtes ergibt sich aus den Vorschriften des § 117 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) i. V. m. § 52 der Gemeindehaushaltsverordnung NRW (GemHVO NRW).

Mit dem vorliegenden Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2015 werden die wesentlichen Aussagen und Daten aus dem Berichts- und Rechnungswesen der Gesellschaften zusammengetragen, an denen die Stadt Bergkamen unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist.

Er basiert auf den geprüften Jahresabschlüssen und Lageberichten der Unternehmen für das abgeschlossene Geschäfts- bzw. Wirtschaftsjahr 2015. Zur Darstellung der Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wurden die Zahlen der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnung in Tabellen zusammengefasst und in einem Dreijahresvergleich gegenüber gestellt.

Der Beteiligungsbericht ist nach § 49 Abs. 2 GemHVO NRW und nach § 117 Abs. 1 S. 2 GO NRW dem Gesamtabschluss beizufügen. Mit der Vorlage des Gesamtabchlusses zum 31.12.2015 wird der Beteiligungsbericht diesem als Anlage beigelegt.

Während der Gesamtabschluss, die Jahresabschlüsse der Stadt und der wesentlichen verselbstständigten Aufgabenbereiche konsolidiert, legt der Beteiligungsbericht indessen den Fokus auf die einzelnen Beteiligungen.

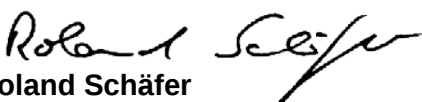
Im Beteiligungsbericht nach § 117 GO NRW sind gemäß § 52 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO NRW) gesondert anzugeben und zu erläutern:

1. die Ziele der Beteiligung,
2. die Erfüllung des öffentlichen Zwecks,
3. die Beteiligungsverhältnisse,
4. die Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen der letzten drei Abschlussstichtage,
5. die Leistungen der Beteiligungen, bei wesentlichen Beteiligungen mit Hilfe von Kennzahlen,
6. die wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und mit der Gemeinde,
7. die Zusammensetzung der Organe der Beteiligungen,
8. der Personalbestand jeder Beteiligung.

Neben der gesetzlichen Verpflichtung dient dieser Bericht den politisch verantwortlichen Mandatsträgern und den interessierten Bürgerinnen und Bürgern dazu, sich einen Überblick über die Beteiligungsverhältnisse und wirtschaftlichen Aktivitäten der Stadt Bergkamen sowie über die Aufgabenerfüllung und finanzielle Situation in den Beteiligungsunternehmen zu verschaffen.

Aus diesem Grunde wird der Beteiligungsbericht für jeden Interessierten zur Einsichtnahme in der Kämmerei bereitgehalten und zusätzlich im Internet unter **www.bergkamen.de** veröffentlicht.

Bergkamen, im Oktober 2016


Roland Schäfer
Bürgermeister


Holger Lachmann
Beigeordneter und Stadtkämmerer

2. Zulässigkeit wirtschaftlicher Betätigung

Zulässigkeit wirtschaftlicher Betätigung

I. Rechtsgrundlagen

Die Selbstverwaltungsgarantie ist festgelegt in Art. 28 des Grundgesetzes und Art. 78 der Landesverfassung NRW. Hiermit ist gemeint, dass die Kommunen grundsätzlich berechtigt sind, ihre eigenen Angelegenheiten selbst zu regeln.

Den rechtlichen Rahmen für die Voraussetzungen und die Form der wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung der Kommunen bilden die §§ 107 ff GO NRW.

Dazu zählt auch das Recht der Kommunen auf wirtschaftliche Betätigung zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben.

(1) Die Gemeinde darf sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirtschaftlich betätigen, wenn

1. ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert,
2. die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Stadt Bergkamen steht und
3. bei einem Tätigwerden außerhalb der Energieversorgung, der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telefondienstleistungen der dringende öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht ebenso gut und wirtschaftlich erfüllt werden kann.

Das Betreiben eines Telekommunikationsnetzes umfasst nicht den Vertrieb und/oder die Installation von Endgeräten von Telekommunikationsanlagen. Als wirtschaftliche Betätigung ist der Betrieb von Unternehmen zu verstehen, die als Hersteller, Anbieter oder Verteiler von Gütern oder Dienstleistungen am Markt tätig werden, sofern die Leistung ihrer Art nach auch von einem Privaten mit der Absicht der Gewinnerzielung erbracht werden könnte.

Mit dem Gesetz zur Revitalisierung des Gemeindewirtschaftsrechts vom 21.12.2010 sind die Bestimmungen des Gemeindewirtschaftsrechts mit dem Ziel neu gefasst worden, die Wettbewerbsfähigkeit der Kommunalwirtschaft in Zeiten von deregulierten Märkten zu erhalten und wieder zu verbessern. Die überregionale Wettbewerbsmöglichkeit der kommunalen Energieversorger sollte gesichert werden und den Kommunen sollten Gestaltungsspielräume eröffnet werden, die eine effiziente Aufgabenerledigung und eine bessere interkommunale Zusammenarbeit erleichtern.

(2) Als wirtschaftliche Betätigung im Sinne dieses Abschnitts gilt nicht der Betrieb von

1. Einrichtungen, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist,
2. öffentlichen Einrichtungen, die für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind, insbesondere Einrichtungen auf den Gebieten
 - Erziehung, Bildung oder Kultur (Schulen, Volkshochschulen, Tageseinrichtungen für Kinder und sonstige Einrichtungen der Jugendhilfe, Bibliotheken, Museen, Ausstellungen, Opern, Theater, Kinos, Bühnen, Orchester, Stadthallen, Begegnungsstätten),
 - Sport oder Erholung (Sportanlagen, zoologische und botanische Gärten, Wald-, Park- und Gartenanlagen, Herbergen, Erholungsheime, Bäder, Einrichtungen zur Veranstaltung von Volksfesten),
 - Gesundheits- oder Sozialwesen (Krankenhäuser, Bestattungseinrichtungen, Sanatorien, Kurparks, Senioren- und Behindertenheime, Frauenhäuser, soziale und medizinische Beratungsstellen),
3. Einrichtungen, die der Straßenreinigung, der Wirtschaftsförderung, der Fremdenverkehrsförderung oder der Wohnraumversorgung dienen,
4. Einrichtungen des Umweltschutzes, insbesondere der Abfallentsorgung oder Abwasserbeseitigung sowie des Messe- und Ausstellungswesens,
5. Einrichtungen, die ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs von Gemeinden und Gemeindeverbänden dienen.

Auch diese Einrichtungen sind, soweit es mit ihrem öffentlichen Zweck vereinbar ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten und können entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden. Das Innenministerium kann durch Rechtsverordnung bestimmen, dass Einrichtungen, die nach Art und Umfang eine selbständige Betriebsführung erfordern, ganz oder teilweise nach den für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften zu führen sind; hierbei können auch Regelungen getroffen werden, die von einzelnen der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften abweichen.

- (3) Die wirtschaftliche Betätigung außerhalb des Gemeindegebietes ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 vorliegen und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Bei der Versorgung mit Strom und Gas gelten nur die Interessen als berechtigt, die nach den Vorschriften des Energiewirtschaftsgesetzes eine Einschränkung des Wettbewerbs zulassen. Die Aufnahme einer wirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung.

Für den Bereich der **energiewirtschaftlichen Betätigung** besagt der eingeführte § 107 a GO NRW u. a., dass die wirtschaftliche Betätigung in den Bereichen Strom, Gas und Wasserversorgung einem öffentlichen Zweck dient und zulässig ist, wenn sie nach Art

und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Kommunen steht.

- (4) Vor der Entscheidung über die Gründung von bzw. die unmittelbare oder mittelbare Beteiligung an Unternehmen im Sinne des Absatzes 1 ist der Rat auf der Grundlage einer Marktanalyse über die Chancen und Risiken des beabsichtigten wirtschaftlichen Engagements und über die Auswirkungen auf das Handwerk und die mittelständische Wirtschaft zu unterrichten. Den örtlichen Selbstverwaltungsorganisationen von Handwerk, Industrie und Handel und der für die Beschäftigten der jeweiligen Branche handelnden Gewerkschaften ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu den Marktanalysen zu geben.
- (5) Bankunternehmen darf die Gemeinde nicht errichten, übernehmen oder betreiben.
- (6) Für das öffentliche Sparkassenwesen gelten die dafür erlassenen besonderen Vorschriften.

Darüber hinaus gelten gemäß § 108 GO NRW spezielle Voraussetzungen für Unternehmen und Einrichtungen des privaten Rechts.

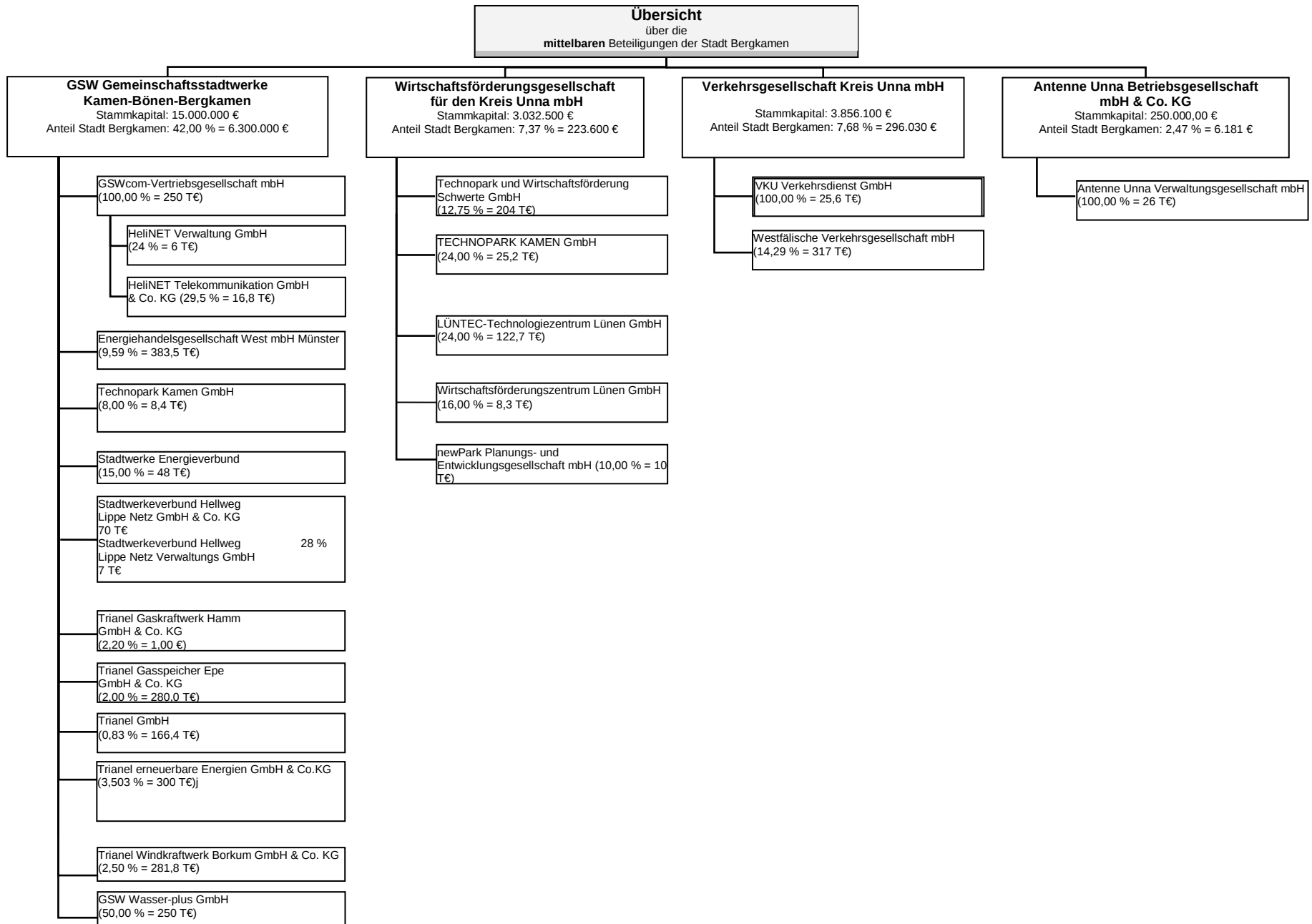
3. Übersicht über die Beteiligungen der Stadt

3.1 Unmittelbare Beteiligungen

Übersicht über die unmittelbaren Beteiligungen der Stadt Bergkamen im Geschäftsjahr 2015

Stadt Bergkamen	
42,00 % 6.300.000,00 €	GSW Gemeinschaftsstadtwerke Kamen - Bönen - Bergkamen GmbH
7,68 % 296.030,00 €	Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH
2,47 % 6.181,33 €	Antenne Unna Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG
6,00 % 6.300,00 €	TECHNOPARK KAMEN GmbH
7,37 % 223.600,00 €	Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH
14,00 % 364.000,00 €	Unnaer Kreis Bau- und Siedlungsgesellschaft mbH
18 Anteile zu je 260,00 €	Bauverein und Siedlungsgenossenschaft Hamm eG

3.2 Mittelbare Beteiligungen



4. Darstellung der einzelnen Unternehmen

4.1 GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen-Bönen-Bergkamen

GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen-Bönen-Bergkamen

Poststr. 4
59174 Kamen
Telefon: 02307/978-0
Telefax : 02307/978-333
E-Mail: service@gsw-kamen.de
Internet: www.gsw-kamen.de

Mit Datum vom 01.01.1995 führt die Firma den Namen „GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen-Bönen-Bergkamen“ (vormals Stadtwerke Kamen GmbH).

Die Gesellschaft wurde am 11.04.1995 im Handelsregister beim Amtsgericht Hamm, Abteilung B, Nr. 4623, eingetragen.

Der Gesellschaftsvertrag (GV) ist gültig in der Fassung vom 07.03.2001.

Gesellschaftszweck

Gegenstand des Unternehmens ist nach § 2 Abs. 1 GV die Versorgung mit Strom, Gas, Wasser und Wärme sowie der Betrieb von Freizeiteinrichtungen. Der Gesellschaft können weitere Aufgaben übertragen werden.

Nach Abs. 2 ist die Gesellschaft zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe erwerben, errichten oder pachten.

Die wirtschaftliche Betätigung der Stadt Bergkamen ist gemäß § 107 Abs. 1 Nr. 3 der Gemeindeordnung NRW - Energie- und Wasserversorgung - zulässig.

Beteiligungsverhältnisse

Das gezeichnete Kapital von 15,0 Mio. € entfällt auf die Gesellschafter wie folgt:

	Anteil am Stammkapital in	
	€	%
Stadt Kamen	6.300.000,00	42
Stadt Bergkamen	6.300.000,00	42
Gemeinde Bönen	2.400.000,00	16

Zusammensetzung der Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung

Jochen Baudrexl
Robert Stams

Aufsichtsrat

Vorsitzender

Hermann Hupe, Bürgermeister **Stadt Kamen**

1. stellv. Vorsitzender

Roland Schäfer, Bürgermeister **Stadt Bergkamen**

Für die **Stadt Bergkamen** sind im Aufsichtsrat vertreten:

Roland Schäfer, Bürgermeister
(Vertreter: Dr.-Ing. Hans-Joachim Peters, Erster Beigeordneter)
Bernd Schäfer, Stadtverordneter
(Vertreter: Uwe Reichelt)
Rüdiger Weiß, Stadtverordneter
(Vertreter: Michael Jürgens, Stadtverordneter)
Volker Weirich, Stadtverordneter
(Vertreterin: Sandra Hagen, Stadtverordnete)
Thomas Heinzel, Stadtverordneter
(Vertreterin: Rosemarie Degenhardt, Stadtverordnete)
Martina Plath, Stadtverordnete
(Vertreter: Marco Morten Pufke)
Harald Sparringa, Stadtverordneter
(Vertreter: Hans-Joachim Wehmann, Stadtverordneter)

Gesellschafterversammlung

Für die **Stadt Bergkamen** sind in die Gesellschafterversammlung entsandt:

Holger Lachmann, Beigeordneter und Kämmerer
Kay Schulte, Stadtverordneter
Manuela Veit, Stadtverordnete
Thomas Eder, Stadtverordneter
Thomas Grziwotz, Stadtverordneter

Personalbestand

Anzahl der Mitarbeiter: 185 (davon 9 Auszubildende)

Wesentliches aus dem Geschäftsbericht

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Gesellschaftsstruktur und Geschäftstätigkeit

Die GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen – Bönen – Bergkamen (GSW) hat ihren Geschäftssitz in Kamen. Am Stammkapital von 15 Mio. Euro sind die Stadt Kamen mit 42 Prozent, die Gemeinde Bönen mit 16 Prozent und die Stadt Bergkamen mit 42 Prozent beteiligt.

GSW ist als regionaler Energieversorger in den Gesellschafterkommunen Kamen, Bönen und Bergkamen für ihre Kunden tätig. Zu den Kerngeschäften der GSW gehören die Strom-, Gas-, Wasser- und Wärmeversorgung sowie die Eigenerzeugung durch BHKWs und Windenergieanlagen. Darüber hinaus betreibt GSW Freizeiteinrichtungen in den Gesellschafterkommunen.

Die Unternehmensstrategie der GSW ist auf Regionalität, Effizienz und Nachhaltigkeit ausgerichtet. Sie will ihren Kunden auch in Zukunft zuverlässig und wirtschaftlich umweltfreundliche Energie liefern, ihren Anteilseignern Kontinuität anbieten und den Mitarbeitern sichere und attraktive Arbeitsplätze bieten.

Den Ergebnisbelastungen aufgrund energiepolitischer und energiewirtschaftlicher Rahmenbedingungen wird mit Effizienzsteigerungen und Kosteneinsparungen entgegnet.

Für den Substanzerhalt und eine sichere Versorgung investiert das Unternehmen kontinuierlich in die Erneuerung und Modernisierung der Versorgungsanlagen. Auch in Zukunft wird der Schwerpunkt der Investitionen im Ausbau von Energieerzeugungsanlagen nach dem EEG liegen.

Allgemeine wirtschaftliche Lage

Die deutsche Wirtschaft ist in 2015 um 1,7 Prozent gewachsen. Dabei trug den größten Anteil die dynamische Entwicklung des inländischen Konsums. Für das kommende Jahr wird mit einer leichten Fortsetzung dieser Entwicklung gerechnet.

Im Jahr 2015 ist das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt um 1,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Diese Entwicklung übertrifft den Anstieg aus 2014 von 1,6 Prozent. Im Vergleich zum Durchschnitt der letzten 10 Jahre ist dies als leicht überdurchschnittliches Wachstum einzuordnen. Der Anstieg resultiert aus dem privaten und staatlichen Konsum. Auch der Außenhandel konnte im letzten Jahr an Fahrt aufnehmen. Die Importe sind etwas stärker gestiegen als die Exporte.

Für 2016 sind die Konjunkturerwartungen etwas gedämpft aufgrund von Ereignissen außerhalb von Deutschland. In China führte der erneute Aktieneinbruch zur Abschwächung der chinesischen Wirtschaft und zu Kurseinbrüchen in Deutschland sowie weltweit. Der DAX verlor in den ersten zwei Wochen im Januar mehr als 10 Prozent. Auch der Abwärtstrend

des Ölpreises nimmt wieder Fahrt auf. Das günstige Öl entlastet zwar den Verbraucher und viele Unternehmungen in Deutschland, führt aber in den erdölproduzierenden Schwellenländern zunehmend zu wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Als Reaktion senkte jüngst der internationale Währungsfond seine Wachstumsprognose für die globale Wirtschaft. Die Prognose dämpft die deutsche Exportwirtschaft und trübt die Erwartungen. Angesichts des Ölpreisverfalls bleibt die Inflationsrate weiterhin sehr niedrig. Eine geldpolitische Wende ist im Euroraum somit in absehbarer Zeit nicht zu erwarten. Der inländische Konsum bleibt aufgrund des starken Arbeitsmarktes die tragende Säule der Konjunktur.

Energiepolitische Rahmenbedingungen

Der stetige Ausbau der erneuerbaren Energien in den vergangenen Jahren hat zusammen mit dem Einspeisevorrang von Strom aus erneuerbaren Energien zu einem starken Verfall der Strompreise an den Großhandelsmärkten geführt. Dies hat zur Folge, dass die Profitabilität von konventionellen Kraftwerken, Gaskraftwerken sowie umweltfreundlichen Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen stark zurückgegangen ist. Zurzeit sieht die GSW keine Anzeichen, dass sich die Strompreise signifikant verändern werden. Um den hohen Grad der Versorgungssicherheit in Deutschland aufrecht erhalten zu können, ist es mittelfristig erforderlich, dass ein Kapazitätsmechanismus eingeführt wird, der den wirtschaftlichen Betrieb von vorrätig gehaltenen Erzeugungskapazitäten ermöglicht.

Vor Ort

GSW als starker Partner vor Ort engagiert sich für ihre Bürgerinnen und Bürger seit mehr als 20 Jahren in der Region. So unterstützt die GSW viele gesellschaftliche und soziale Projekte und leistet somit einen Beitrag, der die Gesellschafterkommunen noch lebenswerter macht.

Mit Wirkung zum 01.01.2015 sind die neuen Stromkonzessionen mit einer Laufzeit von 20 Jahren in Kraft getreten. Mit der Verlängerung der Stromkonzessionen wurden auch neue Straßenbeleuchtungsverträge mit den Gesellschafterkommunen über einen Zeitraum von 20 Jahren abgeschlossen. Ein wesentlicher Bestandteil des Vertrages betrifft die Umstellung der Leuchtmittel auf LED. Ziel ist es, bis zum Ende der Vertragslaufzeit die gesamte Straßenbeleuchtung auf LED umzustellen. Zum Ende der Umstellung rechnet die GSW mit einer Ersparnis des Stromeinsatzes von mehr als 60 Prozent.

Mit dem Windpark in Süddeutschland, der Beteiligung am Offshore Windpark in Borkum, den Photovoltaikanlagen sowie den Kraftwärmekopplungsanlagen kann GSW schon heute mehr als 15.000 Haushalte mit ökologisch hergestelltem Strom versorgen.

Wie in den Vorjahren hat GSW auch im Berichtsjahr für die Umstellung bzw. Modernisierung von Heizkesselanlagen auf Erdgas Darlehen zu attraktiven Konditionen an die Kunden vergeben. In 2015 wurden für die Umstellung bzw. Modernisierung Darlehen mit einer Gesamtsumme von 145 TEuro von den Heizgaskunden in Anspruch genommen. Auch hierdurch wurde eine Verbesserung der Klimabilanz erreicht.

Ein weiteres zentrales Thema war und ist die Bäderlandschaft in Kamen und Bergkamen. Der Sanierungsbedarf für die Einrichtungen in Kamen und Bergkamen von rund 27 Mio. Euro hat bei den Anteilseignern eine Bäderdebatte ausgelöst. Auf Basis eines Gutachtens haben

sich die Gesellschafterkommunen gegen eine Sanierung ausgesprochen und streben einen Neubau in ihren Kommunen an. Neben der Standortfrage eines Neubaus jeweils in Kamen und Bergkamen wird auch der Neubau eines Zentralbades für Kamen und Bergkamen zur Diskussion gestellt.

Im Endkundengeschäft nimmt der Wettbewerb weiterhin an Fahrt auf. Um dem entgegen zu treten, hat die GSW den Kunden in der Grundversorgung ein verbessertes Angebot unterbreitet und Vorteile in der Beschaffung bei der Preisbildung für alle Kunden in 2016 berücksichtigt. Neben attraktiven Preisen ist auch eine kompetente Beratung und Bereitstellung von Dienstleistungen für die Kunden ein wichtiger Wettbewerbsfaktor geworden.

Strom- und Erdgaspreise im Handelsmarkt

Die Strompreise für Terminmarktprodukte im deutschen Stromhandelsmarkt waren auch in 2015 rückläufig.

Wie auch im letzten Jahr waren die wesentlichen Gründe für diese Entwicklung der anhaltende Preisverfall an den internationalen Steinkohlemärkten und die zunehmende Einspeisung von EEG-Strom aus Wind- und Solarkraft. Durch den Strompreisverfall werden konventionelle Erzeugungsanlagen zunehmend unattraktiver.

Die Terminmarktprodukte im deutschen Erdgashandelsmarkt für das Jahr 2015 zeigten ebenfalls fallende Preise.

Regulierung und Netze

Sowohl bei den Stromnetzentgelten als auch bei den Gasnetzentgelten befindet sich GSW in der zweiten Regulierungsperiode. Entsprechende Bescheide der Landesregulierungsbehörde liegen vor. Der Genehmigungszeitraum für die Stromnetzentgelte betrifft die Jahre von 2014 bis 2018 und für die Gasnetzentgelte von 2013 bis 2017. Das Jahr 2015 ist Ausgangsniveau der Erlösobergrenzen für Gas, das Jahr 2016 für Strom.

Beteiligungen und Konzessionen

Zusammen mit 33 Stadtwerken ist GSW an der Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG (TWB) beteiligt. Der Offshore-Windpark mit 40 Windenergieanlagen liegt rund 45 Kilometer vor der Küste der Nordseeinsel Borkum. Die in 2011 begonnene Bauphase konnte in 2015 abgeschlossen werden, sodass sich die Gesellschaft nun im Regelbetrieb befindet.

Nach Realisierung des Netzanschlusses am 23. Dezember 2014 durch den anbindungsverantwortlichen Übertragungsnetzbetreiber TenneT TSO GmbH (TenneT) wurde die finale Inbetriebsetzung der Generatoren, Umrichter und Transformatoren der Windenergieanlagen (WEA) durchgeführt, mit der sukzessive die physikalische Einspeisung von Strom und somit die Aufnahme der operativen Tätigkeit durch TWB begann. Parallel erfolgten die finalen Inbetriebnahmearbeiten an dem Umspannwerk.

Nachdem die erste WEA am 1. Februar 2015 in Betrieb genommen wurde, konnten bis September 2015 alle 40 WEA erfolgreich ihrem Zweck zugeführt werden.

GSW ist Gesellschafter der Energiehandelsgesellschaft West mbH (EHW) mit einem Geschäftsanteil von 9,6 Prozent. In 2013 wurde gegen die EHW ein steuerliches Ermittlungsverfahren wegen eines internationalen Umsatzsteuerkarussells eingeleitet. Die Rückforderung der in Anspruch genommenen Vorsteuer beträgt rund 13 Mio. Euro. Damit die EHW nicht mit Erlass eines Umsatzsteuerbescheides in die Insolvenz gerät, haben die Gesellschafter ein Agio in die Kapitalrücklage eingezahlt. Nach einem vorläufigen Ermittlungsergebnis der Finanzbehörden, wurde ein Umsatzsteuerbescheid erlassen. GSW hat daraufhin das Agio mit rund 50 Prozent bzw. einem Wert von 1.266 TEuro abgeschrieben.

Als einen weiteren Baustein für die Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien, hat sich GSW an der Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG (TEE) mit einer Kommanditeinlage von bis zu 3 Mio. Euro beteiligt. Gegenstand des Unternehmens ist die Planung und Entwicklung, die Errichtung und der Betrieb von Onshore Windenergieanlagen und Fotovoltaik-Freiflächenanlagen in Deutschland.

Geschäftsentwicklung

Endkundenpreise

Im Stromvertriebssegment der Privat- und Gewerbekunden konnten in 2015 - trotz eines weiteren Anstiegs der nicht beeinflussbaren Anteile aus staatlichen Aufschlägen und den Netznutzungsentgelten - die Endkundenpreise stabil gehalten werden. Die staatlichen Anteile und regulierten Netzentgelte machen in der Stromrechnung eines grundversorgten Kunden mit 3.500 Kilowattstunden pro Jahr einen Anteil von 72,4 Prozent aus.

In der Erdgassparte konnten in 2015 – trotz gestiegener Entgelte für den Transport -die Endkundenpreise im Vertriebssegment Privat- und Gewerbekunden konstant gehalten werden.

Die Wasserpreise änderten sich in 2015 trotz steigender Wasserbezugspreise nicht.

In den Fernwärmegebieten Seseke Aue und Kamen Karree wurden zum 01.01.2015 die Fernwärmepreise und die Preisänderungsklauseln angepasst. Damit wurde zum einen den Anforderungen an die Transparenz und zum anderen die Anlehnung der Preisentwicklung an die tatsächliche Kostenentwicklung genüge getan. Die Anwendung der neuen Fernwärmepreise hat auf der Kundenseite zu einer durchschnittlichen Preissenkung von 10,2 Prozent geführt.

Die Fernwärmepreise für die Fernwärmeinsel Bergkamen-Innenstadt sanken nach der Anwendung der bestehenden Preisänderungsklauseln im Vergleich zum Vorjahr um 12,1 Prozent.

Wärmebeschaffung Fernwärmeinsel Bergkamen-Innenstadt

Der Wärmebedarf für die Fernwärmeinsel Bergkamen-Innenstadt wurde in 2015 größtenteils durch das Kohlekraftwerk Bergkamen-Heil und das GSW-eigene Stützheizwerk sichergestellt. Nach der Anbindung des Biomassekraftwerkes an das Fernwärmenetz in Bergkamen hat GSW mit der Umstellung des Fernwärmebezuges vom Steinkohlekraftwerk Bergkamen-Heil auf das Biomassekraftwerk in Bergkamen einen deutlichen Schritt in Richtung CO₂ Reduzierung vollzogen. Aufgrund von laufenden Verträgen erfolgte der Wärmebezug bis zum 31.12.2015 noch parallel und seit dem 01.01.2016 nur noch über das Biomassekraftwerk. Mit der Anbindung an das Biomassekraftwerk wird die in 2011 von der Fernwärme Niederrhein erworbene Transportleitung nicht mehr benötigt und wurde zum 31.12.2015 stillgelegt. Die Transportleitung wurde zum 31.12.2015 mit einem Restbuchwert von 728.810 Euro ausgebucht.

Mitarbeiter

Im Geschäftsjahr 2015 beschäftigte GSW 185 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon 9 Auszubildende und 1 Mitarbeiter, der sich in der Passivphase der Altersteilzeit befindet. Gegenüber dem Vorjahr ist die Anzahl der durchschnittlich Beschäftigten leicht gesunken. Die Mitarbeiter werden nach den Regelungen des Tarifvertrages für Versorgungsbetriebe (TV-V) beschäftigt.

Um den ständig wachsenden Anforderungen der sich dynamisch verändernden Energiebranche Rechnung zu tragen, wurden Fort- und Weiterbildungen sowie diverse Workshops und Schulungen durchgeführt. Hierzu zählen auch die vorgeschriebenen Unterweisungen zur Arbeitssicherheit.

Bei der GSW hat die betriebliche Ausbildung nach wie vor einen hohen Stellenwert. In 2015 befinden sich 9 junge Menschen mit dem Ausbildungsziel Industrie-kauffrau/-mann, Anlagenmechaniker/in, Elektroniker/in für Betriebstechnik und Fachangestellte/r für Bäderbetriebe in der Ausbildung. Im Anschluss ihrer Ausbildung ermöglicht GSW ihren Auszubildenden zunächst eine befristete Übernahme.

Ertragslage

Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse (ohne Energiesteuern) betragen im Vergleich zum Vorjahr unverändert 137,6 Mio. Euro. Nach Abzug des Materialaufwands, der übrigen Geschäfts- und Finanzaufwendungen sowie der Steuern verblieb ein Jahresüberschuss von 1,8 Mio. Euro (im Vorjahr 1,7 Mio. Euro). 1,3 Mio. Euro sind für eine Ausschüttung an die Gesellschafter vorgesehen; 0,5 Mio. Euro sollen in die Gewinnrücklage eingestellt werden.

Der wesentliche Teil der Unternehmenstätigkeit entfiel auf den Energiebereich.

In der Stromversorgung war ein Absatzzrückgang in Höhe von 19,66 Prozent zu verzeichnen, der im Wesentlichen mit dem Wegfall der Handelsmenge von dem Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG zu begründet ist. Die Umsatzerlöse sanken um 7,12 Prozent.

In der Erdgasversorgung stieg die Abgabemenge gegenüber der milden Witterung im Vorjahr um 6,21 Prozent. Die Gradtagszahlen stiegen in 2015 um 13,13 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Der Anstieg der Umsatzerlöse mit 4,22 Prozent erfolgte analog zur Abgabemenge.

Die an Endkunden abgegebene Trinkwassermenge ist in 2015 um 1,86 Prozent gestiegen, der Umsatz stieg analog zur Menge um 1,36 Prozent.

Im Bereich der Wärmeversorgung stieg die Absatzmenge analog zur Erdgasversorgung um 8,74 Prozent. Die Umsatzerlöse reduzierten sich in 2015 aufgrund der vertraglichen Preisgleitklausel um 6,24 Prozent.

Die Freizeiteinrichtungen der GSW haben erstmalig gegenüber den Vorjahren wieder einen Aufwärtstrend der Besucherzahlen zu verzeichnen. Die Anzahl der Besucher ist gegenüber dem Vorjahr um 20.183 Besucher auf nunmehr 383.300 Besucher angestiegen. Die Erlöse deckten lediglich 28 Prozent des Betriebsaufwands; der Betriebsverlust belastete das Unternehmensergebnis.

Vermögenslage

Zu den Gesamtinvestitionen in 2015 gehören im Wesentlichen der Ausbau und die Erneuerung der Stromnetze sowie die Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED.

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Bilanzsumme auf 151,5 Mio. Euro (im Vorjahr 158,1 Mio. Euro) verringert. Den Abschreibungen auf Sach- und Finanzanlagen von 10,9 Mio. Euro standen Investitionen von insgesamt 7,9 Mio. Euro gegenüber.

Die Eigenkapitalquote betrug zum Bilanzstichtag 30,4 Prozent (im Vorjahr 28,3 Prozent) der Bilanzsumme und deckte das Anlagevermögen zu 39 Prozent. Das Anlagevermögen war in voller Höhe durch Eigenkapital und langfristiges Fremdkapital finanziert.

Das Ziel einer Eigenkapitalquote von 33 % wird durch eine Ausschüttung des Jahresüberschusses, bei gleichzeitiger Einstellung notwendiger Mittel in die Kapitalrücklage, nur in kleinen Schritten erreicht.

Finanzlage

Der im Geschäftsjahr 2015 erzielte Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit betrug 3,6 Mio. Euro. Er lag um 11,4 Mio. Euro unter dem Vorjahreswert. Die Veränderung resultiert aus dem Anstieg der Forderungen und dem Rückgang der Verbindlichkeiten.

Der Mittelabfluss aus Investitionstätigkeit in Höhe von 4,3 Mio. Euro erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 1 Mio. Euro. Der Anstieg der Investitionen ist im Wesentlichen mit höheren Investitionen in die Versorgungsnetze zu begründen.

Der Mittelabfluss aus Finanzierungstätigkeit beläuft sich in 2015 auf 7,5 Mio. Euro. Aufgrund einer Sondertilgung eines Darlehens im Vorjahr und keiner weiteren Aufnahme von Darlehen verringerte sich der Mittelabfluss um 4,3 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr.

Der Finanzmittelbestand zum 31.12.2015 beträgt 7,8 Mio. Euro und verringert sich somit gegenüber dem Vorjahr um 8,2 Mio. Euro. Der Finanzmittlrückgang ist im Wesentlichen mit der Erstattung an die Kunden aufgrund der milden Witterung in 2014 zu begründen.

GSW war im Berichtsjahr jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

Erläuterungen zu den Tätigkeiten

Auf Grundlage von § 6b Abs. 7 des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) ist im Lagebericht auf die Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 EnWG einzugehen.

Stromverteilung

GSW betreibt in den Stadtgebieten Kamen und Bergkamen sowie in der Gemeinde Bönen ein Stromversorgungsnetz einschließlich der notwendigen Nebenanlagen.

Das Stromverteilungsnetz setzte sich zum Bilanzstichtag im Wesentlichen wie folgt zusammen:

- Niederspannungsnetz: 899 km
- Mittelspannungsnetz: 514 km
- Freileitungsnetz:
 - Mittelspannung 29 km
 - Niederspannung 86 km
- Hausanschlüsse: 27.217 Stück
- Zähler im Netz: 64.368 Stück
- Transformatorenstationen: 621 Stück (incl. Übernahme-, Kompakt-, Maststationen)

Erdgasverteilung

GSW betreibt in den Stadtgebieten Kamen und Bergkamen sowie der Gemeinde Bönen ein Gasverteilungsnetz einschließlich der notwendigen Nebenanlagen.

Das Gasverteilungsnetz setzte sich zum Bilanzstichtag im Wesentlichen wie folgt zusammen:

- Niederdrucknetz: 152 km
- Mitteldrucknetz: 273 km
- Hochdrucknetz: 19 km
- Hausanschlüsse: 18.443 Stück
- Zähler im Netz: 21.422 Stück

Sonstige Tätigkeiten innerhalb der Stromversorgung

Die sonstigen Tätigkeiten innerhalb der Stromversorgung enthielten im Wesentlichen den Stromvertrieb sowie den Betrieb der Straßenbeleuchtung (Netzlänge: 401 km, Leuchtkörper: 11.954 Stück) und sonstige Dienstleistungen gegenüber Dritten.

Sonstige Tätigkeiten innerhalb der Gasversorgung

Die sonstigen Tätigkeiten innerhalb der Gasversorgung umfassten im Wesentlichen den Gasvertrieb sowie den Betrieb einer Erdgastankstelle und sonstige Dienstleistungen gegenüber Dritten.

Sonstige Tätigkeiten außerhalb der Strom- und Gasversorgung

Unter den sonstigen Tätigkeiten außerhalb der Strom- und Gasversorgung werden hauptsächlich der Betrieb der Wasser- und Wärmeversorgung sowie der Betrieb von Freizeiteinrichtungen ausgewiesen.

Das in Anspruch genommene Wasserverteilnetz umfasste zum Bilanzstichtag 545 Kilometer sowie 26.947 Hausanschlüsse und 27.033 Zähler.

Das Wärmeversorgungsnetz umfasste zum Bilanzstichtag 30 Kilometer sowie 535 Hausanschlüsse und 734 Zähler.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres bis zur Bilanzerstellung, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ausüben, haben sich nicht ereignet.

Chancen- und Risikobericht

Aufgrund der unterschiedlichen Geschäftsfelder und Beteiligungen der GSW gehören die Risiken wie Vertriebs-, Beschaffungs-, Finanz-, Betriebs-, Regulierungs- und Vertragsrisiken zum Tagesgeschäft.

Mit Zunahme der Wettbewerbsintensität ergeben sich potenzielle Absatzrisiken im Strom- und Gasgeschäft. Ein weiteres Risiko stellt der Beschaffungsmarkt mit seinen Preisschwankungen dar. Bedingt durch den stärkeren Wettbewerb sind die Marktrisiken und die strategischen Risiken nicht unbedeutend. Durch das Risikomanagementsystem und ein gezieltes Berichtswesen gewährleistet GSW ein frühzeitiges Erkennen, Analysieren und Gegensteuern von Risiken.

Darüber hinaus hat das Unternehmen zur Begrenzung des Beschaffungsrisikos Energietranchen bis 2017 fest vereinbart.

Das Risiko einer geringeren Energienachfrage der Kunden hat sich verstärkt. Der Grund liegt in der schwankenden Wirtschaftsentwicklung, dem Wettbewerb, der Energieeffizienz und einem steigendem Kosten- und Umweltbewusstsein der Verbraucher. Die Entwicklung unterliegt ständiger Marktbeobachtung.

GSW ist Gesellschafter der Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG (TGH) mit einem Geschäftsanteil von 2,2 Prozent. Aufgrund der aktuellen Marktsituation lohnt sich der Betrieb moderner Gaskraftwerke nicht mehr. Die Gesellschafter haben daher eine teilweise Stilllegung beschlossen. Eine endgültige Entscheidung über die Fortführung der Gesellschaft

wird voraussichtlich erst in 2018 bzw. 2019, je nach der Marktsituation für Strompreise, getroffen. Hierdurch entstehen möglicherweise Rückbaukosten in 2018 bzw. 2019.

Die Zahlungsfähigkeit der GSW ist durch das Finanzmanagement sichergestellt. Tägliche Liquiditätsanalysen mit gleichzeitiger Finanzplanung grenzen die Finanzrisiken ein und dokumentieren diese. Das monatliche Berichtswesen beinhaltet neben den Ergebnissen der Finanzwirtschaft das Forderungsmanagement sowie den Investitionsbericht.

Im Berichtsjahr bestanden keine Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährdet hätten. Aus heutiger Sicht sind auch in absehbarer Zukunft Risiken dieser Art nicht erkennbar.

Prognosebericht

Die künftige Entwicklung des Unternehmens wird in den kommenden Geschäftsjahren geprägt von instabilen Rahmenbedingungen des Energiemarktes und von nicht unerheblichen Investitionen in den Ausbau und die Erneuerung von Versorgungsnetzen. Die Strategie der zukünftigen Netzinvestitionen wird in Übereinstimmung mit dem EnWG verfolgt, damit die Ziele einer möglichst sicheren und effizienten Versorgung erreicht werden. Im Hinblick auf die Refinanzierung der langfristigen Investitionen besteht eine große Abhängigkeit von den Entscheidungen des Regulierers.

Die sich stärker an ökologischen Kriterien ausrichtende Geschäftstätigkeit wird sich auch in neuen Produkten widerspiegeln. Das Produktdesign wird den Bedürfnissen der Kunden nach einer fairen Preisgestaltung ebenso Rechnung tragen wie dem Unternehmensauftrag, bei der Erzeugung von Energie Aspekte, wie Nachhaltigkeit und Verantwortung, zu berücksichtigen.

Im kommenden Jahr wird GSW ein neues Produkt „Energiedach“ einführen. Bei dem Produkt handelt es sich um ein Rundum-Service-Paket, mit dem GSW die Planung, Finanzierung, das Bauen und Betreiben von Photovoltaikanlagen für die Kunden übernimmt. Mit der Einführung des neuen Produktes „Energiedach“ verfolgt GSW weiterhin konsequent den Ausbau der regenerativen Energien. Darüber hinaus wird GSW zur Kundenbindung neue Energieprodukte zu attraktiven Preisen und Laufzeiten anbieten.

Netzseitig stehen die Sicherung der Konzessionsgebiete und regulatorische Fragestellungen im Vordergrund.

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Die Fortschreibung der Netz- und Vertriebsergebnisse im Rahmen der regulatorischen Anforderungen und der weiterhin zunehmende Wettbewerbsdruck stellen GSW vor große Herausforderungen.

Trotz der schwieriger werdenden Rahmenbedingungen und des milden Witterungsverlaufs im 1. Quartal 2016 geht GSW davon aus, dass das Ergebnis des Wirtschaftsplanes 2016 mit einem Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von rund 3,3 Mio. Euro erreicht und auch das Jahr 2017 mit einem positiven Geschäftsergebnis abgeschlossen wird.

Bilanz zum 31. Dezember 2015

(Zusammengefasste Positionen in T€)

Aktivseite	2015	2014	2013
A) Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	772	1.010	1.056
II. Sachanlagen	90.608	95.988	101.330
III. Finanzanlagen	26.506	24.799	23.639
B) Umlaufvermögen			
I. Vorräte	1.237	1.199	1.960
II. Forderungen und sonst. Vermögensgegenstände	23.955	18.622	23.220
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	7.824	15.981	16.101
C) Rechnungsabgrenzungsposten	592	534	459
Summe Aktivseite	151.494	158.133	167.765

Passivseite	2015	2014	2013
A) Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	15.000	15.000	15.000
II. Kapitalrücklagen	20.252	19.642	19.032
III. Gewinnrücklagen	9.480	8.960	8.400
IV. Bilanzgewinn	1.300	1.100	1.520
B) Sonderposten mit Rücklageanteil	0	0	0
C) Baukosten- und Ertragszuschüsse	12.085	12.240	12.668
D) Rückstellungen	16.332	17.086	20.268
E) Verbindlichkeiten	77.045	84.105	90.877
F) Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Summe Passivseite	151.494	158.133	167.765

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01.2015 bis 31.12.2015
(Zusammengefasste Positionen in T€)

		2015	2014	2013
1.	Umsatzerlöse	137.556	137.575	188.954
2.	Andere Aktivierte Eigenleistungen	652	526	383
3.	Sonstige betriebliche Erträge	4.149	5.620	2.418
4.	Materialaufwand	100.416	102.952	146.282
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren			
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen			
5.	Personalaufwand			
	a) Löhne und Gehälter	12.753	12.308	11.418
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung		0	0
	- davon Aufwendungen für Altersvorsorge			
6.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	9.469	9.581	9.504
7.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	13.473	12.324	16.864
8.	Erträge aus Beteiligungen	147	292	269
9.	Sonstige Zinsen u. ä. Erträge	1.484	1.387	889
10.	Zinsen u. ä. Aufwendungen	4.816	4.859	4.102
11.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	3.061	3.376	4.743
12.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	921	1.292	2.333
13.	Sonstige Steuern	319	426	512
14.	Jahresüberschuss/-fehlbetrag	1.821	1.658	1.898
15.	Einstellungen in die Gewinnrücklagen	521	558	378
16.	Bilanzgewinn	1.300	1.100	1.520

Kennzahlen	2015	2014	2013
1. Ertragslage - Eigenkapitalrentabilität (Jahresergebnis x 100 : Eigenkapital)	6,7	7,5	4,3
2. Vermögensaufbau - Anlagenintensität (Anlagevermögen x 100 : Bilanzsumme)	77,8	74,5	74,5
3. Anlagenfinanzierung - Anlagendeckung (Eigenkapital x 100 : Anlagevermögen)	39,0	43,4	43,4
4. Kapitalausstattung - Eigenkapitalquote (Eigenkapital x 100 : Gesamtkapital)	30,4	28,3	26,2

Auswirkungen der Gesellschaftsbeteiligung auf den städtischen Haushalt

Finanz- und Leistungsbeziehungen

Konzessionsabgaben

Für das Wirtschaftsjahr 2015 wurden folgende Konzessionsabgaben geleistet:

	2015	2014	2013
Strom	1.382 T€	1.371 T€	1.493 T€
Erdgas	313 T€	323 T€	377 T€
Wasser	672 T€	665 T€	614 T€

Gewinnausschüttung

Für die **Stadt Bergkamen** wird aus dem Jahresüberschuss 2015 ein Betrag in Höhe von 546 T€ brutto (= 460 T€ netto) ausgeschüttet.

Bürgschaftsprovision

Zwischen der **Stadt Bergkamen** und der GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen-Bönen-Bergkamen ist am 12.06.2006 eine Vereinbarung über eine Provisionsvergütung für die kommunalverbürgten Darlehen geschlossen worden. Die Vereinbarung war bis zum 31.12.2009 gültig. Für die Zeit ab 01.01.2010 wurde ein Folgevertrag beschlossen. Er endet mit Ablauf der verbürgten Darlehen. Basis der jährlichen Vergütung von 0,15 % ist der Bestand der kommunalverbürgten Darlehen am 31.12.2009.

Der Provisionsbetrag ist jeweils bis zum 31.03. des Folgejahres fällig.

Der Auszahlungsbetrag für das Wirtschaftsjahr 2015 in Höhe von 9.509,76 € (2014 = 10.899,70 €) wurde überwiesen.

4.2 Unnaer Kreis Bau- und Siedlungsgesellschaft mbH (UKBS)

Unnaer Kreis Bau- und Siedlungsgesellschaft mbH (UKBS)

Friedrich-Ebert-Str. 32
59425 Unna
Telefon: 02303/2827-0,
Telefax : 02303/2827-99
E-Mail: info@ukbs.de
Internet: www.ukbs.de

Die Gesellschaft wurde am 19. August 1939 gegründet und ist im Handelsregister beim Amtsgericht Hamm, Abteilung B, Nr. 3046, eingetragen.

Der Gesellschaftsvertrag ist gültig in der Fassung vom 20.06.2006.

Gesellschaftszweck

Die Gesellschaft errichtet und bewirtschaftet Wohnungen in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Sie kann zur Ergänzung der wohnlichen Versorgung ihrer Mieter Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Räume für Gewerbetreibende, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen bereitstellen. Daneben kann sie die Errichtung von Wohnungsbauten betreuen und fremde Wohnungen bewirtschaften. Außerdem kann die Gesellschaft alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaues und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen.

Die UKBS erfüllt einen der ganz zentralen kommunalen Versorgungsaufträge - die Sicherung des Grundbedürfnisses „Wohnen“ - und somit einen öffentlichen Zweck.

Beteiligungsverhältnisse

Das gezeichnete Kapital von 2.600.000,00 € entfällt auf die Gesellschafter wie folgt:

Kreis Unna	1.061.850 €	= 40,8 %
Stadt Unna	381.150 €	= 14,7 %
Stadt Bergkamen	364.000 €	= 14,0 %
Stadt Kamen	286.000 €	= 11,0 %
Stadt Hamm	171.600 €	= 6,6 %
Stadt Fröndenberg	127.400 €	= 4,9 %
Gemeinde Bönen	78.000 €	= 3,0 %
Stadt Selm	78.000 €	= 3,0 %
Gemeinde Holzwickede	52.000 €	= 2,0 %

Zusammensetzung der Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung

Matthias Fischer	Geschäftsführer
Martin Kolander	Prokurist (ab 01.12.2015)

Aufsichtsrat

Theodor Rieke	Vorsitzender
Volker König	Stellv. Vorsitzender

Für die **Stadt Bergkamen** sind im Aufsichtsrat vertreten:

Dr.-Ing. Hans-Joachim Peters, Erster Beigeordneter
(Vertreter: Ralf Brauner Verwaltungsbeamter)

Kai Schulte, Stadtverordneter
(Vertreterin: Susanne Turk, Stadtverordnete)

Gesellschafterversammlung

Für die **Stadt Bergkamen** ist in der Gesellschafterversammlung vertreten:

Andre Rocholl, Stadtverordneter
(Vertreterin: Angelika Chur, sachkundige Bürgerin)

Personalbestand

Anzahl der Mitarbeiter: 33

Die Wohnungsverwaltung umfasst sowohl die kaufmännische wie auch die technische Betreuung des Wohnungsbestandes.

Wesentliches aus dem Geschäftsbereich

Allgemein

Die Erholung im Euroraum festigt sich. Im Umfeld gesunkener Energiekosten, niedriger Zinsen und eines schwachen Euros hat die Produktion im Euroraum in der ersten Jahreshälfte recht deutlich expandiert. Auch in den einzelnen Ländern stellt sich das konjunkturelle Bild überwiegend positiv dar.

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit im Euroraum setzte sich zuletzt weiter fort, jedoch zeigen sich zwischen den großen Volkswirtschaften deutliche Unterschiede.

Die Verbraucherpreise im Euroraum stagnieren. Dies reflektiert vor allem die neuerlich gesunkenen Energiepreise.

Die deutsche Wirtschaft war im Jahresdurchschnitt 2015 weiter im Aufschwung. Die konjunkturelle Lage in Deutschland war im Jahr 2015 gekennzeichnet durch ein solides und stetiges Wachstum. Die privaten und staatlichen Konsumausgaben waren höher als im Jahr zuvor und damit ein wichtiger Wachstumsmotor der deutschen Wirtschaft.

Der Bau von Wohnungen ist in Deutschland gegenüber dem Vorjahr um rd. 4,8% (Stand 30.09.2015) gestiegen. Ausweislich der GdW-Jahresstatistik lag der Anstieg der Nettokaltmieten im Bundesdurchschnitt bei moderaten 1,5%. Deutlich stärker, um rd. 3,5%, stiegen die Mieten bei der Neu- und Wiedervermietung.

Wohnungsverwaltung

Die Vermietungssituation der UKBS hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

Die UKBS bewirtschaftete den eigenen Hausbesitz, der zum 31.12.2015

2.862	Wohnungen und
33	Büro- und sonstige Einheiten
	in insgesamt 385 Häuser
1	Parkhaus mit 81 Stellplätzen
482	Garagen

mit einer Gesamtwohn/-nutzfläche von 200.456,40 m² umfasst.

	Anzahl Wohnungen
Bergkamen	410
Bönen	253
Fröndenberg	129
Hamm	283
Holzwickede	184
Kamen	360
Selm	56
Unna	1.187
Gesamt	2.862

Für die Mieter bestand auch 2015 ein günstiges Preis-/Leistungsverhältnis. Die Mieten lagen auch in 2015, überwiegend, größtenteils sogar deutlich, unterhalb der

ortsüblichen Vergleichsmieten.

Im Berichtsjahr waren 251 Mieterwechsel (2014: 270 Mieterwechsel) zu verzeichnen. Dies entspricht einer Fluktuationsrate von 8,5 % (2014: 9,1 %).

Am Bilanzstichtag lag der Leerstand bei 51 Wohnungen (2014: 75 Wohnungen) mit einer Leerstandsquote in Höhe von 1,8 % (2014: 2,6 %). Der modernisierungsbedingte Leerstand davon betrug 1 Wohnung (2014: 11 Wohnungen).

Die durch vorübergehenden Leerstand entstandenen Kosten betragen 339,6 T€ (2014: 342,4 T€). Von den Kosten entfallen 2,5 T€ (2014: 10,0 T€) auf modernisierungsbedingten Leerstand; die restlichen Kosten sind bedingt durch Mieterwechsel. In den Leerstandskosten sind 111,3 T€ (2014: 123,7 T€) Betriebskosten enthalten. Gegenüber Beihilfeempfängern wurden im Jahr 2015 66,9 T€ (2014: 77,6 T€) Mietverzicht gewährt.

Die Erlösausfälle, ohne WFB-Verzichte, betrugen in 2015 unter Berücksichtigung von Eingängen auf abgeschriebene Mietforderungen 2,6 % (= 426,5 T€), gegenüber 2014 2,5 % (= 417,9 T€) des Miet- und Umlagensolls. In den Erlösausfällen sind Forderungsausfälle in Höhe von 91,1 T€ (2014: 80,1 T€) enthalten. Diese hohen Kosten für Abschreibungen und Wertberichtigungen resultieren im Wesentlichen daraus, dass viele Haushalte oft überschuldet sind, von Arbeitslosigkeit betroffen oder finanzielle Unterstützung durch das Jobcenter erhalten. Die Rückzahlung ist oft nur in kleinen Raten und über einen längeren Zeitraum möglich.

Die Verbesserung des Wohnungsbestandes in Qualität und Attraktivität wurde in erheblichem Maße fortgesetzt. Für die Modernisierungs-, Instandhaltungs- und Reparaturmaßnahmen wurden 3.860 T€ (2014: 3.474,9 T€) ausgegeben.

Für Modernisierung, geplante und ungeplante Instandhaltungsmaßnahmen wurden in 2015 in Relation zur Sollmiete rd. 34,6% (Vorjahr: 31,2 %) verausgabt. Dies sind 19,32 € pro durchschnittliche qm Wohn- und Nutzfläche (Vorjahr: 17,40 € pro durchschnittliche qm).

Neubautätigkeit

Bergkamen

Der im 2. Quartal 2014 begonnene Neubau von 12 Bungalows in Bergkamen, In den Kämpfen / Eichendorffstraße wurde im Juli 2015 fertiggestellt und an die Mieter übergeben.

Im Januar 2015 wurde ein ca. 3.000 m² großes Grundstück in Bergkamen, Hubert-Biernat-Straße, erworben. Vorgesehen ist ein Neubau mit Wohnen und Gewerbe. Der Baubeginn ist geplant für das 1. Quartal 2017.

Fröndenberg

Mit der Bebauung auf dem im März 2013 erworbenen Grundstück in Fröndenberg wurde im 2. Quartal 2015 begonnen. Es entsteht ein Neubau als „Bielefelder Modell“ mit 26 WE. Die Bezugsfertigstellung der 26 WE ist für das 3. Quartal 2016 geplant.

Mit den Umbauarbeiten des ehem. Gemeindezentrums als „Bürgerzentrum“ wurde im 1. Quartal 2016 begonnen. Die Fertigstellung ist geplant für das 3. Quartal 2016.

Selm

Im August 2014 wurde ein 2.656 m² großes Grundstück in Selm, Schulstraße, mit dem ehem. Schulgebäude erworben. Es sind ein Umbau des ehem. Schulgebäudes in 13 WE sowie ein Neubau von 2 Doppelhäusern vorgesehen. Der Baubeginn ist geplant in 2017.

Unna

Mit der Bebauung auf dem im November 2012 erworbenen Grundstück in Unna, Mozartstraße 46 / Sybil-Westendorp-Str. 15, wurde im 4. Quartal 2015 begonnen. Die Bezugsfertigstellung von 2 Wohngebäuden mit 24 WE für das Mehrgenerationenwohnen sowie eine Tiefgarage ist für das 1. Quartal 2017 geplant.

Im Juli 2014 wurde ein 5.889 m² großes Grundstück mit 6 Gebäuden in Unna, Heinrichstraße erworben. Nach dem Abriss der Gebäude ist eine Bebauung mit insgesamt 40 WE vorgesehen. Bis zum Ende des Jahres 2014 wurden 2 Gebäude abgerissen. Der Baubeginn ist geplant in 2018.

Für die fertiggestellten, begonnenen und geplanten Neubaumaßnahmen werden Fremdkosten in Höhe von rd. 7.906 T€ entstehen.

Die Finanzierung erfolgt durch 5.442 T€ öffentliche Mittel und Hypothekendarlehen und rd. 2.464 T€ Eigenmittel der Gesellschaft.

Betriebliche Organisation

Die Geschäftsräume befinden sich im gesellschaftseigenen Verwaltungsgebäude Friedrich-Ebert-Str. 32, 59425 Unna.

Übersicht Stellenbesetzung	31.12.2016	31.12.2015
Geschäftsführer	1	1
Prokurist	1	1
Sekretariat	1	1
Rechnungswesen	5	5
Wohnungsverwaltung		
Team Süd	5	5
Team Nord	4	5
Mieterbetreuung	2	2
Technische Abteilung	2	2
Information / Service-Team	4	2
Auszubildende	3	4
Servicetechniker	4	5
	32	33

Die Wohnungsverwaltung umfasst sowohl die kaufmännische, wie auch die technische Betreuung des Wohnungsbestandes. Von den 32 Mitarbeitern befindet sich keine Mitarbeiterin (2014: 1 Mitarbeiterin) im Erziehungsurlaub.

Jahresdurchschnitt	Vollzeit	Teilzeit
Kaufmännische Mitarbeiter	13,5	3,5
Technische Mitarbeiter	3	0
Servicetechniker	4	0
	20,5	3,5

Außerdem wurden durchschnittlich 3 Auszubildende beschäftigt.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Kennzahlen	In	2015	2014	2013
Gesamtkapitalrentabilität	%	2,3	2,4	2,4
Eigenkapitalrentabilität	%	3,6	4,0	3,7
Eigenkapitalquote	%	22,8	22,6	22,6
Fremdkapitalquote	%	70,2	70,7	70,8
Cashflow	T€	4.155	4.241	3.816
Durchschnittliche Sollmiete	€/m ² /mtl.	4,65	4,65	4,66
Modernisierung und Instandhaltung	€/m ²	19,32	17,40	19,32
Erlösschmälerungen Sollmiete	%	2,0	2,0	2,7
Fluktuationsquote	%	8,5	9,1	8,8
Leerstandsquote am Bilanzstichtag	%	1,8	2,6	2,8

Darstellung der Lage

Ertragslage

Im Geschäftsjahr wird ein Jahresüberschuss von 846,9 T€ (2014: 881,5 T€) ausgewiesen. Dieser wurde im Wesentlichen durch das Ergebnis der Hausbewirtschaftung erzielt.

Übersicht Ertragslage	2015 T€	2014 T€	Veränd. T€
Hausbewirtschaftung	779	1.100	-321
Sonstige ordentliche Geschäftsvorfälle □	-203	-110	-93
=Betriebsergebnis	576	990	-414
zzgl. Finanzergebnis		-3	0
neutrales Ergebnis	291	-38	329
abzgl. Steuern vom Einkommen und Ertrag		-67	50
=Jahresüberschuss	847	882	-35

Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert.

Den Vermögenswerten des Anlagevermögens in Höhe von 95,9 Mio. € (2014: 97,4 Mio. €) standen langfristige Deckungsmittel aus Eigen- und Fremdkapital in Höhe 97,6 Mio. € (2014: 98,0 Mio.€) gegenüber.

Der Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen beträgt 91,4 % (2014: 92,9 %).

Die Eigenkapitalquote beträgt 22,8 %.

Bei der z.Zt. vorhandenen Liquidität ist die ordentliche Bewirtschaftung und Durchführung geplanter Bauvorhaben gesichert.

Die Gesellschaft war jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen termingerecht nachzukommen.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach dem 31.12.2015 nicht eingetreten.

Zweckerreichung

Mit der umfangreichen Neubau- und Investitionstätigkeit im Wohnungsbestand hat die UKBS der im Gesellschaftsvertrag festgelegten Zielsetzung „die Errichtung und Bewirtschaftung von Wohnungen in allen Rechts- und Nutzungsformen“ auch im Jahr 2015 voll entsprochen.

Risikobericht

Risikomanagement

Wesentliche Elemente des von der Geschäftsführung entwickelten Risikomanagementsystems sind:

- Risikohandbuch
- Risikokennzahlen mit Festlegung kritischer Werte
- mehrjährige Finanz- und Ertragsplanung
- regelmäßige Berichterstattung an den Aufsichtsrat

Die Geschäftsführung ist der Auffassung, dass durch das bestehende System Risiken frühzeitig erkannt und entsprechende Gegenmaßnahmen ergriffen werden können.

Risiken der künftigen Entwicklung

Die Prognosen für den Kreis Unna und die Stadt Hamm gehen auf Grund der starken europäischen Zuwanderungsströme in den letzten Jahren davon aus, dass die rückläufige Entwicklung der Bevölkerungszahl nicht so stark ausfällt wie vor Jahren angenommen. Darüber hinaus wird prognostiziert, dass die Alterspyramide weiter zunimmt. Vorhersagen gehen davon aus, dass die Bevölkerungsgruppe der Senioren zukünftig über geringere (Renten-)Einkommen verfügen wird.

Die Situation auf dem Wohnungsmarkt in der Region, in der die Gesellschaft tätig ist, hat sich –speziell bei Mietwohnungen- in 2015 durch die Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungsbeständen und durch den Anstieg der Anzahl der Haushalte deutlich in Richtung Nachfrageüberhang entwickelt. Dies betrifft insbesondere die Nachfrage nach kleineren und vor allem günstigen Wohnungen.

Die Mietpreise unserer Regionen haben sich allgemein moderat entwickelt. Damit sind Erhöhungsspielräume für energetische Sanierungen und Modernisierungen begrenzt. Für gute und zentrale Lagen gibt es die Bereitschaft, höhere Mietpreise zu bezahlen.

Chancen der künftigen Entwicklung

Die Marktfähigkeit des Wohnungsbestandes bleibt auch zukünftig von hoher Bedeutung.

Auch im Jahr 2015 wurde durch die regelmäßigen Modernisierungen des Hausbestandes gewährleistet, dass das Wohnungsangebot am Markt weiterhin gute Chancen haben wird.

Dennoch sollten Überlegungen angestellt werden, Objekte mit Ausstattungsstandards, die vom Markt nicht mehr akzeptiert werden, rückzubauen oder durch Neubauten zu ersetzen, damit langfristig die Wirtschaftlichkeit erhalten werden kann.

Grundsätzlich aber will die UKBS die Attraktivität des Wohnungsbestandes erhalten und verbessern. Nachdem in den letzten Jahren der Schwerpunkt bei energetischen Sanierungen lag, sollen zukünftig die Schwerpunkte auf barrierefrei und –arme Maßnahmen liegen. Dazu gehört weiterhin die Schaffung eines ansprechenden Wohnumfeldes.

Ergänzt werden diese zeitgemäßen Optimierungen durch Service-Angebote rund um das Wohnen und die verschiedensten Projekte für alle Mietergruppen. Das Ziel der Gesellschaft wird es sein, den älteren Mietern durch verschiedenste Maßnahmen zu ermöglichen, so lange wie möglich in den eigenen 4-Wänden zu verbleiben.

Neben den bereits entstandenen neuen, innovativen Wohnformen für Seniorinnen und Senioren wurde mit einem weiteren Wohnprojekt für Senioren in Fröndenberg-Ardey im 4. Quartal 2015 begonnen.

Des Weiteren übernimmt die UKBS eine wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgabe und sorgen als kommunales Wohnungsunternehmen durch eine moderate Mietzinspolitik dafür, dass qualitativer Wohnraum für breite Schichten der Bevölkerung auch künftig bezahlbar bleibt.

Das Modernisierungs- und Instandhaltungsprogramm konnte mit eigenen Mitteln durchgeführt werden.

Zum Bilanzstichtag des Geschäftsjahres besteht ein Finanzderivat (Zinsswap). Im Rahmen der Absicherung des Zinsänderungsrisikos wurde eine Bewertungseinheit nach § 254 HGB gebildet, bestehend aus dem variabel verzinslichen Darlehen (Grundgeschäft) und einem Zinsswap (Sicherungsgeschäft). Darüber hinaus bestehen Forward-Darlehen zur Anschlussfinanzierung von Darlehen in Höhe von 798,8 T€.

Ein Ausfallrisiko besteht nur bei einem Teil von Mietforderungen. Diesem Risiko wird durch ausreichend bemessene Wertberichtigungen Rechnung getragen.

Fällig gewordene Darlehn wurden zu marktüblichen Konditionen und einem Zinsfestschreibungszeitraum von 5 bzw. 10 Jahren prolongiert.

Prognosebericht

Auch im bisherigen Verlauf des Geschäftsjahres 2016 stellt sich die wirtschaftliche Lage des Unternehmens weiterhin positiv dar. Für das Geschäftsjahr 2016 wird ein Jahresergebnis in ähnlicher Höhe erwartet.

Die Modernisierung und Wohnwertverbesserung des eigenen Mietwohnungsbestandes bleibt auch in den nächsten Jahren, gerade bei einem Mietermarkt von großer Bedeutung. Bei der Planung von Sanierungsmaßnahmen werden die Ergebnisse des Portfoliomanagements und die Auswirkungen des demografischen Wandels einfließen.

Ein Bedarf an Wohnformen für Senioren (z.B. Mehrgenerationenwohnen, Betreutes Wohnen, Senioren-Wohngemeinschaften) ist weiterhin vorhanden. Bei der Planung von Neubauobjekten orientiert sich die Gesellschaft an den Bedürfnissen des Marktes, sowie an den Interessen ihrer Gesellschafter.

Die Gesellschaft wird ihre erfolgreichen Anstrengungen fortsetzen, um sich auf die Veränderungen des Wohnungsmarktes, unter besonderer Berücksichtigung der lokalen wirtschaftlichen und demografischen Entwicklung, einzustellen und um die Herausforderung des Marktes zukunftsorientiert zu bewältigen.

Bilanz zum 31. Dezember 2015
(Zusammengefasste Positionen in T€)

Aktivseite	2015	2014	2013
A) Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	61	32	3
II. Sachanlagen	95.790	97.392	97.449
III. Finanzanlagen	4	5	4
Summe A)	95.855	97.429	97.456
B) Umlaufvermögen			
I. Grundstücke	5.921	5.831	5.647
II. Forderungen und sonst. Vermögensgegenstände	164	146	99
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	2.914	1.428	567
Summe B)	8.999	7.405	6.313
C) Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Summe Aktivseite	104.854	104.834	103.769

Passivseite	2015	2014	2013
A) Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	2.600	2.600	2.600
II. Gewinnrücklagen	20.432	20.176	19.890
III. Bilanzgewinn	847	881	909
Summe A)	23.879	23.657	23.399
B) Rückstellungen	293	227	187
C) Verbindlichkeiten	80.682	80.950	80.183
Summe Passivseite	104.854	104.834	103.769

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01.2015 bis 31.12.2015
(Zusammengefasste Positionen in T€)

	2015	2014	2013
1. Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung	16.625	16.636	15.954
2. Veränderungen des Bestandes an unfertigen Leistungen	120	201	429
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	248	229	100
4. Sonstige betriebliche Erträge	475	197	616
5. Aufwendungen für Hausbewirtschaftung	8.379	8.178	8.350
6. Rohergebnis	9.089	9.085	8.749
7. Personalaufwand	1.871	1.745	1.595
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	3.306	3.355	3.356
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	863	892	781
10. Erträge aus sonstigen Ausleihungen	0	0	0
11. Sonstige Zinsen u. ä. Erträge	3	3	3
12. Zinsen u. ä. Aufwendungen	1.554	1.567	1.583
13. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.498	1.523	1.437
14. Steuern vom Einkommen und Ertrag	17	67	45
15. Sonstige Steuern	634	575	573
16. Entnahmen aus Gewinnrücklage	0	0	0
17. Jahresüberschuss (Bilanzgewinn)	847	881	909

Kennzahlen	2015	2014	2013
1. Ertragslage - Eigenkapitalrentabilität (Jahresergebnis x 100 : Eigenkapital)	3,5	3,7	3,9
2. Vermögensaufbau - Anlagenintensität (Anlagevermögen x 100 : Gesamtvermögen)	91,4	92,9	93,9
3. Anlagenfinanzierung - Anlagendeckung (Eigenkapital x 100 : Anlagevermögen)	24,9	24,3	24,0
4. Kapitalausstattung - Eigenkapitalquote (Eigenkapital x 100 : Gesamtkapital)	22,8	22,6	22,6

Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Gesellschafterversammlung hat in ihrer Sitzung am 18.05.2016 eine Gewinnausschüttung für das Geschäftsjahr 2015 in Höhe von 24 % beschlossen.

Bezogen auf die Stammeinlage ergibt sich eine Bruttodividende in Höhe von 87.360,00 €. Abzüglich Kapitalertragsteuer und Solidaritätszuschlag verbleibt eine Nettodividende für die Stadt Bergkamen in Höhe von 73.535,28 €.

Erträge des städt. Haushaltes: Nettodividende

Haushaltsjahr:	2015	2014	2013
	73.535,28 €	73.535,28 €	73.535,28 €

4.3 Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH (VKU)

Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH (VKU)

Lünener Str. 13
59174 Kamen
Telefon: 02307/209-0
E-Mail: leitstelle.kamen@vku-online.de
Internet: www.vku-online.de

Die Gesellschaft wurde am 27. Juli 1908 gegründet und ist im Handelsregister beim Amtsgericht Kamen, Abteilung B, Nr. 0004, eingetragen.

Der Gesellschaftsvertrag ist gültig in der Fassung vom 17.12.2010.

Gesellschaftszweck

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung und Verbesserung der Verkehrsverhältnisse im Kreis Unna sowie in angrenzenden Verkehrsgebieten, insbesondere durch Einrichtung und Betrieb von Linien- und Freistellungsverkehren, die Durchführung von Gelegenheitsverkehr mit Kraftfahrzeugen, ferner die Beteiligung an Unternehmungen, die diese Zwecke fördern. Der öffentliche Zweck ist somit gegeben.

Die wirtschaftliche Betätigung ist gemäß § 107 Abs. 1 Nr. 3 der Gemeindeordnung NRW - Förderung des öffentlichen Verkehrs - zulässig.

Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Das Stammkapital der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna (VKU) beträgt 3.856.100,00 € und gliedert sich wie folgt auf:

	Anteil am Stammkapital in	
	€	%
Kreis Unna	1.935.170	50,18
Stadt Lünen	632.050	16,39
Kreisstadt Unna	353.910	9,18
Stadt Kamen	311.320	8,07
Stadt Bergkamen	296.030	7,68
Stadt Werne	197.970	5,13
Gemeinde Bönen	53.220	1,38
Gemeinde Holzwickede	42.280	1,10
Stadt Selm	34.150	0,89

Zusammensetzung der Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung

Geschäfts- und Betriebsführungsaufgaben für die Gesellschaft werden von der Westfälischen Verkehrsgesellschaft wahrgenommen.

Geschäftsführer der VKU sind:

Dipl. Wirtschaftsingenieur André Pieperjohanns
Dr. Uwe Rennspieß, Stellvertreter

Aufsichtsrat

Vorsitzender

Michael Makiolla Landrat Kreis Unna

1. stellv. Vorsitzender

BM Werner Kolter Kreisstadt Unna

2. stellv. Vorsitzender

Rainer Schmeltzer Gewerkschaftssekretär (bis 13.10.2015)

Für die **Stadt Bergkamen** ist im Aufsichtsrat vertreten:

Jens Schmülling, Stadtverordneter

Gesellschafterversammlung

Für die **Stadt Bergkamen** in die Gesellschafterversammlung entsandt:

Franz Herdring, sachk. Bürger
(Vertreter Michael Jürgens, Stadtverordneter)

Personalbestand

Anzahl der Mitarbeiter (Vollzeitstellen): 162

Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH, Kamen (VKU)

Lagebericht gemäß § 289 HGB für das Geschäftsjahr 2015

I. Grundlagen des Unternehmens

1. Öffentliche Zwecksetzung

Das Geschäftsmodell der Gesellschaft besteht in der Förderung und Verbesserung der Verkehrsverhältnisse im Kreis Unna sowie in angrenzenden Verkehrsgebieten. Sie erfüllt diesen Zweck durch die Einrichtung und den Betrieb von Linien- und Freistellungsverkehren im öffentlichen Personennahverkehr und die Durchführung von Gelegenheitsverkehren mit Omnibussen.

Die Versorgung mit Leistungen des öffentlichen Personennahverkehrs gehört zum Kernbereich kommunaler Daseinsvorsorge und damit übt die Gesellschaft ihre Tätigkeit im Interesse der Bevölkerung ihres Verkehrsgebietes aus.

2. Geschäftsmodell des Unternehmens

Die Betätigung im öffentlichen Personennahverkehr mit Omnibussen geschieht in enger Abstimmung mit den Städten und Gemeinden des Bedienungsgebiets sowie mit dem Kreis Unna, der nicht nur Hauptgesellschafter der VKU ist, sondern auch gem. § 3 Abs. 1 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen als Aufgabenträger Sorge für die Planung, Organisation und Ausgestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs trägt.

Grundlage der Betriebs- und Geschäftsführung ist der seit 2006 geltende Betriebs- und Geschäftsführungsvertrag mit der Westfälische Verkehrsgesellschaft mbH, Münster (WVG). Darin ist die Rolle der WVG als Servicegesellschaft der VKU eindeutig definiert.

Auf einer Linienlänge von rd. 2.000 km wird öffentlicher Linienverkehr gemäß § 42 und § 43 PBefG betrieben.

Bei der Angebots- und Tarifgestaltung ist die Gesellschaft in die Verkehrsgemeinschaft Ruhr-Lippe integriert.

Die Geschäftstätigkeit hat sich im Berichtsjahr nur unwesentlich verändert.

Die Leistungserbringung erfolgt in enger Kooperation mit rd. 20 regionalen privaten Omnibusunternehmen, die ca. 47 % (Vorjahr: 47 %) der Gesamtleistung im Auftrag der VKU erbringen.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Auch in diesem Berichtsjahr dauerten in Deutschland die Auswirkungen der europäischen Schuldenkrise an. Die Wirtschaft in Deutschland hat ihren moderaten Wachstumskurs auch in 2015 fortgesetzt. Das reale Bruttoinlandsprodukt ist gegenüber dem Vorjahr um 1,7 % gestiegen. Damit lag es geringfügig auf einem höheren Niveau als in 2014 mit einem Wachstum von 1,6 %. Im Vergleich zur gesamten Eurozone, mit einem Wachstum von 1,4 % für 2014, hat sich die deutsche Wirtschaft positiv entwickelt.

Die Fahrgastzahlen der rund 450 ÖPNV Unternehmen im Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV), dazu gehört auch die VKU, steigen seit zehn Jahren um durchschnittlich 1 Prozent jährlich. Die Erträge aus Fahrgeldeinnahmen steigen jährlich etwa um 3 Prozent.

Die VKU verzeichnete im Berichtsjahr einen Rückgang ihrer Fahrgastzahlen von rd. 0,9% und liegt damit unter dem Mittelwert der VDV-Mitgliedsunternehmen. Bei den Erträgen erzielte das Unternehmen eine Steigerung von rd. 1,1%. Neben der Tarifierhöhung von rd. 2,3 % hat sich die Einnahmensituation der VKU gegenüber der Verkehrsgemeinschaft Rhein-Ruhr (VRR) stabilisiert. Darüber hinaus hat die Erweiterung des GroßkundenAbo auf weitere Nutzerkreise Schüler sowie Wohngeldempfänger ab August 2013 zur Ertragssteigerung beigetragen.

Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung stellt zwar einen Einflussfaktor für die Gesellschaft dar, weitaus bedeutender sind jedoch für die Entwicklung der VKU die branchenspezifischen Rahmenbedingungen im wettbewerblichen und rechtlichen Umfeld.

Seit 2011 gilt für den Kreis Unna die Direktvergabe von Linienverkehren gem. Art. 5 Abs. 2 VO (EG) NR 1370/2007 an die VKU als internen Betreiber.

Mit der Direktvergabe wurde der notwendige finanzielle Ausgleich für die vergebenen Linienverkehre bis 2020 sichergestellt.

2. Geschäftsverlauf

Der Kostendeckungsgrad der VDV-Mitgliedsunternehmen im ÖPNV liegt durchschnittlich bei 77 Prozent.

Im operativen Geschäft des Berichtsjahres erzielte die VKU einen Kostendeckungsgrad von 73 %. Im Vorjahr betrug dieser rd. 74 %.

Dieser Kostendeckungsgrad ist nur in Teilen mit dem Kostendeckungsgrad anderer VDV-Mitgliedsunternehmen vergleichbar, da durch die VKU beispielsweise Kosten für Haltestellen getragen werden, die VKU hinzukommend einen kostenintensiven Stadtverkehr betreibt und die Finanzierung der Gemeinden nachschüssig über den Kreis erfolgt.

Durch weiterhin anhaltende Kostensteigerungen insbesondere für das Personal sowie durch den demografischen Wandel hat sich das wirtschaftliche Umfeld weiter erschwert.

Ausgleichsleistungen durch die neue Ausbildungsverkehr-Pauschale nach § 11a ÖPNVG auf Vorjahresniveau, leicht sinkende Fahrgastzahlen, rückläufige Treibstoffpreise sowie Tarifierungen für Mitarbeiterentgelte waren im Berichtsjahr wesentliche Einflussfaktoren.

Die wirtschaftliche Entwicklung wird durch den unterjährig durchgeführten Plan-Ist-Vergleich überwacht. Die Gesellschaft hat im Berichtsjahr die planerischen Erwartungen übertroffen. Die Ergebnisprognose wurde um ca. 1 Mio. EUR übertroffen. Wesentliche Ursachen hierfür waren höhere Erlöse für Vorjahre aus dem Einnahmenausgleich im Linienverkehr sowie rückläufige Treibstoffpreise.

Die VKU beschäftigte zum Jahresende 162 Mitarbeiter. Davon waren 19 Mitarbeiter in Teilzeit und 8 Mitarbeiter als geringfügig beschäftigt. Das Unternehmen hat mit einem aufgestockten Schulungsbudget im Berichtsjahr die Weiterbildung der Mitarbeiter weiterhin zielgerichtet gefördert.

Als Mobilitätsdienstleister transportierte die VKU im Berichtsjahr rd. 15,2 Mio. Fahrgäste und leistet damit einen aktiven Beitrag zum Klima- und Umweltschutz. Das Nachtbusprojekt erfreut sich seit Jahren einer großen Beliebtheit. Weitere Projekte wie NimmBus im Rahmen des Kreisentwicklungsprogramms oder die Einführung von Fahrradbuslinien im Freizeitverkehr sind lediglich einige Beispiele dafür, wie sehr sich die VKU an den Kunden, deren Mobilität und Umweltschutz orientiert.

Die VKU hat im Berichtsjahr unter der Federführung ihres angeschlossenen Serviceunternehmens WVG mit der Modernisierung ihrer IT-Infrastruktur fortgesetzt und beendet. Durch die Einführung eines ERP-Systems ab Januar 2016 wurde mit der Harmonisierung der IT-Landschaft begonnen. Dadurch erhofft sich die VKU, die Prozesse effizienter gestalten zu können.

3. Lage

a) Ertragslage

Die Erträge im Linienverkehr stiegen um rd. 1,1 %. Während sie im Jedermannverkehr um rd. 3,6 % stiegen, verzeichnete der Ausbildungsverkehr einen Rückgang von rd. 1,8 %.

Die Ausgleichsleistungen für den Schülerlinienverkehr gem. § 11a ÖPNVG blieben auf dem Niveau des Vorjahres. Begünstigt wurde das Ergebnis des Berichtsjahres durch nachträgliche Einnahmezuscheidungen für Vorjahre und weiterhin rückläufige Dieseltreibstoffpreise.

Die operativen Gesamterträge im Personenverkehr lagen auf dem Niveau des Vorjahres.

Die Betriebsleistung betrug im Berichtsjahr rd. 8,1 Mio. km und ist damit um rd. 1,7 % gestiegen.

Bei den Kosten der Fahrleistungen wirkte sich der im Jahresvergleich mit durchschnittlich rd. 16 % gesunkene Treibstoffpreis positiv aus. Weiterhin gab es Tarifierhöhungen für Mitarbeiterentgelte sowie Vergütungsanhebungen für eingekaufte Fahrleistungen. Die VKU unternahm auch in diesem Berichtsjahr wirksame Gegensteuerungsmaßnahmen, um die Gesamtkosten den wirtschaftlichen Erfordernissen anzupassen.

Im Berichtsjahr wird insgesamt ein bilanzieller Fehlbetrag von rd. 6,04 Mio. EUR vor Ausgleichsleistungen ausgewiesen.

b) Finanzlage

Durch das zentrale Liquiditätsmanagement ist die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft mit ausreichender Liquiditätsversorgung aufgrund der Rahmenvereinbarung mit der WVG gesichert. Das Zinsergebnis im operativen Geschäft hat sich gegenüber dem Vorjahr um ca. 15 TEUR verschlechtert. Das Unternehmen investierte in 2015 rd. 2,4 Mio. EUR in Omnibusse sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung. Die erwirtschafteten Finanzmittel des Berichtsjahres sowie die aus der Aufnahme eines Darlehens reichten aus, um diese Investitionen zu finanzieren.

c) Vermögenslage

Die Bilanzsumme der VKU erhöhte sich im Geschäftsjahr im Vergleich zum Vorjahr um 3.240 TEUR auf 23.854 TEUR.

Das Anlagevermögen stieg um 683 TEUR auf 11.418 TEUR. Die Zunahme ist hauptsächlich durch die Investition in neue Omnibusse begründet.

Das Umlaufvermögen nahm um 2.542 TEUR auf 12.420 TEUR zu. Ursache waren unter anderem die der WVG im Rahmen des zentralen Liquiditätsmanagements für die Unternehmen WVG-Gruppe bereitgestellten Kassenhilfemittel in Höhe 2.470 TEUR.

Das Eigenkapital blieb mit einem Betrag von 4.496 TEUR unverändert.

Bei den Rückstellungen war ein Anstieg um 159 TEUR auf 2.447 TEUR zu verzeichnen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten stiegen durch die Aufnahme eines neuen Darlehens in Höhe von 2.200 TEUR bei planmäßiger Tilgung der Altdarlehen auf eine Summe von 8.608 TEUR.

Das Anlagevermögen von 11.418 TEUR ist durch Eigenkapital (39,4 %) und durch kurz- sowie langfristige Fremdmittel (60,6 %) finanziert.

4. Nachtragsbericht

Einzelvorgänge von besonderer Bedeutung sind nach dem Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten. Berichtsrelevante Sachverhalte lagen bis zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts nicht vor.

5. Prognose, Chancen und Risiken

5.1 Prognose

Aufgrund veränderter Rahmenbedingungen durch die weiterhin begrenzten Ertragssteigerungspotenziale, den demografisch bedingten Schülerrückgang, noch nicht planbarer Effekte aus dem Einnahmenausgleich sowie Kostensteigerungstendenzen in den Bereichen Energie und Personal wird im Personenverkehr für Folgejahre mit einem schlechteren Ergebnis als 2015 gerechnet.

Bei rd. 20 Mio. EUR Umsatzerlösen für 2016 rechnet das Unternehmen mit einem Defizit von über 7,0 Mio. EUR vor Ausgleichsleistungen. Wesentliche Ursache hierfür ist demografisch bedingter Schülerrückgang. So wird in der Landesstatistik NRW für das Schuljahr 2016/2017 mit einem Schülerrückgang von 2,9 % gerechnet. Allerdings ist diese Entwicklung nicht voll auf die VKU anzuwenden.

5.2 Chancen und Risiken

Das vorhandene zentrale Risiko- und Chancenmanagement der WVG-Unternehmensgruppe ermöglicht, Risiken der betrieblichen Tätigkeit systematisch zu identifizieren und erforderliche Gegensteuerungsmaßnahmen einzuleiten. Es ist ein wesentliches Steuerungsinstrument und integraler Bestandteil des internen Kontrollsystems, um im Umgang mit identifizierten Risiken innerhalb der Gruppe auch die Chancen zu erkennen und umzusetzen.

Die Risiken werden systematisch dokumentiert. Soweit erforderlich, wird für die aus den unterschiedlichen Bereichen stammenden Risiken durch Rückstellungen Vorsorge getragen. Für potenzielle Schadensfälle und Haftungsrisiken bestehen adäquate Versicherungsverträge, welche die finanziellen Auswirkungen von eintretenden Schäden in Grenzen halten oder ausschließen. Der Umfang dieser Versicherungen wird für die gesamte WVG-Gruppe laufend optimiert.

Die Risiko- und Chancenberichterstattung erfolgt jährlich an die Geschäftsführung und den Aufsichtsrat. Sie wird stets gemäß den aktuellen Anforderungen weiterentwickelt. Die Effizienz und Wirksamkeit des Systems werden regelmäßig durch die interne Revision überwacht.

Wesentliche Risiken für die beiden Folgejahre werden von der Geschäftsführung derzeit nicht gesehen. Es liegen auch keine Beschlüsse der Unternehmensorgane vor, die gegen eine solche Annahme sprechen. Darüber hinaus liegen folgende nicht wesentliche Risiken vor.

Durch die abgeschlossene Umsetzung der 2010 beschlossenen Direktvergaben für die VKU und die zwei anderen ÖPNV-Unternehmen der WVG-Gruppe, ist die Grundlage für den Hauptzweck der VKU und damit der Erhalt der Gruppenstruktur mit der synergetischen Erledigung von Managementaufgaben für die Gesellschafterunternehmen bis 2020 gesichert.

Das Personenbeförderungsgesetz PBefG wurde mit Wirkung zum 1. Januar 2013 an die Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 angepasst. Die Zulässigkeit von Direktvergaben an einen internen Betreiber und der Vergabe von ausschließlichen Rechten ist damit rechtssicher verankert. Dagegen sorgt in Nordrhein-Westfalen das seit Mai 2012 geltende Tariftreue- und Vergabegesetz TVgG NRW für neue Unsicherheiten. Die Geschäftsführung der VKU geht

allerdings davon aus, dass sich aufgrund der bestehenden Direktvergabe für die Gesellschaft keine negativen Auswirkungen daraus ergeben.

Als strukturelles Problem aller ÖPNV-Unternehmen der Gruppe zeichnet sich die demografische Entwicklung im Bedienungsgebiet ab, die zu bedeutenden Verringerungen und Veränderungen der heutigen Schülerströme führen wird, mit möglicherweise deutlichen Auswirkungen auf das wichtige Geschäftsfeld „Ausbildungsverkehr“. Der Schülerrückgang aus der Landesstatistik NRW von rd. 2,9 % für das Schuljahr 2016/2017 lässt sich allerdings nicht ohne Weiteres auf die Schullandschaft der VKU übertragen. Die konkreten Effekte daraus auf die Ertrags,- Vermögens- und Finanzlage sind nicht ermittelbar. Der sich abzeichnende Fachkräftemangel in vielen Geschäftsbereichen der WVG und der angeschlossenen ÖPNV- und Eisenbahnunternehmen sowie die in den nächsten Jahren erfolgende Pensionierung zahlreicher Fach- und Führungskräfte stellen eine Herausforderung an die Aufrechterhaltung des ordentlichen Geschäftsbetriebs dar. Diese Herausforderung liegt insbesondere in der rechtzeitigen, angemessenen und wirtschaftlichen Neubesetzung sowie Einarbeitung von neuen Mitarbeitern und Schaffung adäquater Vertretungsstrukturen.

Für die Fahrzeugförderung nach §11 Abs. 2 ÖPNVG gelten konkrete Fördervoraussetzungen. Danach müssen 50% der Fahrplankilometer (ohne Schülerverkehre) von Fahrzeugen erbracht werden, die nicht älter als 78 Monate sind. Wenn die Gesellschaft Investitionen nicht durchführen würde, wäre künftig diese Fördervoraussetzung nicht erfüllbar.

Weitere wirtschaftliche Risiken aus der Planung, insbesondere für die Fahrgeldeinnahmen, bestehen darin, dass für die VKU auf Basis der Vorjahre und bekannter Entwicklungen Annahmen getroffen werden. Aufgrund unerwarteter Veränderungen bei den Fahrgastzahlen sind Abweichungen bei den künftigen Fahrgeldeinnahmen gegenüber den Erwartungen möglich. Insbesondere die im Wirtschaftsplan getroffenen Annahmen basieren z.T. auf vorläufigen Ergebnissen der Fremdnutzerzählungen und der Auswertung der Relationslisten für das Firmen-Abo sowie den Schulträgerkarten der Vorjahre, welche Unschärfen beinhalten könnten.

VKU Finanzierung

Nach Maßgabe der Betrauung erhält die VKU vom Kreis Unna für die erbrachten Verkehrsdienste jährliche Ausgleichsleistungen aus dem Kreishaushalt (Finanzierung über die Allgemeine Kreisumlage).

Auf Basis einer zuletzt im Jahre 2007 aktualisierten Refinanzierungsvereinbarung beteiligen sich die Städte und Gemeinden grundsätzlich zur Hälfte an den Ausgleichsleistungen des Kreises Unna. Grundlage der Abrechnung ist ein sog. Betriebsleistungsschlüssel, der jährlich nach den anteiligen Fahrplankilometern ermittelt wird. Darüber hinaus wird für diese Städte und Gemeinden eine Sonderabrechnung im Bereich der Schülerverkehre durchgeführt.

Der Aufwendungsersatz für das Haushaltsjahr 2015 beträgt **529.407,12 €**.

Aufwendungen des städt. Haushaltes

Haushaltsjahr:	2015	2014	2013
	529.407,12	491.591,56	520.136,31

Bilanz zum 31. Dezember 2015

(Zusammengefasste Positionen in T€)

Aktivseite	2015	2014	2013
A) Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	37	55	75
II. Sachanlagen	11.014	10.306	8.796
III. Finanzanlagen	366	374	381
Summe A	11.417	10.735	9.252
B) Umlaufvermögen			
I. Vorräte	203	184	234
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	12.129	9.636	9.543
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	71	57	196
Summe B	12.403	9.877	9.973
C) Rechnungsabgrenzungsposten	33	1	1
Bilanzsumme	23.853	20.613	19.226

Passivseite	2015	2014	2013
A) Eigenkapital	4.496	4.496	4.496
B) Rückstellungen	2.446	2.288	2.304
C) Verbindlichkeiten	16.570	13.413	12.088
D) Rechnungsabgrenzungsposten	341	416	338
Bilanzsumme	23.853	20.613	19.226

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01.2015 bis 31.12.2015
(Zusammengefasste Positionen in T€)

		2015	2014	2013
1.	Umsatzerlöse	21.291	20.433	19.161
2.	Sonstige betriebliche Erträge	7.521	7.584	7.891
	Erträge	28.812	28.017	27.052
3.	Materialaufwand	15.919	15.085	14.518
4.	Personalaufwand	7.970	8.149	8.341
5.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.830	1.719	1.582
6.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.898	2.854	2.390
7.	Erträge und Beteiligungen	0	0	0
8.	Sonstige Zinsen u. ä. Erträge	1	1	1
9.	Zinsen u. ä. Aufwendungen	179	195	207
10.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	17	16	15
11.	Sonstige Steuern	17	16	15
12.	Erträge aus Verlustübernahme	0	0	0
13.	Jahresüberschuss	0	0	0

Kennzahlen	2015	2014	2013
1. Vermögensaufbau -Anlagenintensität (Anlagevermögen x 100 : Gesamtvermögen)	47,8	52,1	48,1
2. Anlagenfinanzierung - Anlagendeckung (Eigenkapital x 100 : Anlagevermögen)	39,3	41,9	48,5
3. Kapitalausstattung -Eigenkapitalquote (Eigenkapital x 100 : Gesamtkapital)	18,8	21,8	23,3

4.4 Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH (WFG)

Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH (WFG)

**Friedrich-Ebert-Str. 19
59425 Unna
Telefon: 02303/27-1690
Telefax : 02303/27-1490
E-Mail: post@wfg-kreis-unna.de
Internet: www.wfg-kreis-unna.de**

Die WFG wurde am 21.07.1961 gegründet.

Die Gesellschaft ist im Handelsregister beim Amtsgericht Unna, Abteilung B, Nr. 0049, eingetragen.

Der Gesellschaftsvertrag ist gültig in der Fassung vom 19.07.2004.

Gesellschaftszweck

Gegenstand des Unternehmens ist die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Struktur des Kreises Unna durch Förderung der Wirtschaft, insbesondere durch Industrieansiedlung, Schaffung neuer Arbeitsplätze und Sanierung von Altlasten.

Zur Erreichung dieses Zwecks werden grundsätzlich folgende Tätigkeiten schwerpunktmäßig verfolgt:

- Planen, Erschließen und Vermarkten von Gewerbe- und Industriegebieten
- Standortmarketing für den Kreis Unna
- Informationsbeschaffung und Verteilung an die kreisangehörigen Gemeinden und Unternehmen
- Förderung von Unternehmensgründungen und -entwicklungen
- Wissens- und Technologietransfer im Bereich der Kompetenzfelder im Kreis Unna
- Förderung der beruflichen Weiterbildung und Qualifizierung

Die wirtschaftliche Betätigung ist gemäß § 107 Abs. 2 Nr. 3 der Gemeindeordnung NRW - Wirtschaftsförderung - zulässig.

Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Das gezeichnete Kapital von 3.032.500,00 € entfällt auf die Gesellschafter wie folgt:

	Anteil am Stammkapital in	
	€	%
Kreis Unna	1.213.000,00	40,00
Stadt Bergkamen	223.600,00	7,37
Gemeinde Bönen	92.500,00	3,05
Stadt Fröndenberg	100.300,00	3,31
Gemeinde Holzwickede	115.100,00	3,80
Stadt Kamen	168.500,00	5,56
Stadt Lünen	418.000,00	13,78
Stadt Schwerte	219.300,00	7,23
Stadt Selm	110.800,00	3,65
Stadt Unna	245.800,00	8,11
Stadt Werne	125.600,00	4,14
	3.032.500,00	100,00

Zusammensetzung der Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung

Dr. Michael Dannebom
Dipl.-Ing. Christoph Gutzeit

Geschäftsführer
Prokurist

Aufsichtsrat

Vorsitzender

Michael Makiolla

Landrat, Kreis Unna

1. stellv. Vorsitzender

Roland Schäfer

Bürgermeister, Stadt Bergkamen

2. stellv. Vorsitzender

Wilhelm Jasperneite

Kreis Unna

Gesellschafterversammlung

Für die **Stadt Bergkamen** ist in die Gesellschafterversammlung entsandt:

Dr.-Ing. Hans-Joachim Peters, Erster Beigeordneter
(Vertreter: Walter Kärger, Verwaltungsangestellter)

Wesentliches aus dem Geschäftsbericht

Lagebericht

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die WFG hat gemäß Gesellschaftsvertrag den Auftrag, die soziale und wirtschaftliche Struktur des Kreises Unna insbesondere durch Industrieansiedlungen, Schaffung neuer Arbeitsplätze und Sanierung von Altlasten zu verbessern. Aus diesem Auftrag entstand im Laufe der Zeit die folgende Vision, die die Arbeit der WFG bis heute prägt:

„Durch unsere Arbeit verbessern wir die Chancen und Perspektiven aller Menschen und Unternehmen im Kreis Unna und entwickeln diesen zu einem attraktiven und innovativen Wirtschaftsstandort.“

Im Rahmen eines umfassenden Prozesses, in dem die wesentlichen Ziele und Indikatoren der Arbeit der WFG erarbeitet wurden, beschloss der Aufsichtsrat im Jahre 2015 die folgenden Ziele:

- Stärkung der Wirtschaftsstruktur, der Wettbewerbsfähigkeit und des Wachstums der Unternehmen
- Höhere Qualität und Quantität des Erwerbspersonenpotenzials
- Schaffung moderner Infrastruktur für Unternehmen
- Position im Wettbewerb um Unternehmen und Fachkräften stärken.

Die Ergebnisse der in den Zielen der WFG angesprochenen Indikatoren werden von der Arbeit der WFG positiv beeinflusst. Viel entscheidender sind jedoch die volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen auf Bundes- und Landesebene. Dabei stand das Geschäftsjahr wieder im Zeichen einer bundesweit stabilen Konjunktur. Das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes lag mit 1,7 Prozent leicht über dem Vorjahresniveau und sorgte erneut für ein hohes Wachstum bei der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Der Kreis Unna legte sogar überproportional zu. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SVB) am Arbeitsort stieg von 116.287 (Juni 2014) um 2.617 (+2,3 Prozent) auf 118.904 (Juni 2015), während die Zunahme im Bund 2,1 Prozent und in NRW 1,9 Prozent betrug. Damit bieten die Unternehmen im Kreis Unna inzwischen 30,5 Prozent der Einwohner einen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz. Dem Ziel, diese Quote auf Landesdurchschnitt (33 Prozent) anzuheben, kommt der Kreis Unna so schrittweise näher. Für die Wirtschaftsförderung ist jedoch neben diesem quantitativen Ziel auch die Steigerung der Qualität der Arbeitsplätze extrem wichtig. Beides zu erreichen bleibt eine große Herausforderung und ist sicherlich kurzfristig nicht realisierbar, weil die Wirtschaft in den nächsten Jahren durch die Digitalisierung enorme Veränderungsprozesse durchlaufen wird. Die kreisweite Arbeitslosenquote im Dezember nahm im Vergleich zum Vorjahresmonat leicht ab und lag bei 8,4 Prozent (Vorjahr 8,8 Prozent).

Mit den Kernaufgaben Immobilienentwicklung und Unternehmensservice, bestehend aus der Immobilienvermarktung, der Kontaktstelle Wirtschaft, der Förderberatung, der Existenzgründungsberatung, der Fachkräftesicherung und der Innovationsförderung, hat die WFG zu der positiven Entwicklung beigetragen.

Immobilienentwicklung

Die WFG betreibt das Immobilienmanagement nicht nur im Rahmen von Treuhandprojekten, sondern auch im eigenen Risiko als WFG-eigene Projekte. Das Volumen an Eigenprojekten betrug ca. 7.100 TEuro (Vorjahr ca. 7.100 TEuro).

Die meisten Treuhandprojekte der WFG sind bis auf wenige Abschlussarbeiten weitestgehend erschlossen. Mit den Ansiedlungen im Logistikpark A2 konnte die Vollvermarktung dieses Gebietes nahezu erreicht werden. Das Gewerbegebiet Schürenfeld in Fröndenberg befindet sich noch bis zur Rechtskraft des Bebauungsplanes Mitte 2016 in der Planungsphase.

Das Gewerbegebiet Nattland in Schwerte wird durch die Einbeziehung einer Nachbarfläche eine Erweiterung erfahren. Der Bebauungsplan wird 2016 entsprechend angepasst und der notwendige Grunderwerb getätigt. Bei den Eigenprojekten der WFG kam zum Jahresende Bewegung bezüglich des Grunderwerbs für das Interkommunale Gewerbegebiet Unna/Kamen. Es zeichnet sich ab, dass die der WFG zum Tausch angebotenen Grundstücke auch vom abgebenden Landwirt akzeptiert werden könnten. Dann wäre auch das Bebauungsplanverfahren wieder aufzunehmen. In Schwerte wurden zur Entwicklung des Gewerbegebietes „Wandhofener Bruch“ die politischen Weichenstellungen herbeigeführt. Der Grunderwerb und die Planung für das Gebiet werden 2016 erfolgen, sofern die Stadt Schwerte die Restrisiken abdeckt.

Die gewerblich nutzbaren Flächenressourcen im Kreis Unna lassen nur noch eingeschränkte Entwicklungsperspektiven zu. Daher hat die WFG im abgelaufenen Geschäftsjahr kreisweit die Gewerbestandorte auf Planungsrecht, Altlastensituation, Eigentumsverhältnisse und Erschließungssituation untersucht und geprüft, welche Restriktionen eine Vermarktung einschränken und welche Flächen kurz-, mittel- und langfristig verfügbar zu machen sind. Gemeinsam mit den Städten und Gemeinden im Kreis Unna wird die Hauptaufgabe in der Zukunft darin liegen, bei der Neuaufstellung des Regionalplanes weitere Industrie- und Gewerbeflächenpotenziale im Kreis Unna für zukünftige Ansiedlungen und Verlagerungen zu sichern. Ausreichende Potenziale an gewerblichen Bauflächen sind für die Schaffung neuer Arbeitsplätze im Kreis Unna unabdingbar. Dabei geht es nicht nur um Neuansiedlungen, sondern vor allem um die Bestandssicherung der abwanderungswilligen Logistikfirmen, die ab dem zweiten Quartal 2015 für Unruhe gesorgt haben. Neben der Umsiedlung dieser Firmen ist das Thema „re-Development“. Es geht dabei vor allem darum, die erneute Entwicklung alter, nicht mehr marktgerechter Immobilien prioritär zu verfolgen.

Der Vermarktungserfolg ging im abgelaufenen Geschäftsjahr deutlich zurück. Es konnten nur fünf Verkäufe getätigt werden (Vorjahr: zehn und zwei Optionen). Doch nicht nur die Anzahl der Verkäufe nahm ab, sondern auch die Größe der verkauften Flächen. Im Wesentlichen handelte es sich um Erweiterungen bestehender Ansiedlungen.

Der Trend zu einem geringer werdenden Ansiedlungspotenzial mit weniger Nachfrage nach Flächen hin zu einem größeren Interesse an Bestandsimmobilien hat auch im vergangenen Jahr angehalten. Über die Immobilienbörse konnten 2015 acht Ansiedlungen durch die Vermittlungstätigkeit der WFG erzielt werden.

Unternehmerservice

Neben der Ansiedlungspolitik kümmert sich die WFG vor allem um die Bestandsentwicklung und bietet mit diesem Service den Unternehmen ein passgenaues und bedarfsgerechtes Angebot. Sie unterscheidet dabei zwischen branchenorientierten Service und lokaler Bestandsentwicklung in den Kommunen. Die WFG-Mitarbeiter nahmen im vergangenen Jahr

zu rund 315 Unternehmen direkten Kontakt auf, um sie in diversen Belangen zu unterstützen. Diese reichten von der klassischen Fördermittelberatung bis zu dem Behördenlotsen, der spezifische Probleme der Unternehmen vor Ort löst.

Die WFG ist unter dem Dach des StarterCenters NRW eine wichtige Anlaufstelle für Gründungsinteressierte im Kreis Unna. Durch Partnercenter in den Technologie- und Gründerzentren Lünen, Kamen, Bönen und Schwerte wird eine hohe Beratungsdichte im Kreis Unna gewährleistet. Wiederkehrende Zertifizierungsverfahren garantieren einen hohen Beratungsstandard in der Existenzgründungsberatung. Im abgelaufenen Geschäftsjahr suchten rund 330 Gründungsinteressierte den Kontakt zum StarterCenter bei der WFG Kreis Unna. Die Vor-Ort-Beratung in den Kommunen des Kreises Unna wurde kontinuierlich ausgebaut.

Unter dem Dach der WFG unterstützen die Stiftung Weiterbildung, die Regionalagentur Westfälisches Ruhrgebiet und das Kompetenzzentrum Frau und Beruf (Competentia) Unternehmen bei der Sicherung von Fachkräften. Ein umfangreiches Beratungsangebot zu den Themen Weiterbildung, Arbeitsorganisation, Personalentwicklung, Familienfreundlichkeit und zur Ansprache weiblicher Fachkräfte gehört ebenso zu den Leistungen, wie Maßnahmen zur präventiven Nachwuchssicherung und diverse Angebote zur Berufsorientierung. Regelmäßig wurden beim „Praxistag Perspektive Technik“ im Jahres-Rhythmus Unternehmen, Bildungseinrichtungen und Jugendliche zusammengeführt und durch Technikworkshops geschult. Des Weiteren baute die WFG den MINT-Verleihboxenpool mit angegliedertem zdi-MINT-Raum im naturwissenschaftlich-technischen Zentrum der Berufskollegs des Kreises Unna kontinuierlich aus und gründete zudem einen Förderverein für das zdi-Netzwerk Perspektive Technik. So konnte das Netzwerk stabilisiert werden, um auch weiterhin den Nachwuchs für die Unternehmen im Kreis Unna fördern zu können.

Personalausstattung

Ende des Jahres 2015 waren bei der WFG inklusive Stiftung Weiterbildung 25 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt (Vorjahr: 27). Eine Mitarbeiterin der Regionalagentur hatte die WFG aus förderrechtlichen Gründen an die Wirtschaftsförderung Dortmund weitergeleitet. Ein Mitarbeiter des Jobcenters Unna wurde der WFG für den Bereich Existenzgründungsberatung zur Verfügung gestellt. In der Personalentwicklung setzt die WFG weiterhin auf einen ausgewogenen Mix zwischen jungen und erfahrenen Mitarbeitern mit einem Altersdurchschnitt von nahezu 45 Jahren.

Berichterstattung nach §108 Abs. 3 Nr. 2 GO NRW

Die Gesellschafter haben mit dem Unternehmensgegenstand im Gesellschaftsvertrag der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH die öffentliche Zwecksetzung vorgeschrieben. Gegenstand des Unternehmens ist die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Struktur des Kreises Unna durch Förderung der Wirtschaft, insbesondere durch Industrieansiedlung, Schaffung neuer Arbeitsplätze und Sanierung von Altlasten. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben an anderen Unternehmen beteiligen, die der Verwirklichung der Zwecke der Gesellschaft dienen und die ebenfalls das Ziel der Strukturverbesserung verfolgen. Die im Anhang und Lagebericht gegebenen Erläuterungen und Daten legen dar, dass das Unternehmen der öffentlichen Zwecksetzung entsprochen hat.

Ertragslage

Die WFG erzielte im abgelaufenen Geschäftsjahr ein Ergebnis vor Verlustübernahme von 1.084 TEuro (Vorjahr: 879 TEuro). Die wesentlichen Säulen, auf die sich die Ertragslage der WFG gründete, bestand aus den Umsatzerlösen (574 TEuro; Vorjahr: 438 TEuro), den sonstigen betrieblichen Erträgen (517 TEuro, Vorjahr: 612 TEuro) und den Zinserträgen (29 TEuro; Vorjahr: 53 TEuro). Somit betrugen die Gesamteinkünfte (ohne Bestandsveränderungen) 1.120 TEuro (Vorjahr: 1.103 TEuro). Darin enthalten sind auch die Erträge durch die Vermietung (127 TEuro, Vorjahr: 0 TEuro). Die Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen in Höhe von 162 TEuro (Vorjahr: 85 TEuro) stellen Investitionen in Grundstücke und Erschließungsanlagen in langfristige WFG-eigene Projekte dar.

Das mit dem Wirtschaftsplan gesetzte Ziel, mit einem Jahresverlust von 653 TEuro abzuschließen, wurde um 431 TEuro überschritten. Dies lag vor allem an den nicht realisierten Verkäufen von Gewerbegrundstücken, zurückgehender Projektbezuschussung sowie sinkenden Zinsen.

Im Gesellschaftsvertrag ist geregelt, dass der Gesellschafter Kreis Unna den Verlustausgleich leistet. Es ist erklärter Wille und geübte Praxis der Vergangenheit, die Tätigkeiten der WFG, die allen Kommunen gleichermaßen zuteilwerden, über die Kreisumlage allen Kommunen entsprechend ihres Umlageteils anzulasten. Dies ist ein sehr guter Weg, die Solidargemeinschaft und die interkommunale Zusammenarbeit im Kreis Unna zu stärken.

Der Verkauf von WFG-eigenen Grundstücken ging deutlich zurück. Durch den Abgang von kleineren Grundstücken und weiterer Investitionen in Erschließung von Grundstücken aus Eigenprojekten sind die Bestandsveränderungen positiv (14 TEuro, Vorjahr: 83 TEuro).

Die Aufwendungen für Material- und Fremdleistungen haben sich erhöht, da 2015 in die Erschließung eines Gewerbegebietes investiert wurde. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen konnten durch die Einsparung des Mietaufwandes um rund 58 TEuro gesenkt werden (392 TEuro, Vorjahr: 450 TEuro). Durch den Kauf der Immobilie erhöhten sich die Abschreibungen (90 TEuro, Vorjahr: 12 TEuro) sowie die Zinsaufwendungen (41 TEuro, Vorjahr: 3 TEuro). Die Gehaltssteigerung beim Personalaufwand wurde durch die Verringerung der Mitarbeiteranzahl kompensiert.

Wirtschaftsförderung ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet, sondern auf die politisch motivierte Stärkung der heimischen Wirtschaft und damit auf die Sicherung der Entwicklungsperspektiven der Region Kreis Unna. Im Hinblick auf die Ziele der WFG muss festgestellt werden, dass sich der Erfolg der struktur- und wirtschaftspolitischen Aktivitäten, insbesondere in der Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit der lokalen Wirtschaft niederschlägt und nur bedingt im Jahresabschluss der WFG.

Vor dem Hintergrund des Betrauungsaktes mit dem Kreis Unna ist für Kosten und Erlöse, die mit dem Ankauf und der Bewirtschaftung der Immobilie verbunden sind, eine Trennrechnung erstellt worden.

	2015 in TEuro	2014 in TEuro	Veränderung in TEuro
1. Umsatzerlöse	574	438	+136
2. Erträge aus Zuschüssen	380	534	-154
3. Sonstige betriebliche Erträge	137	78	+59
4. Erhöhung des Bestands	14	83	-69
5. Betriebserträge (Summe 1 bis 4)	1.105	1.133	-28
6. Material- und Fremdleistungen	162	85	+77
7. Personalaufwand	1.523	1.515	+8
8. Abschreibungen	90	12	+78
9. Sonstige Steuern	10	0	+10
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen	392	450	-58
11. Betriebsaufwendungen (Summe 6 - 10)	2.177	2.062	+115
12. Ordentliches Betriebsergebnis (Differenz 5-11)	- 1.072	- 929	-143
13. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	29	53	-24
14. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	41	3	+38
15. Finanzergebnis (Differenz 13-14)	-12	50	-62
16. Ergebnis vor Verlustübernahme (Summe 12+15)	- 1.084	- 879	-205

Finanzlage

Der Liquiditätsspielraum der WFG entspricht dem Eigenkapital. Dieser besteht aus dem gezeichneten Kapital, der Gewinnrücklage und der Kapitalrücklage. Das Eigenkapital der WFG beträgt 12.273 TEuro. Es steht in erster Linie für Investitionen in die Treuhandprojekte sowie für Investitionen in die WFG-eigenen Projekte zur Verfügung und fließt in weitere Grunderwerbs- und Erschließungsaktivitäten ein. Ein Betrag von 416 TEuro ist durch Finanzbeteiligungen gebunden.

Die Eigenkapitalquote der WFG um ein Prozent auf 26 Prozent (Vorjahr: 27 Prozent) gesunken. Die Fremdkapitalquote hat sich nicht wesentlich verändert (74 Prozent, Vorjahr: 73 Prozent).

Im Geschäftsjahr 2015 wurde ein Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit von 784 TEuro (Vorjahr: 4.345 TEuro) erwirtschaftet. Des Weiteren betrug der Cash-Flow aus Investitionstätigkeiten

- 2.694 TEuro (Vorjahr: - 28 TEuro) und aus Finanzierungstätigkeiten 2.034 TEuro (Vorjahr: - 4.622 TEuro).

Die Zahlungsfähigkeit der WFG war im Geschäftsjahr jederzeit gegeben.

Vermögenslage

Die Aktivseite der Bilanz ist maßgeblich von den Posten Grundstücke im Umlaufvermögen sowie Forderungen aus Ansiedlungskosten bestimmt. Hier finden in der Regel die großen Bewegungen statt. Der Bestand an WFG-Grundstücken umfasste im Geschäftsjahr 5.378 TEuro (Vorjahr: 5.443 TEuro) und die darauf aktivierten Erschließungskosten 1.730 TEuro (Vorjahr: 1.651 TEuro). Die kommunalen Grundstücke in Treuhänderschaft der WFG wurden mit 16.165 TEuro (Vorjahr: 15.852 TEuro) bewertet und die Forderungen aus Ansiedlungen betragen 19.695 TEuro (Vorjahr: 20.644 TEuro). Die Veränderung resultiert im Wesentlichen aus dem An- und Verkauf von Treuhandgrundstücken. Diese Bilanzposten sind maßgeblich für die Höhe der Bilanzsumme verantwortlich. Langfristig wird sich ein Trend ergeben, wonach sich die Struktur des Umlaufvermögens sukzessive von den Treuhandprojekten zu den WFG-eigenen Projekten verschieben wird. Damit wird der Zeitpunkt näherkommen, dass die WFG für diese Projekte auch auf Fremddarlehen zurückgreifen muss und die Projekte auch faktische Zinsaufwendungen mitverdienen müssen.

Die WFG beurkundete im Dezember 2014 den Ankauf des Bürogebäudes. Der Übergang von Nutzen und Lasten des im Vorjahr beurkundeten Ankaufs des Bürogebäudes ist zum 01.01.2015 erfolgt. Die erforderlichen Mittel wurden zu 100 Prozent fremdfinanziert. Der Kauf des Gebäudes zeigt für die WFG einen Vorteil gegenüber der Mietvariante.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sanken um 793 TEuro auf 502 TEuro. Die Gründe hierfür liegen hauptsächlich in der Stichtagsbetrachtung des Jahresabschlusses. Der Kassenbestand belief sich auf 606 TEuro (Vorjahr: 482 TEuro).

Die Bilanzsumme erhöhte sich um 1.243 TEuro auf 47.625 TEuro.

Die Passivseite besteht im Wesentlichen aus Eigenkapital von 12.273 TEuro (Vorjahr: 12.448 TEuro), aus Ausgleichsposten von 16.525 TEuro (Vorjahr: 16.212 TEuro) sowie aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten von 17.525 TEuro (Vorjahr: 15.900 TEuro). Durch den Jahresfehlbetrag schmälerte sich das Eigenkapital um 175 TEuro (Vorjahr: 0 TEuro). Durch die Fremdfinanzierung der Immobilie erhöhten sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Fazit zur Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Die Geschäftssituation der WFG hat sich im Vergleich zum Wirtschaftsplan trotz Einsparungen nicht verbessert. Im Wirtschaftsjahr 2015 wurde erstmalig die Grenze überschritten, die nach Gesellschaftsvertrag bezuschusst werden muss. Die Geschäftsführung wird intensive Gespräche mit dem Kreis Unna führen, um abzuklären, ob und ggf. in welcher Höhe er bereit ist, das diese Grenze übersteigende Defizit abzudecken.

Es ist nur folgerichtig, dass die Ausrichtung auf die Realisierung von Eigenprojekten zwangsläufig zu stark schwankenden Ergebnissen führen, die sich auch nicht in einem noch so präzise geplanten Wirtschaftsplan prognostizieren lassen. Dem hohen Jahresfehlbetrag stehen umfassende Aufgaben und erhebliche Investitionen in Projekte und Initiativen gegenüber, deren Wirkungen sich positiv im Sinne des Gesellschaftszwecks auf die Wirtschafts- und Sozialstruktur im Kreis Unna richten und sich in der Zukunft nachhaltig auszahlen werden.

Zusammenfassend lässt sich die Finanz- und Vermögenslage als gut, die Ertragslage jedoch als nicht zufriedenstellend bezeichnen. Dieses ist vor dem Hintergrund des öffentlichen Guts „Wirtschaftsförderung“ auch zu erwarten.

B. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

C. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Prognosebericht

Die WFG ist für die Herausforderungen der nächsten Jahre gut aufgestellt. Im Bereich Immobilienentwicklung wird in den kommenden Jahren die Hauptaufgabe darin bestehen, die Gewerbeflächenpotenziale im Kreis Unna bei der Neuaufstellung des Regionalplans zu optimieren. Dies gilt sowohl für den lokalen Bedarf in den Kommunen als auch für die Interkommunalen Kooperationsstandorte. Der Unternehmensservice wird zukünftig noch optimaler auf die Anforderungen der Unternehmen ausgerichtet und durch geeignete Maßnahmen des Marketings begleitet. Aufgrund der erhöhten Nachfrage nach Gewerbegrundstücken im vierten Quartal 2015 und im ersten Quartal 2016 ist mit einem Anstieg der Anzahl und des Volumens der Grundstücksverkäufe zu rechnen.

Aus den wirtschaftlichen Rahmendaten ergeben sich neben den klassischen Wirtschaftsförderungsmaßnahmen vor allem die Schwerpunkte Förderung von Existenzgründungen, Bildung und Innovationen im Unternehmensbestand. Diese Aktivitäten wird die WFG zukünftig im Rahmen ihrer Möglichkeiten und des politisch gewünschten Umfangs noch offensiver ausbauen, um die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft kleiner und mittlerer Unternehmen im Kreis Unna zu verbessern. Parallel dazu hat die Geschäftsführung ein umfassendes Ziel- und Indikatorensystem erarbeitet, das sie zusammen mit der Neuausrichtung der Aufgaben im Jahr 2015 im Aufsichtsrat beschlossen hat.

Für das Wirtschaftsjahr 2016 wird laut Wirtschaftsplan ein Jahresfehlbetrag von 899 TEuro erwartet.

Chancen- und Risikobericht

Durch die gesellschaftsrechtliche Regelung der Finanzierung ist sichergestellt, dass die Gesellschaft den beschriebenen Aufgabenbereich langfristig wahrnehmen kann. Darüber hinaus verfügt sie über ein Liquiditäts-, Finanzierungs- und Finanzplanungssystem, das gewährleistet, dass mit den zur Verfügung stehenden Mitteln optimal und sparsam gewirtschaftet wird. Notwendige Anpassungs- und Verbesserungsvorschläge werden laufend in das System integriert. Die Geschäftsführung hat mit Hilfe einer Software ein Risikomanagement eingerichtet. In diesem System werden u.a. Risiken, ihre Auswirkungen und Eintrittswahrscheinlichkeiten, Gegenmaßnahmen sowie die Risikoverantwortlichen festgelegt. Um die Risiken strukturiert darzustellen, wurden rund 62 Einzelrisiken in sieben Risikokategorien bzw. 26 Subkategorien eingeteilt. Risiken, die sich im Rahmen des Risikomanagements als besonders bedeutsam herausgestellt haben, stehen vor allem in engem Zusammenhang mit den WFG-eigenen Projekten, Zinsänderungsrisiken, abnehmenden Liquiditätsreserven durch langfristige Kapitalbindung oder Risiken aus der Grundstücksbevorratung. Die WFG ist im Bereich der Risikoanalyse gut aufgestellt und sorgt

somit dafür, dass unliebsame Überraschungen weitgehend vermieden werden können oder sehr früh erkannt werden.

Durch die Vorfinanzierung der Grundstücke und Erschließungsanlagen und der damit verbundenen Kapitalbindung besteht die Gefahr, dass ein Zahlungsengpass entstehen könnte, wenn keine Grundstücke verkauft werden. Jedoch mindern regelmäßige Liquiditätskontrollen im Rahmen der Liquiditätsplanung dieses Risiko deutlich.

Es bestehen zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichtes keine wirtschaftlichen oder rechtlichen Risiken, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden könnten.

Bilanz zum 31. Dezember 2015
(Zusammengefasste Positionen in T€)

Aktivseite	2015	2014	2013
A) Ausstehende Einlagen auf das gezeichnete Kapital			
B) Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	3	2	2
II. Sachanlagen	2.622	34	17
III. Finanzanlagen	416	404	410
C) Umlaufvermögen			
I. Grundstücke	7.108	7.095	7.010
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	16.166	15.852	16.510
III. Wertpapiere/Vorräte	20.699	22.513	27.800
IV. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	607	482	770
D) Rechnungsabgrenzungsposten	4	2	0
Bilanzsumme	47.625	46.382	52.519

Passivseite	2015	2014	2013
A) Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	12.273	12.448	12.448
B) Ausgleichsposten zu Grundstücken, Beteiligungen und Forderungen	16.525	16.212	16.861
C) Rückstellungen	978	999	1.054
D) Verbindlichkeiten	17.849	16.719	22.152
E) Rechnungsabgrenzungsposten	0	4	4
Bilanzsumme	47.625	46.382	52.519

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01.2015 bis 31.12.2015
(Zusammengefasste Positionen in T€)

			2014	2013
1.	Erlöse	573	438	1.016
2.	Veränderung des Bestandes	14	83	201
3.	Sonstige betriebliche Erträge	517	612	579
4.	Zinsen und Erträge	28	53	131
5.	Erträge	1.132	1.186	1.525
6.	Aufwendungen f. bezogene Lieferungen/Leistungen	161	84	124
7.	Personalaufwand	1.523	1.515	1.599
8.	Abschreibungen	89	12	15
9.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	392	450	552
10.	Zinsen und Aufwendungen	41	3	22
11.	Aufwendungen	2.206	2.064	2.312
12.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1.074	- 878	- 787
13.	Erträge aus Verlustübernahme	900	878	787

14. Jahresfehlbetrag

174

Kennzahlen	2015	2014	2013
Kapitalausstattung - Eigenkapitalquote (Eigenkapital x 100 : Gesamtkapital)	25,8	27,0	24,0
Anlagenintensität (Anlagevermögen x 100 : Gesamtvermögen)	6,4	0,9	0,7

4.5 TECHNOPARK KAMEN GmbH

TECHNOPARK KAMEN GmbH

Lünener Str. 211
59174 Kamen
Telefon: 02307/91206-0
Telefax : 02307/91206-66
Internet: www.technopark-kamen.de

Die Gesellschaft wurde am 04.03.1994 gegründet und am 01.12.1994 im Handelsregister beim Amtsgericht Kamen, Abt. B, Nr. 0758, eingetragen.

Der Gesellschaftsvertrag ist gültig in der Fassung vom 07.07.2004.

Gesellschaftszweck

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb des Gründer- und Technologiezentrums sowie die Errichtung und Betreuung der angeschlossenen Technologieparks.

Die wirtschaftliche Betätigung ist gemäß § 107 Abs. 2 Nr. 3 der Gemeindeordnung NRW – Wirtschaftsförderung – zulässig.

Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 105.000,00 €. Auf dieses Stammkapital haben die Gesellschafter folgende Stammeinlagen geleistet:

	Anteil am Stammkapital in	
	€	%
Stadt Kamen	53.550,00	51 %
Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH	25.200,00	24 %
Städt. Sparkasse Kamen	8.400,00	8 %
Gemeinschaftsstadtwerke GSW	8.400,00	8 %
Stadt Bergkamen	6.300,00	6 %
Gemeinde Bönen	3.150,00	3 %

Zusammensetzung der Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung

Dipl.-Betriebswirt Hubertus Ebbers

Aufsichtsrat

Vorsitzender

Hermann Hupe

Bürgermeister Stadt Kamen

1. stellv. Vorsitzender

Walter Kärger

Verwaltungsangestellter

2. stellv. Vorsitzender

Dr. Michael Dannebom

Geschäftsführer WFG, Unna

Für die Stadt Bergkamen ist in den Aufsichtsrat entsandt:

Walter Kärger, Verwaltungsangestellter

(Vertreterin: Simone Krämer, Verwaltungsangestellte)

Gesellschafterversammlung

Für die Stadt Bergkamen ist in die Gesellschafterversammlung entsandt:

Knut Bommer, Stadtverordneter

(Volker Weirich, Stadtverordneter)

Personalbestand

Im Jahresdurchschnitt waren 5 Mitarbeiter beschäftigt, davon 3 Teilzeitbeschäftigte.

Lagebericht

Die TECHNO PARK KAMEN GmbH ist seit 1994 als Betreibergesellschaft des Technologiezentrums und des Gründerzentrums im Technologiepark Kamen ein wesentliches Instrument der Struktur- und Technologieförderung. Insbesondere durch die Akquisition und Förderung von innovativen Existenzgründern und technologieorientierten Klein- und Mittelständischen Unternehmen (KMU) gehen positive wirtschaftsstrukturelle und arbeitsmarktrelevante Impulse am Wirtschaftsstandort Kamen, Bergkamen und Bönen aus. Nach erfolgreicher Re-Auditierung durch den ADT-Bundesverband Deutscher Innovations-, Technologie-

und Gründerzentren e. V. im Juni 2014 wurde der TECHNOPARK KAMEN GmbH erneut das Prädikat "Anerkanntes Innovationszentrum" verliehen.

Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme ist um 170 TEUR auf 1.743 TEUR gesunken. Der Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme beträgt lediglich 6 %. Unter Einbeziehung des Sonderpostens wegen Investitionszuschüssen haben die Eigenmittel einen Anteil von 71 % an der Bilanzsumme. Das langfristig gebundene Vermögen ist am Bilanzstichtag zu 97 % durch zeitgleiche Mittel finanziert.

Die Liquidität der Gesellschaft war in 2015 durch vorhandene Finanzmittel und Abschlagszahlungen der Stadt Kamen in Höhe von 270 TEUR auf die Verlustübernahme gesichert.

Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2015 wurden Betriebserträge in Höhe von 750 TEUR erzielt, die um 49 TEUR über dem Vorjahreswert liegen. Die Gesamtaufwendungen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 35 TEUR auf 1.020 TEUR.

Insgesamt wurden 603 TEUR Umsatzerlöse erzielt; diese liegen um 39 TEUR über dem Vorjahresbetrag. Von den Umsatzerlösen entfallen 546 TEUR auf die Vermietung von Büroräumen und Werkstätten einschließlich Service- und Betriebskostenumlagen, 12 TEUR auf die Vermietung von Seminarräumen, medientechnischer Ausstattung u. a., 38 TEUR auf Bewirtschaftungsleistungen sowie 7 TEUR auf Grundstücksvermarktung und Projektentwicklung.

Die sonstigen betrieblichen Erträge (147 TEUR) resultieren aus der Auflösung des Sonderpostens wegen Investitionszuschüssen zum Anlagevermögen (105 TEUR) und von Rückstellungen (19 TEUR) sowie aus Kostenerstattungen (17 TEUR), aus Abstandszahlungen aufgrund vorzeitiger Auflösung von Mietverhältnissen (1 TEUR) und Erträgen aus Versicherungsentschädigungen (6 TEUR).

Das Jahresergebnis vor Verlustübernahme hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 14 TEUR auf - 270 TEUR verbessert. Nach Einzahlungen der Stadt Kamen wird ein ausgeglichenes Ergebnis ausgewiesen.

Geschäftsverlauf

Aus Sicht der TECHNOPARK KAMEN GmbH ist auch das Geschäftsjahr 2015 geprägt durch einen - im Vergleich zu den Jahren 2008 - 2011 niedrigen Unternehmenswechsel sowohl im Technologie- als auch im Gründerzentrum.

Allerdings wirkte sich auch im Jahr 2015 die stabile konjunkturelle Lage und die sehr gute Arbeitsmarktsituation negativ bei der Vermarktung des Gründer- und Technologiezentrums, insbesondere bei der Mobilisierung und Akquisition betrieblicher Existenzgründer aus. Die Gesamtjahresbetrachtung der Vermarktung des Technologie- und des Gründerzentrums Kamen zeigt zum Stichtag 31.12.2015 57 Unternehmen inklusive assoziierter Mieter mit 476 Arbeitsplätzen, davon 140 Teilzeitarbeitsplätze. Unter Hinzuziehung der Arbeitsplätze im Technologiepark Kamen summiert sich die Anzahl der Arbeitsplätze am Standort auf ca. 712. Die Quote der Existenzgründer beträgt hierbei 52,6 %.

Im Jahr 2015 standen 10 Einzügen und 6 Erweiterungen 10 Auszügen und 4 Flächenreduzierungen gegenüber. Damit blieb per 31.12.2015 die Zahl der Unternehmen im Berichtszeitraum zwar mit 57 konstant, die gesamtvermietete Fläche stieg jedoch um 220 qm.

Zum Bilanzstichtag betrug die Vermarktungsquote des Technologiezentrums 93,3 %, die des Gründerzentrums 76,4 %.

Die Ansiedlung neuer Unternehmen bestätigt das diversifizierte Spektrum technologieorientierter Entwickler und Dienstleister im Technologie- und Gründerzentrum. Schwerpunktmäßig lassen sich die Unternehmen in die Branchensegmente Software und I+K-Technologien, Maschinenbau / Logistik / Anlagentechnik, E-Technik / Messtechnik und Sensorik, Umwelttechnik, Beratung und Bildung, Kreativwirtschaft sowie andere produktions- und technologieorientierte Dienstleister differenzieren.

Für den Seminarbetrieb in den beiden Zentren wurden Fachveranstaltungen von und für KMU an 491 (im Vorjahr 450) gebuchten Seminartagen akquiriert. Anlässlich dieser Veranstaltungen wurden rd. 3.375 Teilnehmer (im Vorjahr 3.100) im Technologie- und Gründerzentrum registriert.

Chancen- und Risikobericht / Ausblick

Auch im 23. Jahr des Bestehens der TECHNOPARK KAMEN GmbH existiert im Hauptgeschäftsfeld "Vermietung" grundsätzlich die Gefahr eines Umsatzrückganges, da die Hauptzielgruppe der (technologieorientierten) Existenzgründer hinsichtlich des realisierbaren Erfolges ihrer Geschäftsentwicklung schwer einzuschätzen ist. Mit einer vorliegenden Kündigung für eine Fläche im Technologiezentrum in der Größe von rund 100 m², die im laufenden Jahr 2016 wirksam wird, sowie 18 auslaufenden Mietverträgen in 2016, die eine Fläche von rund 1.173 m² betreffen, können kurzfristig auch größere Leerstände nicht ausgeschlossen werden.

Zudem ist die Nachfrage potentieller, geeigneter Existenzgründer u. a. konjunktur- und arbeitsmarktbedingt weiterhin äußerst verhalten.

Das Risikomanagementsystem der TECHNOPARK KAMEN GmbH wurde auch im Jahr 2015 den Anforderungen entsprechend überprüft. Der Einsatz dieses Systems bietet qualifizierte Hilfestellung, insbesondere bei der Formulierung kurz- und mittelfristiger Problemlösungen. Weiterhin unterstützt dieses System eine langfristig auf Risikominimierung hin ausgerichtete Sicht- und Entscheidungsweise.

Eine Überprüfung der gegenwärtigen Lage der Gesellschaft hat ergeben, dass keine den Fortbestand gefährdenden Risiken vorliegen.

Die Geschäftsführung geht aufgrund der anhaltend positiven Konjunktur davon aus, dass der Vermarktungsstand des Technologiezentrums zum Ende des vierten Quartals 2015 auch im Laufe des Jahres 2016 wieder auf einem hohen Niveau (93 - 95%) gehalten werden kann. Die Kehrseite der Medaille ist, dass im Jahr 2016 die anhaltende konjunkturelle Dynamik zusammen mit einer weiteren Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt und damit die Nachfrage nach qualifizierten Fachkräften und Ingenieuren für eine Abnahme der Gründungsaktivität sorgen. Wie der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) am 19.02.2016 veröffentlichte, plant die deutsche Wirtschaft allein für das Jahr 2016 220.000 neue Jobs.

Aufgrund der vorliegenden Kündigungen und auslaufender, nicht verlängerbarer Mietverträge für das Gründerzentrum wird das Hauptaugenmerk der Aktivitäten auch im Jahr

2016 auf die Akquisition, Beratung und Ansiedlung betrieblicher Existenzgründer und kleiner und mittlerer Unternehmen für das Gründerzentrum gelegt. Es wird daher im Jahr 2016 mit einer Vermarktung des Gründerzentrums von ca. 78 % kalkuliert.

Die TECHNOPARK KAMEN GmbH wird in enger Kooperation mit dem Verein Der Innovationsstandort e. V. weiterhin für kleine und mittlere Unternehmen in der Region Kamen/Bergkamen/Bönen Beratungsdienstleistungen und Informationsveranstaltungen zum Wissens- und Technologietransfer anbieten.

Zusätzlich wird die TECHNOPARK KAMEN GmbH zusammen mit den anderen regional ansässigen Technologiezentren („TECH5plus“) auch im Jahr 2016 das Angebot „Pre-Incubator-Center“ im Gründerzentrum Kamen für Ausgründungen aus Hochschulen anbieten.

Die Gesellschaft erwartet für das Geschäftsjahr 2016 einen Verlust, der von der Stadt Kamen ausgeglichen wird.

Bilanz zum 31. Dezember 2015

(Zusammengefasste Positionen in T€)

Aktivseite	2015	2014	2013
A) Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände, Konzessionen u. ä. Rechte	1	1	2
II. Sachanlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung, grundstücksgleiche Rechte und Bauten auf fremden Grundstücken	1.616	1.768	1.899
III. Beteiligungen	0	0	0
B) Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonst. Vermögensgegenstände	11	12	12
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	91	110	182
C) Rechnungsabgrenzungsposten	23	22	10
Summe Aktivseite	1.742	1.913	2.105

Passivseite	2015	2014	2013
A) Eigenkapital			
Gezeichnetes Kapital	105	105	105
B) Sonderposten wegen Investitionszuschüssen zum Anlagevermögen	1126	1.230	1.335
C) Sonderposten mit Rücklageanteil	0	0	0
D) Rückstellungen	107	140	145
E) Verbindlichkeiten	399	431	516
F) Rechnungsabgrenzungsposten	5	7	4
Summe Passivseite	1742	1.913	2.105

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01.2015 bis 31.12.2015
(Zusammengefasste Positionen in T€)

		2015	2014	2013
1.	Umsatzerlöse	603	563	580
2.	Sonstige betriebliche Erträge	147	135	141
3.	Materialaufwand	-292	- 269	- 281
4.	Personalaufwand	-363	- 356	- 330
5.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-157	- 157	- 155
6.	Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	0	0
7.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-182	- 173	- 172
8.	Sonstige Zinsen u. ä. Erträge	0	0	1
9.	Zinsen u. ä. Aufwendungen	-14	- 15	- 16
10.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-258	- 272	- 232
11.	Sonstige Steuern	-11	- 11	- 11
12.	Erträge aus Verlustübernahme	-269*	- 283*	243*
13.	Jahresergebnis	0	0	0

* Der Jahresfehlbetrag wird durch die Stadt Kamen ausgeglichen.

Kennzahlen	2015	2014	2013
1. Vermögensaufbau -Anlagenintensität (Anlagevermögen x 100 : Gesamtvermögen)	92,8	92,4	90,2
2. Anlagenfinanzierung - Anlagendeckung (Eigenkapital x 100 : Anlagevermögen)	6,5	5,9	5,5
3. Kapitalausstattung -Eigenkapitalquote (Eigenkapital x 100 : Gesamtkapital)	6,0	5,5	4,9

4.6 Antenne Unna Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG

Antenne Unna Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG

Westenhellweg 86 - 88
44137 Dortmund
Telefon: 0231/9059-1170
Telefax: 0231/9059-8140
E-Mail: marco.morocutti@mdhl.de

Betriebsstätte:
Antenne Unna
Radio und Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG
Ostring 17 a
59423 Unna

Die Gesellschaft ist mit Gesellschaftsvertrag vom 17.01.1991 unter der Firma Radio U Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG gegründet und am 15.01.1991 im Handelsregister beim Amtsgericht Dortmund, Abteilung A, Nr. 12756, eingetragen worden.

Die Gesellschaft hat die Rechtsform einer Kommanditgesellschaft in der Sonderform der GmbH & Co. KG. Der Gesellschaftsvertrag ist gültig in der Fassung vom 17.01.1991.

Die rechtlichen und wirtschaftlichen Grundlagen der Gesellschaft haben sich seit dem 01.01.2007 wie folgt geändert:

Die Gesellschafterversammlung vom 23.04.2007 hat einstimmig die Änderung der Firma von „Radio U Betriebsgesellschaft mbH“ in „Antenne Unna Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG“ beschlossen; die Änderung der Firma wurde am 23.10.2007 ins Handelsregister eingetragen.

Gesellschaftszweck

Gegenstand des Unternehmens ist die Wahrnehmung folgender Aufgaben, die sich aus dem Landesrundfunkgesetz für den Betrieb lokalen Rundfunks ergeben:

- die zur Produktion und zur Verbreitung des lokalen Rundfunks erforderlichen technischen Einrichtungen zu beschaffen und der Veranstaltergemeinschaft zur Verfügung zu stellen,
- der Veranstaltergemeinschaft die zur Wahrnehmung ihrer gesetzlichen und durch Vereinbarung bestimmten Aufgaben erforderlichen Mittel in vertraglich bestimmtem Umfang zur Verfügung zu stellen,

- für die Veranstaltergemeinschaft den in § 74 des Landesmediengesetzes genannten Gruppen Produktionshilfen zur Verfügung zu stellen,
- Hörfunkwerbung zu verbreiten.

Darüber hinaus sind Gegenstand des Unternehmens alle mit der Wahrnehmung dieser Aufgaben unmittelbar oder mittelbar zusammenhängenden Geschäfte.

Zu diesem Zweck kann sich die Gesellschaft an anderen Unternehmen mit gleichem oder ähnlichem Gesellschaftszweck beteiligen, derartige Unternehmen erwerben, Tochtergesellschaften gründen, Zweigniederlassungen errichten sowie alle sonstigen den Gesellschaftszweck fördernden Geschäfte vornehmen.

Durch die Förderung des Betriebs lokalen Rundfunks erfüllt das Unternehmen den öffentlichen Zweck.

Die wirtschaftliche Betätigung ist gemäß § 107 Abs. 2 Nr. 2 GO NRW - Kulturförderung - zulässig.

Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Das gezeichnete Kapital von 250.000,00 € entfällt auf die Gesellschafter wie folgt:

	Anteil am Stammkapital in	
	€	%
A) Kommanditisten		
Ruhr-Nachrichten Verlag & Co. KG	85.500,00	32,20
FUNKE MEDIEN NRW GmbH	48.600,00	19,44
Graphische Betriebe F. W. Rubens GmbH & Co. KG	44.825,00	17,93
Westfälischer Anzeiger Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG	13.575,00	5,43
Kreis Unna	12.362,63	4,95
Gemeinde Holzwickede	3.434,06	1,37
Gemeinde Bönen	3.434,06	1,37
Stadt Schwerte	6.181,33	2,47
Stadt Bergkamen	6.181,33	2,47
Stadt Lünen	8.928,57	3,58
Stadt Kamen	6.181,33	2,47
Stadt Fröndenberg	3.434,06	1,37
Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH	12.362,63	4,95
B) Komplementärin		
Antenne Unna Verwaltungsgesellschaft mbH Stammkapital: 26.000,00 € Die Anteile werden von der KG gehalten	Ohne Einlage in die Gesellschaft	

Zusammensetzung der Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung

Die Geschäfte der Gesellschaft werden durch die Komplementärin, die Antenne Unna Verwaltungsgesellschaft mbH, wahrgenommen.

Alleinvertretungsberechtigter Geschäftsführer der Komplementärin ist Marco Morocutti.

Gesellschafterversammlung

Für die Stadt Bergkamen ist in der Gesellschafterversammlung vertreten:

Volker Marquardt, Kämmererleiter
(Vertreter: Monika Mölle, stellv. Kämmererleiterin)

Personalbestand

1 angestellter Verkäufer
2 freie Handelsvertreter

Finanzielle Auswirkungen auf den Haushaltsplan der Stadt Bergkamen

Die Privatkonten der Gesellschafter wurden im Haben mit 5 % p. a. verzinst. Der Privatkontenstand der **Stadt Bergkamen** zum 31.12.2015 beträgt **9.032,34 €**.

Im Jahr 2014 sind Zinsen in Höhe von **435,61 €** angefallen.

Gemäß § 8 Abs. 2 und § 9 Abs. 5 des Gesellschaftsvertrages werden Verluste auf einem für jeden Gesellschafter geführten Verlustvortragskonto gebucht und dort mit Gewinnen der folgenden Jahre verrechnet, soweit sie nicht nach den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages auf anderen Konten gebucht werden müssen.

Die Verlustvortragskonten wurden zum 31.12.2010 durch Zuführungen von Gewinnen vollständig ausgeglichen worden, sodass seitdem keine Verlustvortragskonten bilanziert werden.

Die von den Guthaben gezahlte Zinsabschlagsteuer wird entsprechend ihrer Beteiligungsquote auf die Gesellschafter verteilt. Als inländische juristische Person des öffentlichen Rechts ist die Stadt Bergkamen gemäß § 44 a Abs. 4 EStG vom Steuerabzug befreit. Die Zinsabschlagsteuer sowie der Solidaritätszuschlag der **Stadt Bergkamen** für 2015 belaufen sich auf 1,91 €.

Der Jahresabschluss der Antenne Unna Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG ist von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Treuhand GmbH, Dortmund, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Die Gesellschafterver-

sammlung wird am 09.11.2016 den Jahresabschluss zum 31.12.2015 feststellen und der Geschäftsführung Entlastung erteilen.

Die Gesellschaft wird für das Geschäftsjahr 2015 einen Jahresüberschuss in Höhe von 139 T€ ausweisen. Da die Gesellschaft derzeit über ausreichende liquide Mittel verfügt und die aktuelle Geschäftsentwicklung dies ebenfalls zulässt, wurde von der Gesellschafterversammlung beschlossen, den Jahresüberschuss in Höhe von 139 T€ aus den Kapitalrücklagen bzw. den Rangrücktrittsdarlehen entsprechend den Beteiligungsquoten an die Kommanditisten auszuschütten.

Die Gewinnausschüttung für die **Stadt Bergkamen** beträgt **7.417,50 €**.

Geschäftsbericht

1. Darstellung des Geschäftsverlauf:

a) Entwicklung der Branche

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland waren im Jahr 2015 gut. Das Bruttoinlandsprodukt stieg preisbereinigt um 1,7 %. Laut ZAW hat die Werbewirtschaft größtenteils von den positiven Rahmendaten profitiert. Die Investitionen in Werbung erreichten 25,45 Mrd. € in 2015, eine Steigerung von 0,7 % im Vergleich zum Vorjahr (25,27 Mrd. €); der Anteil am BIP betrug damit 0,8 %. Die Werbewirtschaft Deutschlands ist neben der Großbritanniens die umsatzstärkste in Europa.

Nach der aktuellen Erhebung der Nielsen Media Research GmbH stiegen die gesamten Bruttowerbeaufwendungen in den Above-the-line-Medien im Jahr 2015 um 3,5 % auf 29,2 Mrd. € und verteilten wie folgt auf die einzelnen Mediengattungen : Die Fernsehwerbung verbuchte 13,78 Mrd. €. Dies entspricht einem Wachstum von 5,5 % gegenüber dem Vorjahr. Das Werbevolumen der Tageszeitungen sank in diesem Zeitraum um 0,2 % auf 4,67 Mrd. €, wobei Rubrikanzeigen in die Nielsen Statistik nicht mit einbezogen werden. Publikumszeitschriften verzeichneten bei einem Werbeumsatz von 3,48 Mrd. € ein Minus von 1,8 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum . Die Werbeeinnahmen mit Plakaten etc. steigerten sich um 9,7 % auf 1,72 Mrd. €. Fachzeitschriften verzeichneten ein Plus von 0,5 % auf 403 Mio. €. Das Medium Kino verbuchte ein Plus seiner Bruttowerbeerlöse in Höhe von 20,2 % auf 149 Mio. €. In 2015 erzielte das Internet Werbeeinnahmen in Höhe von 3,03 Mrd. €. Im Vergleich zum Vorjahr ist dies ein Wachstum von 0,1 %. Mobile verzeichnete ein Plus von 58,1 % auf 298 Mio. €.

Das Medium Radio erwirtschaftete Werbeerlöse in Höhe von 1,68 Mrd. €, was ein Plus von 2,9 % im Vergleich zum Vorjahr bedeutet. Der Radiomarktanteil im Umfeld der übrigen klassischen Mediengattungen ist mit 5,8 % gegenüber dem Vorjahr (5,9 %) annähernd stabil.

Nach einem für den Rahmenprogrammanbieter radio NRW in der Vermarktung schwierigen ersten Halbjahr 2015 zeigte sich in der zweiten Jahreshälfte eine deutliche Erholung, so dass die Ausschüttungssumme von radio NRW an die Lokalstationen im Jahr 2015 mit 20,4 Mio. € annähernd auf dem Niveau des Vorjahres verblieb (20,5 Mio. €).

b) Umsatz- und Auftragsentwicklung

Die im Berichtszeitraum von der Betriebsgesellschaft erzielten Umsatzerlöse verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Erlösarten:

	2015 T€	2014 T€	Differenz T€
lokale Spoterlöse	850	709	141
Erlöse Verbundwerbung Erlöse radio	438	516	-78
NRW Sponsoringlerlöse	379	540	-161
Erlöse Spotproduktion Interneterlöse	201	180	21
	31	32	-1
	8	9	-1
	1.907	1.986	-79

Die Umsatzerlöse sind insgesamt im Vergleich zum Vorjahr um 79 T€ (4,0 %) gesunken. Maßgeblich für diesen Rückgang waren primär die verringerte Ausschüttung von radio NRW aufgrund der in der E.M.A. NRW 2015 I auf 5,6 % gesunkenen durchschnittlichen Stundenreichweite sowie die geringeren Erlöse aus der Verbundwerbung, also insbesondere aus der Vermittlung des Nachbarsenders Radio 91.2. Die Steigerung der lokalen Spoterlöse um 141 T€ sowie der Sponsoringlerlöse um 21 T€ konnten einen Teil des Umsatzrückganges kompensieren.

c) Investitionen

Die Investitionen des Geschäftsjahres beliefen sich hauptsächlich auf 31 T€ für Betriebs- und Geschäftsausstattung. Die Abschreibungen betrugen 94 T€ im Geschäftsjahr.

d) Personal- und Sozialbereich

Die Gesellschaft beschäftigte im Geschäftsjahr 2015 einen angestellten Verkäufer und zwei freie Handelsvertreter. Weiteres Personal (Verkauf, Marketing, Disposition/Verwaltung) wurde von der Lokalfunk Dortmund Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG an die Berichtsgesellschaft weiterberechnet.

2. Darstellung der Lage

a) Vermögenslage

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist zufriedenstellend. Barentnahmen von den Privatkonten der Gesellschafter in Höhe von 250 T€ wurden im August 2015 an die Gesellschafter entsprechend ihrer Beteiligungsquoten verteilt.

b) Finanzlage

Die Finanzlage des Unternehmens ist zufriedenstellend. Es standen im Geschäftsjahr jederzeit ausreichende Finanzmittel zur Verfügung, Zahlungsbereitschaft und -fähigkeit waren ständig gegeben. Der einfache cash flow (Summe aus Jahresüberschuss und Abschreibungen) ist von 324 T€ in 2014 auf 234 TE in 2015 gesunken. Die Liquidität II. Grades (Summe aus liquiden Mitteln und kurzfristigen Forderungen bezogen auf

die kurzfristigen Verbindlichkeiten) ist von 105,5 % auf 113,9 % im Berichtsjahr gestiegen.

c) Ertragslage

Der Jahresüberschuss ist von 227 TE in 2014 auf 140 TE in 2015 gesunken. Die Verschlechterung ist hauptsächlich verursacht durch den Rückgang der Umsatzerlöse um 79 TE.

d) Kennzahlen

Folgende Kennzahlen dienen der weiteren Bewertung des Jahresabschlusses der Gesellschaft im Berichtszeitraum:

Bezeichnung	Formel	2015 %	2014 %
Gesamtkapitalrentabilität	Jahresüberschuss	19,9	26,9
	+ Steuern +		
	Bilanzsumme		
Umsatzrentabilität	Jahresüberschuss + Steuern	93	14,1
	Umsatzerlöse		
Rohergebnisquote	Rohergebnis Umsatzerlöse	68,1	73,2

3. Zukünftige Entwicklung

Im Geschäftsjahr 2015 lag die Gesamtausschüttung des Rahmenprogrammanbieters radio NRW an die Lokalstationen mit 20,4 Mio. € annähernd auf dem gleichen Niveau wie im Vorjahr. Da die Stundenreichweite von Antenne Unna mit 5,6 % im Vergleich zum Vorjahr (8,3 %) deutlich gesunken ist, ist der Anteil von Antenne Unna an der Ausschüttung im Vergleich zum Vorjahr niedriger ausgefallen. Die bislang im Geschäftsjahr 2016 zu verzeichnende leichte Entspannung in der nationalen Radiovermarktung führt dazu, dass davon ausgegangen werden darf, dass das Ergebnis von radio NRW im Geschäftsjahr 2016 im Vergleich zum Vorjahr stabil ausfällt.

Das neue WDR-Gesetz sieht in einer ersten Stufe eine Reduzierung des Werbeumfangs von heute drei werbetragenden Programmen auf zwei werbetragende Programme ab 2017 vor. Ab 2019 ist dann eine Reduktion der Werbezeit auf 60 Minuten mit nur noch einem werbetragenden Programm vorgesehen. Dies sollte zu einer deutlichen Verbesserung der Wettbewerbssituation und damit der Perspektive von radio NRW in der nationalen Vermarktung führen.

Der Anteil von Antenne Unna an der Gesamtausschüttungssumme von radio NRW wird 2016 wieder erheblich höher ausfallen als im Vorjahr, da laut E.M.A. 2016 I die für die Ausschüttung maßgebliche durchschnittliche Stundenreichweite von Antenne Unna auf 10,2 % gestiegen ist.

In der lokalen Hörfunkvermarktung zeichnet sich für Antenne Unna nach dem positiven Verlauf des Geschäftsjahres 2015 auch für 2016 ein weiter positiver Trend ab. Im Jahr 2016 feiert Antenne Unna sein 25jähriges Jubiläum. Image und Markenakzeptanz bei den Hörern und lokalen Werbetreibenden haben sich in diesem Zeitraum sehr gut entwickelt.

Auf der Kostenseite sind 2016 nach derzeitigem Stand keine größeren Belastungen zu erwarten. Die Gesellschaft wird das Geschäftsjahr 2016 nach jetzigen Erkenntnissen mit einem Jahresüberschuss über dem Niveau des Vorjahres abschließen.

Rechtliche Gefährdungspotentiale sind aus heutiger Sicht nicht erkennbar.

Bilanz zum 31. Dezember 2015
(Zusammengefasste Positionen in T€)

Aktivseite	2015	2014	2013
A) Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	6	22	38
II. Sachanlagen	165	211	268
III. Finanzanlagen	26	26	26
B) Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	207	196	198
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	625	668	620
III. Rechnungsabgrenzungsposten	2	1	9
Bilanzsumme	1.031	1.124	1.159

Passivseite	2015	2014	2013
A) Eigenkapital	250	250	250
I) Gewinnrücklagen	43	43	43
B) Ausgleichsposten für aktivierte eigene Anteile	26	26	26
C) Rückstellungen	151	159	156
D) Verbindlichkeiten	561	646	684
Bilanzsumme	1.031	1.124	1.159

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01.2015 bis 31.12.2015
(Zusammengefasste Positionen in T€)

		2015	2014	2013
1.	Umsatzerlöse	1.906	1.986	2.175
2.	Sonstige betriebliche Erträge	74	85	81
3.	Aufwendungen aus Kostenerstattungen	682	617	610
4.	Personalaufwand	94	87	84
5.	Abschreibungen	94	97	113
6.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	907	968	934
7.	Sonstige Zinsen u. ä. Erträge	1	1	1
8.	Zinsen u. ä. Aufwendungen	26	22	19
9.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	178	281	497
10.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	39	54	96
11.	Jahresüberschuss	139	227	401
12.	Gutschrift auf den Gesellschafterkonten	139	227	401
13.	Bilanzgewinn	0	0	0

4.7 Bauverein und Siedlungsgenossenschaft Hamm eG

Bauverein und Siedlungsgenossenschaft Hamm eG

Pelkumer Platz 3
59077 Hamm
Telefon: 02381/99130-0
Telefax : 02381/99130-20

Die Bauverein und Siedlungsgenossenschaft Hamm eG wurde im Jahr 1948 gegründet.

Gegenstand des Unternehmens

Der öffentliche Zweck der Genossenschaft besteht in der Errichtung und Bewirtschaftung von Kleinwohnungen in eigenem Namen.

Stammkapital der Gesellschaft

Das Stammkapital der Genossenschaft beträgt 271.288,37 €.

Beteiligung der **Stadt Bergkamen** am Gesamtunternehmen:
18 Anteile a 260,00 € = 4.680,00 €

Organe der Gesellschaft

- Aufsichtsrat
- Vorstand
- Mitgliederversammlung

Vertreter der Stadt Bergkamen in der Mitgliederversammlung:

Hartmut Ramin, Stadtverordneter
(Vertreter: Jens Schmülling, sachk. Bürger)

Personalbestand

Die Zahl der im Geschäftsjahr beschäftigten Arbeitnehmer betrug 7 Vollbeschäftigte, 22 Teilzeitbeschäftigte, 0 Auszubildende.

Wesentliches aus dem Geschäftsbericht

I. Gesamtwirtschaftliche Lage und allgemeine Rahmenbedingungen

1. Allgemeine wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft war im Jahresdurchschnitt 2015 weiter im Aufschwung. Die konjunkturelle Lage in Deutschland war gekennzeichnet durch ein solides und stetiges Wirtschaftswachstum.

Wie im Vorjahr war auch in 2015 der Konsum wiederum der wichtigste Wachstumsmotor der deutschen Wirtschaft. Der deutsche Außenhandel gewann weiter an Dynamik: Deutschland exportierte preisbereinigt 5,4 % mehr Waren und Dienstleistungen als im Jahr 2014. Die Arbeitslosenquote war wiederum rückläufig. Die Zinsentwicklung war durchweg negativ. In allen Fristigkeitsbereichen gingen die Effektivzinssätze zurück. Der im Jahr 2010 begonnene Aufwärtstrend bei den Baugenehmigungen von Wohnungen setzte sich weiter fort. In Wohngebäuden wurden in den ersten neun Monaten 2015 insgesamt 191.400 Neubauwohnungen genehmigt, das waren 3,9 % mehr als im Vorjahreszeitraum.

2. Regionaler Wohnungsmarkt

Die Angebots- und Nachfragesituation in den Regionen Hamm, Bönen und Bergkamen, in denen die Genossenschaft tätig ist, hat sich im abgelaufenen Geschäftsjahr verbessert. Die Zuwanderung schaffte eine erhöhte Nachfrage der Kommunen nach Wohnraum und hat zur Senkung des Leerstandes beigetragen. Altersgerechter Wohnraum wird weiterhin stark nachgefragt. Der Einsatz eigener Handwerker hat die Ausgabensituation verbessert, aber die zeitnahe Verfügbarkeit des zu vermietenden Wohnraums wurde bedingt durch einen hohen Krankenstand und eine alte Mitarbeiterstruktur eingeschränkt, und zusätzlich ist es schwierig, gut ausgebildetes Personal auf dem Arbeitsmarkt zu finden.

II. Wohnungswirtschaftliche Tätigkeit

1. Haus- und Wohnungsbestand

Im Rahmen der Bestandsbewirtschaftung bildet die nachhaltige und zukunftsgerichtete Entwicklung des Wohnungsbestandes weiterhin den Schwerpunkt der Aktivitäten. Am 31. Dezember 2015 bewirtschaftete der Bauverein 376 Mietwohnungen, 95 Garagen (davon 7 Garagen eigengenutzt) und 1 Einstellplatz, die eine Wohn-/Nutzfläche von 23.265 qm (VJ: 23.247 qm) umfassen. Von den 376 Wohnungen sind 196 Wohnungen (52,1 %)(VJ: 196 W. 52,1 %) frei finanziert und 180 (47,9 %)(VJ: 180 W. 47,9 %) öffentlich gefördert. Der Wohnungsbestand befindet sich in Hamm-Heessen, Hamm-Herringen, Hamm-Pelkum, Bergkamen, Rünthe und Bönen.

Zum 31.12.2015 standen 14 (Vorjahr 24) Wohnungen (3,7 %)(VJ: 6,4 %) leer, davon 7 Wohnungen modernisierungsbedingt. Das Objekt Overberger Str. (VE 4) war mit 6 (VJ: 4) Wohnungen (42,9 %) an den Leerständen beteiligt. Im Jahr 2015 fanden 42 (Vorjahr: 48) Mieterwechsel statt. Das entspricht einer Fluktuationsquote von 11,2 % (Vorjahr: 12,8 %).

Der Verkauf des Objektes Heinrich-Deist-Str/Fritz-Steinhoff-Str. in Bergkamen im Jahr 2014 ist beim Vergleich der folgenden Kennzahlen zu berücksichtigen.

Entwicklung der Sollmieten:

2015	2014	2013	2012	2011
T€	T€	T€	T€	T€
1.226	1.417	1.481	1.478	1.475

Dies entspricht einer durchschnittlichen Sollmiete pro qm Wohn- und Nutzfläche von monatlich:

2015	2014	2013	2012	2011
€	€	€	€	€
4,39	4,25	4,11	4,10	4,10

Entwicklung der Erlösschmälerungen:

2015	2014	2013	2012	2011
T€	T€	T€	T€	T€
109	274	259	231	209

Bezogen auf die gesamte Wohn- und Nutzfläche entspricht dies einem durchschnittlichen monatlichen Minderbetrag je qm Wohn- und Nutzfläche von:

2015	2014	2013	2012	2011
€	€	€	€	€
0,39	0,82	0,72	0,64	0,58

An Erlösschmälerungen sind entstanden:

	2015 T€	2014 T€	Veränderung T€
Erlösschmälerungen Sollmieten	72	156	- 84
Erlösschmälerungen Umlagen	37	118	- 81
Gesamt	109	274	- 165

Der Schwerpunkt der Leerstandsobjekte betrifft das Objekt Overberger Str. 66-76 in Bergkamen-Rünthe. Hierbei handelt es sich um einen durch die Modernisierung begründeten Leerstand.

2. Modernisierungstätigkeit

Die im Geschäftsjahr 2012 begonnene energetische Sanierung des Objektes Bachstr. 11 in Bönen wurde in 2015 abgeschlossen. Die angefallenen Restausgaben im Geschäftsjahr 2015 in Höhe von 111.352,70 € wurden aktiviert.

Die energetische Sanierung des Objektes Overberger Straße 66-76 in Rünthe wurde im Jahr 2015 vollzogen und ein Betrag in Höhe von 1.563.490,08 € wurde aktiviert. Außen- und Grünflächenarbeiten sollen im Laufe des Jahres 2016 beendet werden.

3. Instandhaltung des Hausbestandes

Die zur Sicherung der Vermietbarkeit des Gebäudebestandes aufgewandten Fremdkosten für die Instandhaltung des Hausbestandes beliefen sich in 2015 auf T€ 383 (VJ: T€ 403). Die wesentlichen Ausgaben der Instandhaltungen waren die Ausstattung von zahlreichen Wohnungen mit zeitgemäßen Bädern und Elektroanschlüssen. Bei Anschlussvermietungen

erneuerte der Bauverein in den Wohnungen Heizkörper, Fußböden, Zimmer- und Wohnungseingangstüren. Das Objekt „Vor dem Tore 30“ wurde mit einem neuen Flachdach versehen. Die Wohnungen in der „Bambergstr. 56-60“ erhielten neue Fenster. In der Liegenschaft „Moltkestr. 73“ in Pelkum“ wurden die Laubengangstüren ausgetauscht und es wurden durch die Stadt Hamm Kanalarbeiten ausgeführt. Die Heidestr. 7 erhielt eine neue Heizung und an der Bachstr. wurde die Hebeanlage erneuert.

In den vergangenen Jahren waren umfassende Instandhaltungen erforderlich, um dem zeitgemäßen Zustand der Häuser Rechnung zu tragen. Auf Grund der derzeitigen Finanz- und Ertragslage ist weiterhin, wie bisher, eine strikte Ausgabenkontrolle unumgänglich, d.h. dass hinsichtlich der Modernisierungstätigkeiten Prioritäten gesetzt werden müssen. Den hohen notwendigen Instandhaltungs- und Modernisierungsaufwendungen stehen nur geringe Mieterhöhungsmöglichkeiten gegenüber.

An Fremdkosten wurden für die Instandhaltung verausgabt:

2015	2014	2013	2012	2011
T€	T€	T€	T€	T€
383	403	231	350	321

An Instandhaltungsaufwendungen (einschließlich Regiebetrieb und abzüglich Erstattungen) sind angefallen:

2015	2014	2013	2012	2011
T€	T€	T€	T€	T€
699	650	516	628	594

Dies entspricht einem Aufwand pro qm Wohn- und Nutzfläche p.a. von:

2015	2014	2013	2012	2011
T€	€	€	€	€
30,04	23,42	17,19	20,93	19,79

III. Wirtschaftliche Lage

	31.12.2015		31.12.2014		
Veränderungen	T €	%	T €	%	T €

a) **Vermögensstruktur**

Anlagevermögen	8.205	84,0	6.701	77,2	+ 1.504
Umlaufvermögen	1.559	16,0	1.978	22,8	- 419
Bilanzsumme	9.764	100,0	8.679	100,0	+ 1.085

Das Anlagevermögen hat sich um T€ 1.504 vermehrt. Den Investitionen in Höhe von T€ 1.749 stehen im Berichtsjahr Abschreibungen von T€ 245 gegenüber. Die Verminderung des Umlaufvermögens ist auf einen Verbrauch der liquiden Mittel bedingt durch die energetischen Sanierungen der Objekte Bachstr. 11 und Overberger Str. 66-76 zurückzuführen.

Veränderungen	31.12.2015		31.12.2014		T €
	T €	%	T €	%	
b) Kapitalstruktur					
Eigenkapital langfristig	4.416	45,2	4.664	53,7	- 248
Fremdkapital					
- langfristig	4.326	44,3	3.098	35,7	+ 1.228
- kurzfristig *	1.022	10,5	917	10,6	+ 105
Bilanzsumme	9.764	100,0	8.679	100,0	+ 1.085

* einschließlich Abflüsse aus dem Eigenkapital in 2016

Das Eigenkapital hat sich aufgrund der Entnahme aus den Rücklagen um T€ 248 vermindert, und hat einen Anteil von 45,2 % der Bilanzsumme. Das langfristige Fremdkapital hat sich durch Aufnahme von neuen Krediten um T€ 1.228 erhöht. Das kurzfristige Fremdkapital war stichtagsbedingten Veränderungen unterworfen.

c) Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2015 schließt mit einem **Jahresfehlbetrag** von **€ 240.392,55** ab.
Das Ergebnis setzt sich wie folgt zusammen:

	31.12.2015	31.12.2014	Veränderungen
	T€	T€	T€
Hausbewirtschaftung	- 137	- 52	- 85
Betreuungstätigkeit	0	0	0
Sonstiger Geschäftsbetrieb und neutraler Bereich	- 103	+ 311	- 414
Jahresüberschuss	- 240	+ 259	- 499

Die Verwaltungskosten der Hausbewirtschaftung betragen € 626,74 je Vermietungseinheit (7 Garagen = 1 Vermietungseinheit).

Das wirtschaftliche Ergebnis 2015 wird geprägt durch Verwaltungs- und Instandhaltungskosten auf gleichbleibendem Niveau bei verringerten Umsatzerlösen nach dem Verkauf des Objektes in Bergkamen in 2014.

d) Finanzlage am 31. Dezember 2015

	31.12.2015	31.12.2014
	T€	T€
kurzfristige Aktiva	1.559	1.978
kurzfristige Passiva	1.022	917
Überdeckung/Überdeckung	+ 537	+ 1.061

Die Zahlungsbereitschaft ist durch Kreditlinien gesichert. Beleihungsspielräume sind vorhanden.

Die folgende Kapitalflussrechnung zeigt die Entwicklung des Finanzmittelbestandes in 2015 und 2014:

	2015 <u>T€</u>	2014 <u>T€</u>
Jahresergebnis	- 240	+ 259
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	+ 244	+ 247
Cashflow	4	506
Zu/Abnahme sonstiger Aktiva	+ 2	+ 151
Zu/Abnahme sonstiger Passiva	+ 92	- 141
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	98	516
Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen	- 1.749	- 426
Abgänge von Gegenständen des Anlagevermögens	+ 1	+ 1.184
Cashflow aus Investitionstätigkeit	- 1.748	+ 758
Valutierung von Darlehen	+ 1.495	+ 0
Planmäßige Tilgungen	- 173	- 180
Rückzahlung von Darlehen	- 81	0
Zunahme Geschäftsguthaben der verbleibenden MG	+ 2	+ 2
Dividendenzahlung	- 10	- 10
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	+ 1.233	- 188
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes	- 417	+ 1.086
Finanzmittelbestand am 01. Januar 2015/2014	+ 1.319	+ 233
Finanzmittelbestand am 31. Dezember 2015/2014	+ 902	+ 1.319

Zum Zwecke der frühzeitigen Feststellung liquiditätsbelastender Risiken wertet der Vorstand in regelmäßigen Abständen verschiedene, aus internen Quellen stammende Kennzahlen und Analysen aus. Eine Dokumentation liegt vor.

e) Künftige Entwicklung

Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Bestehende und zukünftige Risiken für das Unternehmen werden insbesondere in folgenden Bereichen gesehen:

- steigende Instandhaltungskosten durch alternden Wohnungsbestand und steigende Ansprüche der Mietinteressenten
- zusätzliche Mietausfälle und Instandhaltungskosten durch hohe Fluktuation
- steigende Kosten durch neue und immer umfänglichere gesetzliche Vorgaben und organisatorische Notwendigkeiten.

Voraussichtliche Entwicklung

Ziel der Geschäftsführung ist es weiterhin durch kostenbewusste Modernisierungen, die Wohnqualität an die Bedürfnisse der Mieter anzupassen und hierdurch die Vermietbarkeit des Wohnungsbestandes zu steigern. Nur durch die Verbesserung der Qualität und Attraktivität unseres Bestandes ist zukünftig eine höhere Vermietungsquote gewährleistet.

Teile des Verkaufserlöses für das Objekt Bergkamen-Innenstadt wurden in 2016 für den Zukauf von Wohnraum genutzt, um den wirtschaftlichen Erfolg der Genossenschaft zu sichern. Im Februar und März 2016 wurde der Kauf von 34 Wohneinheiten beurkundet.

Prognosebericht

Zurzeit wird für das Geschäftsjahr 2016 von einem ausgeglichenen Jahresergebnis ausgegangen.

Bilanz zum 31. Dezember 2015
(Zusammengefasste Positionen in T€)

Aktivseite	2015	2014	2013
A) Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	7	7	1
II. Sachanlagen	8.197	6.692	7.704
III. Finanzanlagen	2	2	2
B) Umlaufvermögen			
I. Grundstücke	622	569	766
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	33	88	42
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	902	1.319	233
C) Rechnungsabgrenzungsposten	1	1	1
Summe Aktivseite	9.764	8.678	8.749

Passivseite	2015	2014	2013
A) Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	265	261	258
II. Gewinnrücklagen	4.161	4.413	4.164
III. Bilanzgewinn	14	11	11
B) Rückstellungen	26	22	24
C) Verbindlichkeiten	5.298	3.971	4.292
Summe Passivseite	9.764	8.678	8.749

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01.2015 bis 31.12.2015
(Zusammengefasste Positionen in T€)

	2015	2014	2013
Umsatzerlöse	1.737	2.145	2.095
Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	53	- 197	- 8
Sonstige betriebliche Erträge	114	566	106
Aufwendungen für Hausbewirtschaftung	-959	- 1.057	- 1.007
Rohergebnis	945	1.457	1.186
Personalaufwand	-569	- 512	- 501
Abschreibungen	-244	- 247	- 239
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-162	- 286	- 158
Erträge	2	1	1
Zinsen u. ä. Aufwendungen	143	- 91	- 102
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-171	322	187
Sonstige Steuern	-69	- 63	- 66
Jahresüberschuss	-240	259	121
Einstellung aus dem Jahresüberschuss in die gesetzliche Rücklage	0	- 26	- 12
Einstellung aus dem Jahresüberschuss in die Bauerneuerungsrücklage	255	222	98
Bilanzgewinn	15	11	11

Kennzahlen	2015 %	2014 %	2013 %
1. Vermögensaufbau - Anlagenintensität (Anlagevermögen x 100 : Gesamtvermögen)	84,0	77,2	88,1
2. Anlagenfinanzierung - Anlagendeckung (Eigenkapital x 100 : Anlagevermögen)	54,1	69,9	57,5
3. Kapitalausstattung - Eigenkapitalquote (Eigenkapital x 100 : Gesamtkapital)	45,5	53,9	50,7

5. Darstellung der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen

5.1 Stadtbetrieb Entwässerung Bergkamen (SEB)

Stadtbetrieb Entwässerung Bergkamen (SEB)

Rathausplatz 1
59192 Bergkamen
Telefon: 02307/965-0
Telefax : 02307/69299
E-Mail: seb@bergkamen.de
Internet: www.bergkamen.de

In Ausführung des Ratsbeschlusses der Stadt Bergkamen vom 24.10.1996 wurde zum 01.01.1997 der Stadtbetrieb Entwässerung gegründet.

Gegenstand des Unternehmens

Zweck des Stadtbetriebes Entwässerung ist die Erfüllung der der Stadt obliegenden Pflicht zur Abwasserbeseitigung mit Hilfe bestehender bzw. noch zu schaffender Einrichtungen.

Stammkapital der Gesellschaft

Gemäß § 11 der Betriebssatzung vom 03.06.2010 wurde das Stammkapital des Stadtbetriebes Entwässerung auf 6.000.000,00 € festgesetzt.

Beteiligung der Stadt Bergkamen am Gesamtunternehmen

Mit Wirkung vom 01.01.1997 wurde die Abwasserbeseitigung als Sondervermögen ausgegliedert und wird seitdem als Stadtbetrieb Entwässerung Bergkamen (SEB) geführt. Die eigenbetriebsähnliche Einrichtung (§ 107 Abs. 2 GO NRW) wird gemäß § 1 der Betriebssatzung entsprechend den für Eigenbetriebe geltenden gesetzlichen Vorschriften geführt.

Organe der Gesellschaft

Die Organe des Stadtbetriebes Entwässerung Bergkamen sind:

- Betriebsleitung
Betriebsleiter
Erster Beigeordneter Dr. Ing. Hans-Joachim Peters
Vertreter der Betriebsleitung
Thomas Staschat
- Betriebsausschuss

Der Rat der Stadt Bergkamen hat in seiner Sitzung am 03.04.2014 mit Wirkung zum 01.05.2014 den Ersten Beigeordneten Herrn Dr. Ing. Hans-Joachim Peters nebenamtlich zum **Betriebsleiter** bestellt.

Die **Betriebsleitung** handelt grundsätzlich in eigener Verantwortung (§ 114 Abs. 2 GO NRW). Bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben hat sich die Betriebsleitung jedoch im Rahmen der Aufgaben der Stadt zu bewegen und ist insoweit von den Entscheidungen der Stadtverwaltung und insbesondere von den Entscheidungen der Stadtvertretung (Organ der Stadtvertretung: Betriebsausschuss) abhängig.

Der gemeinsame **Betriebsausschuss** für den SEB und den EBB besteht aus 19 Mitgliedern, davon 2 tariflich Beschäftigte der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen.

In der konstituierenden Sitzung des Rates der Stadt Bergkamen am 03.07.2014 wurde Herr Volker Weirich weiterhin zum Vorsitzenden des Betriebsausschusses bestellt.

Die Zuständigkeiten des Rates der Stadt ergeben sich aus der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen, der Gemeindeordnung, der Hauptsatzung der Stadt Bergkamen sowie aus der Betriebssatzung des SEB.

Wesentliches aus dem Geschäftsbericht

Es ist Aufgabe der Stadt Bergkamen, das auf ihrem Stadtgebiet anfallende Abwasser zu beseitigen und die dazu erforderlichen Abwasseranlagen gesetzeskonform zu betreiben.

Seit dem 01. Januar 1997 nimmt der Stadtbetrieb Entwässerung Bergkamen (SEB) als eigenbetriebsähnliche Einrichtung der Stadt Bergkamen die rechtlichen, wirtschaftlichen und technischen Belange zur ordnungsgemäßen Abwasserbeseitigung in Bergkamen wahr.

Zur Umsetzung dieser komplexen und äußerst umfangreichen Aufgabe dient in Nordrhein-Westfalen das Instrument der Abwasserbeseitigungskonzepte (ABK). Die Aufstellung dieser Konzepte ist gemäß § 53 bzw. § 54 der LWG NRW eine Pflichtaufgabe der Gemeinden. Das jeweilige ABK ist spätestens nach 6 Jahren fortzuschreiben.

Die Stadt Bergkamen hat erstmals im Jahre 1990 ein ABK aufgelegt. Die Gültigkeit des fortzuschreibenden ABK 2007 bis 2012 (3. Fortschreibung) endete mit dem Ablauf des Jahres 2012.

Das „neue“ Abwasserbeseitigungskonzept für die Jahre 2013 bis 2018 wurde im September 2012 im Betriebs-/Haupt- und Finanzausschuss und im Rat der Stadt Bergkamen vorgestellt und einstimmig genehmigt.

Das Investitionsprogramm und der Wirtschaftsplan des SEB ergeben sich aus den Anforderungen des Abwasserbeseitigungskonzeptes.

Kanalvermögen

Die Zuführungen zum Kanalvermögen belaufen sich in 2015 auf rd. 3,74 Mio. €. Einige große Baumaßnahmen wurden wie folgt in das Anlagevermögen 2015 des SEB übernommen:

- Ginsterweg 429 T€
- Büscherstraße 637 T€
- Industriestraße 591 T€
- Kantstraße/Stormstraße 400 T

Das Kanalvermögen nach Wiederbeschaffungswerten zum 31.12.2015 beträgt rd. 131 Mio. €.

Verbandsaufgaben

Verbandsleistungen, die der Lippeverband wahrnimmt, werden über den Verbandsbeitrag finanziert.

In 2015 waren an Verbandsbeiträgen 4.920.559,00 € zu entrichten. Die Abwasserabgabe betrug 142.017,00 €.

Kanalunterhaltung

Die SÜwVO Abw NRW 2013 regelt die Selbstüberwachung des baulichen und betrieblichen Zustandes und die Funktionsfähigkeit von Kanalisationsnetzen sowie der dazugehörigen Entlastungsbauwerken der öffentlichen Abwasserbeseitigung.

Aufgrund der regelmäßigen Berichtspflicht gegenüber den Aufsichtsbehörden im Rahmen der Selbstüberwachungsverordnung Kanal bzw. SÜwVO Abw NRW 2013 werden die Abwasserbeseitigungsanlagen turnusmäßig untersucht.

Festgestellte Probleme und Schäden werden entsprechend lokalisiert, dokumentiert und behoben.

Im Jahr 2015 betrugen die für die Unterhaltungs- und Reparaturmaßnahmen aufgelaufenen Kosten 341.001,96 €.

Anlagennetz

Bedingt durch die in 2015 durchgeführten Kanalsanierungen und Netzerweiterungen hat sich das Anlagennetz zwangsläufig verändert.

Zum 31.12.2015 ergeben sich folgende Kanallängen:

Kanalart	System	Länge
Druckrohrleitung	Mischwasser	2.378,03 m
Druckrohrleitung	Regenwasser	696,65 m
Druckrohrleitung	Schmutzwasser	5.236,03 m
Freispiegelleitung	Mischwasser	181.622,09 m
Freispiegelleitung	Regenwasser	18.858,97 m
Freispiegelleitung	Schmutzwasser	9.889,78 m
Graben	Regenwasser	382,02 m
verrohrter Graben	Regenwasser	440,44 m
Schutzrohr	Mischwasser	20,05 m

Zum 31.12.2015 hatte das Kanalnetz eine Länge von insgesamt 219.524,06 m, hiervon entfielen auf Mischwasserkanäle 184.020,17 m oder 83,83 %. Der Anteil der Schmutzwasserkanäle betrug 15.125,81 m oder 6,89 %. Insgesamt 20,378,08 m entfielen auf die Regenwasserkanäle, dies entspricht einem Anteil von 9,28 %.

5.2 Entsorgungsbetrieb Bergkamen (EBB)

EntsorgungsbetriebBergkamen (EBB)

Bambergstr. 66
59192 Bergkamen
Telefon: 02307/28503-0
Telefax : 02307/28503-295
E-Mail: entsorgungsbetrieb@bergkamen.de
Internet: www.bergkamen.de (Amtlich/Bürgerdienste/Ämter A - F)

Durch Beschluss des Rates der Stadt Bergkamen wurde der EntsorgungsbetriebBergkamen am 16.11.2005 als eigenbetriebsähnliche Einrichtung gegründet.

Gegenstand des Unternehmens

Zweck des EBB ist die Durchführung des operativen Fuhrparkgeschäftes, bestehend aus Einsammeln und Transportieren der Fraktionen Hausmüll, Biomüll und Papier. Des Weiteren sind die Bereiche Sperrmüll und Grünschnittabfuhr sowie Abfuhr der Weihnachtsbäume und das dazugehörige Abfallgefäßmanagement Aufgabe des Betriebes. Ebenfalls ist der EBB mit der Durchführung der maschinellen Straßenreinigung und des Winterdienstes betraut. Zu den originären Aufgaben gehören zusätzlich die Reinigung der Containerstandorte und die Abwicklung organisatorischer und verwaltungstechnischer Aufgaben, die mit der vorgenannten Leistungserbringung zusammenhängen (u. a. Abrechnung mit den Systembetreibern „Der Grüne Punkt“.)

Stammkapital der Gesellschaft

Gemäß § 11 der Betriebssatzung der Stadt Bergkamen für den EntsorgungsbetriebBergkamen vom 16.11.2005 in der Fassung der 1. Änderungssatzung vom 25.09.2006 wird das Stammkapital des EBB auf 25.000,00 € festgesetzt.

Beteiligung der Stadt Bergkamen am Gesamtunternehmen

Als eigenbetriebsähnliche Einrichtung der Stadt Bergkamen ohne eigene Rechtspersönlichkeit ist der EBB ein Sondervermögen der Stadt Bergkamen, das sich vollständig in dessen Eigentum befindet.

Organe der Gesellschaft

Die Organe des EBB sind:

- Rat der Stadt Bergkamen
- Betriebsausschuss
- Betriebsleitung

Durch den Rat der Stadt Bergkamen wurde ein gemeinsamer Betriebsausschuss für den EBB und den SEB gebildet. Dieser besteht aus 19 Mitgliedern, von denen zwei Mitglieder Beschäftigte der Betriebe sind. Den Vorsitz im Betriebsausschuss führt der Stadtverordnete Volker Weirich. Vertreter ist der Stadtverordnete Thomas Eder.

Die Zuständigkeiten des Rates der Gemeinde ergeben sich aus der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen sowie aus der Betriebssatzung des EBB.

Der vom Rat der Stadt Bergkamen ernannten Betriebsleitung gehören an:

Betriebsleiter:

Dr.-Ing. Hans-Joachim Peters, Erster Beigeordneter

Stellv. Betriebsleiter:

Stephan Polplatz, Leiter Baubetriebshof

Wesentliches aus dem Geschäftsbericht

Der Beginn des Jahres 2015 war mit vierzehn Winterdiensteinsätzen im Vergleich zum Vorjahr umfangreicher, aber nicht prägend.

Die Gebühren für die Abfallentsorgung mussten aufgrund der Gebührenkalkulation für das Jahr 2015 angepasst werden. Die Restabfallgebühr stieg um 7,65%, die Bioabfallgebühr musste um 2,87% erhöht werden. Hauptsächlich Gründe waren der Tarifaabschluss im Öffentlichen Dienst sowie ein erhöhter Aufwand in der Fahrzeugunterhaltung bzw. der neuen Vollservice-Wartungsverträge.

Im kreisweiten Gebührenvergleich waren die Abfallgebühren in der Stadt Bergkamen auf Basis des 120 Liter Restmüllgefäßes im niedrigen Segment.

Bei der Straßenreinigungs-/Winterdienstgebühr konnte ein Rückgang von 3,65 € auf 3,58 € (Straßen der Priorität 1 und 2) je Veranlagungsmeter für das Jahr 2015 kalkuliert werden.

Weiterhin positiv für das Betriebsergebnis des EBB ist die Abfuhr der Wertstofftonne; das Jahr 2015 schloss mit einem Überschuss von 45.648,43 € (vor Steuern) ab.

Investitionen und Finanzierung

Die Investitionen in 2015 bezogen sich im Wesentlichen auf den Bereich der Straßenreinigung: Mitte des Jahres wurden verschiedene Winterdienstgeräte für einen anzumietenden Klein-Schlepper für das Winterhalbjahr beschafft. Anfang September 2015 wurde ein Allrad-Geräteträger mit Absetzkipper (Vorführfahrzeug) erworben. Zum Ende des Jahres erfolgte die Beschaffung von Mulden für den vg. Absetzkipper.

Im Einzelnen wurden folgende Investitionen getätigt:

Bezeichnung	Kosten in €
Allrad-Geräteträger, UN-BK 423	194707,8
gebr. Adler-Frontkehrmaschine (Winterdienst)	2261
KehrFix Kehrsystem (Winterdienst)	2284,8
gebr. Rauch-Streuer	2677,5
gebr. Adler-Schneeräumschild	2118,2
Flachcontainer FL 1830 (2 Stck.)	7142,38
Absetzkippermulde (3 Stck.)	3909,15
Gerinwertige Wirtschaftsgüter	4524,9
	219.625,73 €

Im Wirtschaftsplan für das Jahr 2016 wurde im Bereich der Straßenreinigung / Winterdienst die Ersatzbeschaffung eines Laubsaug-Großgerätes mit Aufnahmecontainer und (erneut) die Beschaffung eines Anbaugerätes für die Wildkrautbeseitigung (kam im Jahr 2015 nicht zur Beschaffung) etatisiert.

Der Rat der Stadt Bergkamen hat in seiner Sitzung am 10.12.2015 den Jahresabschluss 2014 des EBB festgestellt. Der Abschluss 2014 schloss mit einem Überschuss von 294.649,77 € ab. Dieser wurde an den städtischen Haushalt abgeführt.

Das Risikofrüherkennungssystem kommt seit Mai 2011 zum Einsatz. Es wird einer halbjährlichen Aktualisierung und Prüfung unterzogen.

6. Darstellung der Kreditinstitute und Verbände

6.1 Sparkasse Bergkamen-Bönen

Sparkasse Bergkamen-Bönen

Hauptstelle:
In der City 133
59192 Bergkamen
Telefon: 02307/821-0
Telefax : 02307/821-178
Internet: www.spk-bergkamen-boenen.de

Die Sparkasse Bergkamen-Bönen mit Sitz in Bergkamen wurde im Jahr 1884 gegründet.

Die Sparkasse ist beim Amtsgericht Hamm unter der Nr. A 2765 im Handelsregister eingetragen.

Gesellschaftszweck

Bei der Beziehung der Stadt Bergkamen zur Sparkasse Bergkamen handelt es sich nicht um ein Beteiligungsverhältnis im Sinne der Gemeindeordnung NRW. Zur weiter gehenden Information werden die Daten des Kreditinstitutes dennoch im Beteiligungsbericht abgebildet.

Nach § 2 des Sparkassengesetzes NRW dienen die Sparkassen der kreditwirtschaftlichen Versorgung der Bevölkerung, insbesondere des Geschäftsgebietes und ihres Gewährträgers. Zu ihren Aufgaben gehört es vor allem, den Sparsinn und die Vermögensbildung zu fördern. Die Kreditversorgung dient vornehmlich der Kreditausstattung des Mittelstandes sowie der wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreise.

Das Sparkassenrecht gehört zum öffentlichen Recht, d. h., es ist in seinen wesentlichen Teilen aus Gründen des allgemeinen öffentlichen Interesses absolut bindend und grundsätzlich einer vom Gesetz abweichenden Regelung oder freien Vereinbarung entzogen. Aufgrund ihrer Rechtsstellung als rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts gehören die Sparkassen in Verbindung mit ihren öffentlichen Aufgaben zur öffentlichen, kommunalen Wirtschaftsverwaltung.

Träger

Sparkassenzweckverband Bergkamen-Bönen

Für die **Stadt Bergkamen** sind in der Verbandsversammlung vertreten:

Roland Schäfer, Bürgermeister
(Vertreter: Volker Marquardt, Kämmererleiter)
Martina Eickhoff, Stadtverordnete
(Vertreter: Dennis Riller, Stadtverordneter)
Rüdiger Weiß, Stadtverordneter
(Vertreterin: Ulrike Weiß, Stadtverordnete)
Julian Deuse, Stadtverordneter
(Vertreter: Jens Schmülling, sachk. Bürger)
Rosemarie Degenhardt, Stadtverordnete
(Vertreter: Thomas Eder, Stadtverordneter)
Gerd Miller, Stadtverordneter
(Vertreter: Marco Morten Pufke, Stadtverordneter)
Harald Sparringa, Stadtverordneter
(Vertreterin: Elke Grziwotz, Stadtverordnete)

Organe des Unternehmens

Die Organe des Unternehmens sind:

- Vorstand
- Verwaltungsrat

Zusammensetzung der Organe

1. Vorstand

Beate Brumberg, Vorsitzende des Vorstandes
Martin Weber, weiteres Vorstandsmitglied

2. Verwaltungsrat

Vorsitzender:
Roland Schäfer
(Bürgermeister der Stadt Bergkamen)

1. stellv. Vorsitzender
Klaus Herbst
(Arbeitsvermittler)

2. stellv. Vorsitzender
Kai Schulte
(Architekt)

Weiterhin sind für die **Stadt Bergkamen** im Verwaltungsrat der Sparkasse Bergkamen-Bönen vertreten:

Kay Schulte, Stadtverordneter
(Vertreterin: Susanne Turk, Stadtverordnete)
Rüdiger Weiß, Stadtverordneter ab 24.10.2014
(Vertreterin: Manuela Veit, Stadtverordnete)
Brigitte Matiak, Stadtverordnete
(Vertreter: Julian Deuse, Stadtverordneter)
Thomas Semmelmann, Stadtverordneter
(Vertreter: Christian Pollack, Stadtverordneter)
Angelika Lohmann-Begander, Stadtverordnete
(Vertreter: Stephan Wehmeier, Stadtverordneter)
Thomas Heinzl, Stadtverordneter
(Vertreter: Martin Strunk, Stadtverordneter)
Hans-Joachim Wehmann, Stadtverordneter
(Vertreter: Thomas Grziwotz, Stadtverordneter)

Lagebericht 2015

A. Grundlagen der Sparkasse

Die Sparkasse ist gemäß § 1 SpkG eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist Mitglied des Sparkassenverbands Westfalen-Lippe (SVWL), Münster und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V., Berlin und Bonn, angeschlossen. Sie ist beim Amtsgericht Hamm unter der Nummer A 2765 im Handelsregister eingetragen.

Träger der Sparkasse ist der Sparkassenzweckverband, der von der Stadt Bergkamen und der Gemeinde Bönen gebildet wird. Der Sparkassenzweckverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Sitz in Bergkamen und ist ebenfalls Mitglied des SVWL. Satzungsgebiet der Sparkasse sind das Gebiet des Trägers sowie das Gebiet des Kreises Unna und der Stadt Hamm sowie die angrenzenden Gebiete (Städte Dortmund und Werl). Die Sparkasse ist Mitglied im bundesweiten Haftungsverbund der Sparkassen-Finanzgruppe, der aus Sparkassen, Landesbanken und Landesbausparkassen besteht.

Am 03.07.2015 trat in Deutschland das Einlagensicherungsgesetz (EinSiG) in Kraft. Die Sparkassen-Finanzgruppe hat ihr Sicherungssystem an die Vorgaben dieses Gesetzes angepasst. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat es als Einlagensicherungssystem nach EinSiG amtlich anerkannt. Es besteht nun aus einer freiwilligen Institutssicherung und einer gesetzlichen Einlagensicherung.

Die Sparkasse ist ein regionales Wirtschaftsunternehmen mit der Aufgabe, die geld- und kreditwirtschaftliche Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft insbesondere im satzungsrechtlichen Geschäftsgebiet sicherzustellen. Daneben ist das soziale und kulturelle Engagement der Sparkasse zu nennen. Im Rahmen der

Geschäftsstrategie sind die Grundsätze unserer geschäftspolitischen Ausrichtung zusammengefasst und in die operativen Planungen eingearbeitet. Die übergeordneten Ziele werden im Lagebericht im Folgenden dargestellt. Durch die zielorientierte Bearbeitung der

strategischen Geschäftsfelder soll die Aufgabenerfüllung der Sparkasse über die Ausschöpfung von Ertragspotenzialen sowie Kostensenkungen sichergestellt werden. Darüber hinaus hat der Vorstand die Risikostrategie überprüft und den veränderten Rahmenbedingungen angepasst. Die Strategien wurden mit dem Verwaltungsrat der Sparkasse erörtert und innerhalb des Hauses kommuniziert.

B. Wirtschaftsbericht

1. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen im Jahr 2015

Wirtschaftsentwicklung

Die Weltwirtschaft expandierte im Verlauf des Jahres 2015 nur moderat. Ausschlaggebend war ein schwächeres Wachstum in den Schwellenländern. Im Zuge der Wachstumsabschwächung ging die Rohstoffnachfrage der chinesischen Wirtschaft merklich zurück, was den globalen Verfall der Rohstoffpreise zur Folge hatte. Davon betroffen sind insbesondere die rohstoffexportierenden Länder Brasilien und Russland, die sich mittlerweile in einer tiefen Rezession befinden.

In den großen Industrieländern stellte sich die konjunkturelle Lage in den vergangenen Monaten recht robust dar. Die anhaltende Nullzinspolitik der Notenbanken aller großen Industriestaaten weist jedoch darauf hin, dass die Nachwirkungen der Finanzkrise noch nicht überwunden sind. Die konjunkturellen Unterschiede zwischen den großen Industrieländern haben die Ausrichtung der Geldpolitik zum zentralen Spannungsfeld der Weltkonjunktur werden lassen. In den Vereinigten Staaten läutete die FED nach siebenjähriger Niedrigzinsphase Ende 2015 die Zinswende ein, Großbritannien könnte folgen. Dem gegenüber hat die EZB ihre Position bekräftigt, am Kurs der expansiven Geldpolitik für den Euro-Raum festzuhalten.

Im Euro-Raum hat sich die Wirtschaft etwas belebt, ein selbsttragender Aufschwung ist allerdings nicht in Sicht. Die positive Entwicklung beruht im Wesentlichen auf Sonderfaktoren wie dem erheblich gesunkenen Außenwert des Euro, die Verbesserung der Finanzierungsbedingungen für private Unternehmen und Haushalte, dem Verfall des Ölpreises und der Einschränkung der staatlichen Konsolidierungsbemühungen. Die Arbeitslosigkeit liegt mit zuletzt 10,8 % weiterhin auf sehr hohem Niveau. Die Auslastung der Produktionskapazitäten ist niedrig und der Preisdruck schwach. Darüber hinaus schreitet der Abbau der Staatsverschuldung nur sehr langsam voran. Zudem bergen internationale Krisen wie in der Ukraine und im Syrien/IS-Konflikt verbunden mit einer nicht geklärten Flüchtlingsfrage aktuell hohe Risiken für die wirtschaftlichen Aussichten im Euro-Raum.

Die deutsche Wirtschaft befindet sich mit einem BIP-Zuwachs von 1,7 % in 2015 in einem moderaten Aufschwung. Die Wachstumsimpulse kommen dabei hauptsächlich

von der Binnenwirtschaft und dabei in erster Linie vom privaten Konsum. Die Investitionstätigkeit der deutschen Wirtschaft fällt weiterhin moderat aus. Die Inflation beläuft sich aufgrund stagnierender Verbraucherpreise und stark gefallener Energiepreise für 2015 auf 0,3 % und damit unter Vorjahresniveau.

Die konjunkturelle Entwicklung im Ruhrgebiet verlief gemäß Konjunkturbericht der IHK im Jahresverlauf unverändert gut. Ihre wirtschaftliche Situation beurteilten neun von zehn Unternehmen als gut oder befriedigend. Die Investitionsbereitschaft zog leicht an. Die konjunkturelle Lage im Ruhrgebiet bleibt zum Jahresbeginn 2016 weiterhin gut. Die ohnehin schon freundliche Stimmung ist nochmals besser geworden. Die Mehrheit der Unternehmen erwartet, dass die wirtschaftliche Entwicklung in etwa so weiter gehen wird wie bisher. Die

vergleichsweise geringe Investitionsneigung bleibt bestehen. Es zeichnet sich zwar eine leichte Verbesserung ab, aber eine durchschlagende Trendwende steht nach wie vor aus. Ihre Einstellungsbereitschaft haben die Betriebe leicht nach oben angepasst.

Unter Berücksichtigung der strukturellen Besonderheiten der Region ist die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Situation im Geschäftsgebiet der Sparkasse Bergkamen-Bönen insgesamt zufriedenstellend verlaufen.

Zinsentwicklung

Die Zinssätze für 2-jährige Bundesanleihen sanken in 2015 um 0,25 %-Punkte auf -0,35 % und stiegen für 10-jährige Bundesanleihen um 0,11 %-Punkte auf 0,70 %. Die Sparkasse Bergkamen-Bönen hatte für 2015 (Planungsstand 30.09.2014) einen Zinsanstieg um durchschnittlich 0,31 %-Punkte erwartet.

Mit dem Ziel, die Inflationsrate im Euro-Raum wieder in Richtung des Zielwertes von knapp 2,0 % zu heben, hat die EZB im Verlauf des Jahres ihre expansive Geldpolitik fortgeführt. Der Hauptrefinanzierungssatz und der Spitzenrefinanzierungssatz wurden durchgehend auf dem extrem niedrigen Wert von 0,05 % bzw. 0,30 % belassen, der Einlagensatz wurde um 10 Basispunkte auf -0,30 % reduziert.

2. Veränderung der rechtlichen Rahmenbedingungen im Jahr 2015

Basel III

In 2015 stellen insbesondere die Aufnahme der Liquiditätsdeckungskennziffer LCR und der Leverage Ratio als verbindlich einzuhaltende aufsichtsrechtliche Säule-I-Anforderung maßgebliche Änderungen dar. Weitere Verschärfungen werden in den kommenden Jahren insbesondere im Bereich der Eigenkapital- und Liquiditätsvorgaben wirksam werden.

Meldewesen

Am 29.12.2014 wurde die Finanz- und Risikotragfähigkeitsinformationenverordnung (FinaRisikoV) veröffentlicht. Damit war erstmals per 31.12.2015 ein standardisiertes Meldewesen im Bereich der Risikotragfähigkeit von der Sparkasse an die Deutsche Bundesbank durchzuführen.

EU-Einlagensicherung

Zum 03.07.2015 ist in Deutschland das Einlagensicherungsgesetz (EinSiG) in Kraft getreten. Das Gesetz setzt die entsprechende EU-Richtlinie 2014/49/EU um. Das Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe wurde den veränderten Anforderungen angepasst und ist nunmehr ein anerkanntes institutsbezogenes Sicherungssystem.

EU-Bankenabgabe

Mit Verordnung (EU) Nr. 806/2014 vom 15.07.2014 wurde ein europäischer einheitlicher Abwicklungsmechanismus und ein einheitlicher Abwicklungsfonds für Kreditinstitute geschaffen. Die nationale Umsetzung erfolgte 2015 durch das Restrukturierungsfondsgesetz

in Verbindung mit der Delegierten Verordnung (EU) 2015/63. Ab 2016 erfolgt die Erhebung der Bankenabgabe auf europäischer Basis auf Grundlage der Durchführungsverordnung (EU) 2015/81.

EU-Wohnimmobilienkreditrichtlinie

Am 20.03.2014 trat die EU-Richtlinie über Wohnimmobilienkreditverträge für Verbraucher (2014/17/EU) in Kraft, deren Inhalte mit Wirkung zum 21.03.2016 in deutsches Recht zu übertragen sind. Für die Sparkasse bedeutet dies im Wesentlichen erweiterte Anforderungen an die Kreditwürdigkeitsprüfung des Darlehensnehmers, an die vorvertraglichen Informationspflichten der Sparkasse, geänderte Vorgaben zur Berechnung des effektiven Jahreszinses und die Einführung von Regelungen über die Erbringung von Beratungsleistungen in Zusammenhang mit Immobilien-Verbraucherdarlehen.

FATCA

Das Abkommen zur Umsetzung des „Foreign Account Tax Compliance Act“ (FATCA) regelt den Datenaustausch steuerrelevanter Informationen zwischen Deutschland und den USA. Seit dem 01.07.2014 sind US-steuerpflichtige Konto- und Depotinhaber – sowohl Privat- als auch Firmenkunden – von allen Banken, Sparkassen, Versicherungen, Fondsgesellschaften und Bausparkassen in Deutschland zu identifizieren und an das Bundeszentralamt für Steuern (BZSt) zu melden.

Gemeldet werden die erforderlichen Kundendaten, Steueridentifikationsnummern sowie Konto- und Depotnummern, Kontosalden sowie gutgeschriebene Kapitalerträge einschließlich Einlösungsbeträge und Veräußerungserlöse. Bei US-amerikanischen Steuerpflichtigen (einschließlich US-Staatsangehörigen) erfolgen diese Meldungen bereits seit 2015. Für die Steuerpflichtigen zahlreicher anderer Länder beginnen die Meldepflichten in 2017.

3. Darstellung, Analyse und Beurteilung des Geschäftsverlaufs

3.1 Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

Die Bilanzsumme verminderte sich im Jahr 2015 von EUR 585,4 Mio. um EUR 13,0 Mio. auf EUR 572,4 Mio.. Das aus Kundenaktiva, Kundenpassiva, Eventualverbindlichkeiten, unwiderruflichen Kreditzusagen und den Kundenbeständen im Wertpapiergeschäft bestehende Geschäftsvolumen erhöhte sich von EUR 758,7 Mio. um EUR 2,9 Mio. auf EUR 761,6 Mio.. Damit war die Entwicklung des Geschäftsvolumens deutlich oberhalb der Erwartungen zu Jahresbeginn.

3.2 Kreditgeschäft

Insgesamt verlief die Entwicklung der Kreditinanspruchnahmen einschließlich Eventualverbindlichkeiten mit einem Anstieg von EUR 339,8 Mio. um EUR 0,3 Mio. auf EUR 340,1 Mio. zum Jahresende unterhalb der Planung von EUR 7,0 Mio.. Ursächlich hierfür ist insbesondere eine unterdurchschnittliche Inanspruchnahme von Kassenkrediten durch die Träger. Die Darlehenszusagen belaufen sich im Jahr 2015 auf EUR 54,9 Mio.. Die Darlehenszusagen zur Finanzierung des Wohnungsbaus erhöhten sich im Gesamtjahr von EUR 18,1 Mio. um EUR 1,6 Mio. auf EUR 19,7 Mio.. Der Strukturanteil der Kundenforderungen an der Stichtagsbilanzsumme verminderte sich von 56,4 % um 2,5 %-

Punkte auf 53,9 %. Im Verhältnis zur Durchschnittsbilanzsumme verminderte sich der Anteil ebenfalls von 57,1 % um 2,9 %-Punkte auf 54,2 %.

Aus den Anteilswerten geht hervor, dass das Kreditgeschäft weiterhin den größten Bereich der Sparkasse im zinstragenden Geschäft ausmacht.

3.3 Wertpapiereigenanlagen

Zum Bilanzstichtag verminderte sich der Bestand an Wertpapiereigenanlagen gegenüber dem Vorjahr von EUR 109,2 Mio. um EUR 0,9 Mio. auf EUR 108,3 Mio.. Der Rückgang ist durch Wertberichtigungen bedingt. Liquidität aus fälligen Wertpapieren wurde im Verlauf des Jahres für den Kauf neuer Wertpapiere genutzt.

3.4 Beteiligungen/Anteilsbesitz

Der Anteilsbesitz der Sparkasse per 31.12.2015 von EUR 9,5 Mio. entfiel vollständig auf die Beteiligung am SVWL. Diese hat sich gegenüber dem Vorjahr wegen einer Stammkapitalherabsetzung des SVWL infolge der Kapitalherabsetzung der dwpbank AG um TEUR 41 reduziert.

3.5 Geldanlagen von Kunden

Die Sparkasse hatte für 2015 einen Rückgang bei den Geldanlagen von -4,9 % erwartet. Diese Erwartung konnte mit einer Erhöhung von +4,8 % über alle Produktgruppen hinweg deutlich übertroffen werden. Insgesamt stiegen die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden von EUR 383,7 Mio. um EUR 16,5 Mio. auf EUR 400,2 Mio. Die von Kunden gehaltenen Wertpapierbestände erhöhten sich aufgrund eines positiven Nettoabsatzes im Wertpapierkundengeschäft von EUR 31,4 Mio. um EUR 3,3 Mio. auf EUR 34,7 Mio..

Die Spareinlagen erhöhten sich von EUR 172,1 Mio. um EUR 17,4 Mio. auf EUR 189,5 Mio.. Die Erwartung zu Jahresbeginn in Höhe eines Zuwachses von 1,5 % (EUR 2,5 Mio.) wurden deutlich übertroffen. Treiber dieser Entwicklung waren im Wesentlichen die Umschichtungen von Termingeldern und fälligen Sparkassenbriefen in die Produktvariante S-Plus-Sparen, die eine saldoabhängige Verzinsung und kurzfristige Verfügbarkeit vorsieht. Der Gesamtbestand der Sparkassenbriefe reduzierte sich aufgrund des sich verändernden Kundenverhaltens hin zu flexiblen und kurzfristigen Anlageformen von EUR 63,5 Mio. um EUR 14,4 Mio. auf EUR 49,1 Mio.. Der erwartete Anstieg zu Jahresbeginn von 1,0 % (EUR 0,7 Mio.) konnte hier nicht erreicht werden.

Die Sichteinlagen und Termingelder sind stark von der Anlagedisposition von gewerblichen Anlegern wie auch der öffentlichen Haushalte bestimmt und unterliegen erfahrungsgemäß starken Schwankungen. Sie erhöhten sich entgegen unserer Erwartungen eines Rückgangs um EUR 26,6 Mio. (-18,0 %) von EUR 148,1 Mio. um EUR 13,5 Mio. auf EUR 161,6 Mio. (+9,1 %).

3.6 Interbankengeschäft

Die Forderungen an Kreditinstitute erhöhten sich von EUR 110,0 Mio. um EUR 14,6 Mio. auf EUR 124,6 Mio.. Der Bestand setzt sich hauptsächlich aus bei Kreditinstituten unterhaltenen Liquiditätsreserven und Anlagen in Schuldscheindarlehen und Termingeldern zur Verbesserung der Rentabilität zusammen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten nahmen von EUR 155,4 Mio. um EUR 30,1 Mio. auf EUR 125,3 Mio. ab. Es handelt sich bei den bestehenden Verbindlichkeiten zu einem erheblichen Teil um langfristige Sparkassenbriefe, die zur Refinanzierung von langfristigen Kundenkrediten und Eigenanlagen verkauft wurden. Das Volumen dieser Refinanzierungsgeschäfte hat sich gegenüber dem Vorjahr von EUR 103,0 Mio. um EUR 50,1 Mio. auf EUR 52,9 Mio. deutlich reduziert. Fällige Sparkassenbriefe wurden zum Teil durch geringer verzinsten Termingeldaufnahmen ersetzt. Darüber hinaus handelt es sich im Wesentlichen um ein langfristiges Offenmarktgeschäft mit der Deutschen Bundesbank sowie um Weiterleitungsdarlehen.

3.7 Dienstleistungsgeschäft

Die Gesamtumsätze der Kunden im Wertpapierbereich lagen mit EUR 8,5 Mio. um 10,4 % über dem Vorjahreswert von EUR 7,7 Mio..

Das Volumen der verwalteten Wertpapiere incl. Depots der Kunden bei der DekaBank erhöhte sich insbesondere aufgrund des positiven Nettoabsatzes sowie der erzielten Kurssteigerungen im Jahresverlauf von EUR 31,4 Mio. um EUR 3,3 Mio. auf EUR 34,7 Mio. zum Jahresende. Diese Entwicklung entsprach der Erwartung steigender Bestände.

Im Jahr 2015 wurden insgesamt 377 Bausparverträge mit einem Vertragsvolumen von EUR 9,9 Mio. abgeschlossen. Mit diesem Vertriebsergebnis konnten die Sparkasse das Vorjahresvolumen übertreffen.

Der Absatz von Sach- und Lebensversicherungen konnte im Jahr 2015 weiter ausgebaut werden. Bei der Vermittlung von Immobilien konnte bei erhöhter Anzahl der Immobilienvermittlungen das Verkaufswert-Volumen des Vorjahres deutlich übertroffen werden.

Das Dienstleistungsgeschäft insgesamt entwickelte sich oberhalb der Erwartungen.

3.8 Investitionen

Im Jahre 2015 wurde der Neubau der Hauptstelle mit einem geplanten Investitionsvolumen von EUR 10,1 Mio. begonnen. Die Fertigstellung ist für den Herbst 2016 geplant.

3.9 Personalbericht

Im Jahr 2015 beschäftigte die Sparkasse im Jahresdurchschnitt einschließlich der Aushilfen 98 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr 102), davon 21 Teilzeitkräfte und 7 Auszubildende.

Um auch in den kommenden Jahren auf gut qualifizierte Nachwuchskräfte zurückgreifen zu können, hat die Sparkasse die Zahl der neuen Auszubildenden bei 3 belassen und nimmt damit ihre Verantwortung als Ausbildungsbetrieb in der Region in besonderem Maße wahr.

Auch im Jahr 2015 war es Ziel der Sparkasse, das bestehende hohe Qualifikationsniveau in allen Unternehmensbereichen zu sichern und weiter auszubauen. So wurden 55 TEUR (Vorjahr 65 TEUR) in Aus- und Fortbildungsmaßnahmen investiert. Schwerpunkte bildeten neben hausinternen Nachwuchs- und Fördermaßnahmen zahlreiche Schulungen und Trainings zur weiteren Stärkung der Beratungs- und Betreuungskompetenz sowie einer ziel- und leistungsorientierten Führungsarbeit.

4. Darstellung, Analyse und Beurteilung der Lage

4.1 Vermögenslage

Die zum Jahresende ausgewiesenen Gewinnrücklagen erhöhten sich durch die Zuführung des Bilanzgewinns 2014. Insgesamt weist die Sparkasse ein Eigenkapital von EUR 30,5 Mio. (Vorjahreswert: EUR 30,2 Mio.) aus. Neben den Gewinnrücklagen verfügt die Sparkasse über umfangreiche weitere Eigenmittelbestandteile.

Die Eigenmittelanforderungen der CRR wurden jederzeit eingehalten. Das Verhältnis der angerechneten Eigenmittel, bezogen auf die risikobezogenen Positionswerte (Adressenausfall-, operationelle, Markt- und CVA-Risiken) übertrifft am 31.12.2015 mit 22,31 % den vorgeschriebenen Mindestwert von 8,00 % gemäß CRR und den als Mindestgröße festgelegten Zielwert von 17,00 % deutlich. Die Kernkapitalquote beträgt 16,77 %. Die Leverage Ratio weist zum 31.12.2015 einen Wert von 5,87 % auf. Die Sparkasse weist damit eine solide Kapitalbasis auf.

4.2 Finanzlage

Die Zahlungsbereitschaft der Sparkasse war im abgelaufenen Geschäftsjahr aufgrund einer angemessenen Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben. Die Liquiditätskennziffer der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht wurde stets eingehalten. Die Liquiditätskennziffer (31.12.2015: 1,90) lag im Berichtsjahr durchgängig über dem in der Risikostrategie festgelegten Mindestwert von 1,15.

Die ab dem 01.10.2015 einzuhaltende Liquidity Coverage Ratio (LCR - kurzfristige Liquiditätsdeckungskennziffer) weist per 31.12.2015 einen Wert von 159 % aus. Die gesetzliche Mindestquote von 60 % wurde stets eingehalten.

Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften wurden Guthaben bei der Deutschen Bundesbank geführt. Die Kredit- und Dispositionslinien bei der Deutschen Bundesbank und der Helaba wurden teilweise in Anspruch genommen. Ein Spitzenausgleich erfolgte durch Tagesgeldaufnahmen bei anderen Kreditinstituten.

4.3 Ertragslage

Zur Analyse der Ertragslage wird für interne Zwecke und für den überbetrieblichen Vergleich der bundeseinheitliche Betriebsvergleich der Sparkassenorganisation eingesetzt. Zur Ermittlung eines Betriebsergebnisses vor Bewertung werden die Erträge und Aufwendungen um periodenfremde und außergewöhnliche Posten bereinigt, die in der internen Darstellung dem neutralen Ergebnis zugerechnet werden. Auf dieser Basis beträgt das Betriebsergebnis vor Bewertung EUR 5,3 Mio. (Vorjahr EUR 5,3 Mio.); der Planwert von EUR 5,1 Mio. konnte übertroffen werden. Im Vergleich mit Sparkassen ähnlicher Größe im SVWL wird ein leicht unterdurchschnittlicher Wert erzielt. Dies gilt auch für die auf Basis der Betriebsvergleichswerte zur Unternehmenssteuerung eingesetzte Zielgröße Cost-Income-Ratio (Verhältnis von Aufwendungen und Erträgen). Das Verhältnis von Aufwendungen und Erträgen veränderte sich leicht von 64,9 % um 0,1 %-Punkte auf 65,0 %. Der strategische Unternehmenswert von max. 65,0 % konnte trotz der anhaltenden Niedrigzinsphase eingehalten werden. Die Kapitalrendite, berechnet als Quotient aus Nettogewinn (Jahresüberschuss) nach Dotierung der Vorsorgereserven und Bilanzsumme, betrug im Geschäftsjahr 2015 0,05 %.

Die wesentlichen Erfolgskomponenten der Gewinn- und Verlustrechnung laut Jahresabschluss sind in der folgenden Ausführungen beschrieben. Die Erträge und Aufwendungen sind nicht um periodenfremde und außergewöhnliche Posten bereinigt.

Der Zinsüberschuss (GuV-Posten Nr. 1 bis 4) erhöhte sich entsprechend der Erwartung von EUR 9,5 Mio. um EUR 1,3 Mio. auf EUR 10,8 Mio.. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr erklärt sich in erster Linie mit der einmaligen Belastung des Vorjahres-Zinsüberschusses durch die erfolgswirksame vollständige Verbuchung des Aufgeldes eines erworbenen Schuldscheindarlehens in Höhe von EUR 2,1 Mio.. In 2015 wurden die Aufgelder (insgesamt EUR 0,5 Mio.) zweier erworbener Schuldscheindarlehen vollständig erfolgswirksam gebucht. Das anhaltend niedrige Zinsniveau wirkte sich belastend auf den Zinsüberschuss aus. Negativ-Zinsen haben das Zinsergebnis nur unwesentlich beeinflusst.

Der Provisionsüberschuss (GuV-Posten Nr. 5 und 6) lag insbesondere aufgrund höherer Erträge aus dem Zahlungsverkehrsgeschäft und der Vermittlung von Immobilien und Versicherungen mit EUR 4,1 Mio. um EUR 0,3 Mio. über dem Vorjahreswert von EUR 3,8 Mio.. Die zu Jahresbeginn geplanten Erwartungen konnten leicht übertroffen werden.

Die Personalaufwendungen erhöhten sich aufgrund einer Tarifierhöhung für 2015 von 2,4 % zum 01.03.2015 sowie erhöhter Aufwendungen für Pensionsrückstellungen von EUR 6,4 Mio. um EUR 0,6 Mio. auf EUR 7,0 Mio.. Die anderen Verwaltungsaufwendungen reduzierten sich von EUR 3,3 Mio. um EUR 0,1 Mio. auf EUR 3,2 Mio.. Aufgrund eines konsequenten Kostenmanagements blieben die Veränderungen unterhalb der Planung zu Jahresbeginn. Bei den sonstigen betrieblichen Erträgen (GuV-Posten Nr. 8 und 20) ist der Rückgang von EUR 0,8 Mio. um EUR 0,3 Mio. auf EUR 0,5 Mio. auf einmalige Auflösungen von Pensionsrückstellungen im Vorjahr zurückzuführen. Der Rückgang der sonstigen betrieblichen Aufwendungen (GuV-Posten Nr. 11, 12, 17 und 21) von EUR 1,1 Mio. um EUR 0,3 Mio. auf EUR 0,8 Mio. kann auf die Bildung einer Rückstellung für Vorfälligkeitserstattungsansprüche im Vorjahr zurückgeführt werden.

Das Ergebnis vor Bewertung und Risikovorsorge erhöhte sich somit unter Berücksichtigung der erfolgswirksamen Verbuchung der Aufgelder erworbener Schuldscheindarlehen leicht über den Erwartungen von EUR 3,3 Mio. um EUR 1,1 Mio. auf EUR 4,4 Mio..

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen nach Verrechnung mit Erträgen (Bewertung und Risikovorsorge, GuV-Posten Nr. 13 bis 16) wurden in Höhe von EUR 3,6 Mio. (Vorjahr EUR 0,8 Mio.) ausgewiesen und liegen somit deutlich oberhalb der Planungswerte zu Jahresbeginn. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr spiegelt die vorsichtige Bewertungspolitik der Sparkasse im Wertpapier- und Kreditgeschäft wider.

Der Fonds für allgemeine Bankrisiken blieb im Berichtsjahr unverändert.

Nach Steuern in Höhe von EUR 0,5 Mio. (Vorjahr: EUR 1,9 Mio.) beträgt der Jahresüberschuss (GuV-Posten 25) EUR 0,3 Mio. und liegt somit auf Vorjahresniveau. Er ermöglicht eine angemessene Aufstockung des Eigenkapitals als Grundlage für die künftige Geschäftsausweitung. Über die Verwendung des Jahresüberschusses entscheidet gemäß § 8 Abs. 2 Buchst. g) SpkG in Verbindung mit § 25 SpkG die Vertretung des Trägers der Sparkasse.

Vor dem Hintergrund des intensiven Wettbewerbs, des anhaltend niedrigen Zinsniveaus und der ertrags- und risikoorientierten Wachstumspolitik ist die Sparkasse mit dem Geschäftsverlauf im Jahr 2015 zufrieden. Unter den gegebenen wirtschaftlichen Bedingungen wird die Geschäftsentwicklung, die bereinigt um Sonderfaktoren oberhalb der zu Jahresbeginn geplanten Werte ausläuft, als zufriedenstellend beurteilt.

6.2 Lippeverband

Lippeverband

Kronprinzenstr. 24
45128 Essen
Telefon: 0201/104-0
Telefax : 0201/2277
E-Mail: info@eglv.de
Internet: www.lippeverband.de

Gegenstand des Unternehmens

Der Lippeverband ist ein Wasserwirtschaftsverband für das Einzugsgebiet der unteren und mittleren Lippe und ihrer Nebenläufe zwischen Lippetal-Lippborg und der Lippemündung in den Rhein. Der Verband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Selbstverwaltung. Grundlage ist das Lippeverbandsgesetz vom 19.01.1926 in der Fassung vom 07.02.1990.

Gebiet, Aufgaben und Mitglieder des Lippeverbandes sind im Lippeverbandsgesetz festgelegt. Der Lippeverband hat innerhalb seines Gebietes im Wesentlichen folgende Aufgaben:

- Abwasserreinigung und Beseitigung der dabei anfallenden Abfälle
- Pflege und Unterhaltung oberirdischer Gewässer
- Naturnahe Umgestaltung offener Abwasserkanäle
- Bewirtschaftung von Grund- und Regenwasser
- Vermeidung, Minderung, Beseitigung und Ausgleich wasserwirtschaftlicher, insbesondere durch den Steinkohlebergbau hervorgerufener oder zu erwartender nachhaltiger Veränderungen

Der Lippeverband plant, baut und betreibt die dafür notwendigen Anlagen, insbesondere Gewässer, Kläranlagen, Pumpwerke, Deiche, Abwasserkanäle und Regenbecken.

Zusammensetzung der Organe der Gesellschaft

Vorstand

Für die Geschäftsleitung des Verbandes war der Vorstand in folgender Zusammenstellung verantwortlich:

Vorstandsbereich Strategie und kaufmännische Services:

Dr. Jochen Stemplewski
Vorsitzender

Vorstandsbereich Wassermanagement und Technische Services:

Dr. Emanuel Grün

Vorstandsbereich Personelle und Soziale Services:

Raimund Echterhoff

Verbandsrat

Vorsitzender:

Bernd Tönjes, Vorstandsvorsitzender Deutsche Steinkohle AG

Stellv. Vorsitzender:

Dr. Eckhard Ruthemeyer, Bürgermeister, Stadt Soest

Verbandsversammlung

Für die **Stadt Bergkamen** sind in die Verbandsversammlung entsandt

Dr.-Ing. Peters, Hans-Joachim
Bommer, Knut
Jürgens, Michael
Pufke, Marco Morten
Grziwotz, Thomas

Wesentliches aus dem Geschäftsbericht

Mitarbeiter 719 (davon 22 Auszubildende) -Stand 31.12.2014-

2014/2015

Mit dem großen Finale an der Seseke konnte der Lippeverband im September 2014 den Abschluss des Seseke-Umbaus feiern. Die zu offenen Abwasserkanälen umfunktionierten Gewässer waren jahrzehntelang mit Sohlshalen aus Beton ausgebaut. Im Rahmen des Seseke-Programms wurden unter anderem an Seseke, Körne, Lüserbach und Süggelbach geschlossene, unterirdische Kanäle gebaut, die Betonplatten entfernt und die Gewässer naturnah umgestaltet.

Eine moderne Wasserwirtschaft muss sich heute einer Vielzahl von Anforderungen stellen, die über die rein technische Umsetzung von Projekten weit hinausgehen. Für das Leben in den Städten von morgen leistet sie einen bedeutenden Beitrag und vereint alle Themen rund um den Wasserkreislauf. Die im Herbst 2014 ins Leben gerufene Kooperation „Gemeinsam an der Lippe“ verknüpft Wasserwirtschaft, naturnahe Gewässerentwicklung und integrierte Stadtentwicklung miteinander. Neben der Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch und Dialog geht es auch um die Entwicklung und Umsetzung von gemeinsamen Projekten und Maßnahmen von Kommunen und Lippeverband.

Der Lippeverband ist fachlich kompetent, innovativ und fortschrittlich – dies bestätigt die Mehrheit der Befragten bei der aktuellen Imageanalyse aus dem Herbst 2014. Am Seseke-Umbau schätzen die Menschen der Region, dass unter anderem die Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten verbessert werden. Ein wichtiger Faktor sind insbesondere die Radwege, die Gewässer erlebbar machen.

Mitglieder und Gebiet (Stand 30.06.2014)	
Mitglieder des LIPPEVERBANDES	154
Einzugsgebietsgröße	3.280 km ²
Einwohner	1,39 Mio.

Wasserläufe und Anlagen (ohne Stadtentwässerung Hamm) (Stand 30.06.2014)	
Wasserläufe	395 km
davon - Lippe	148 km
- Reinwasserläufe	199 km
- Schmutzwassersammler	49 km
Abwasserkanäle	128 km
Deiche	76,13 km
davon - Lippe	32,61 km
- Nebenläufe	43,52 km
Entwässerungspumpwerke	100
Anteil der durch Pumpwerke entwässerten Fläche am Verbandsgebiet	15,7 %
Hochwasserrückhaltebecken	34
Regenrückhaltebecken	28
Regenwasserbehandlungsanlagen	12
Regenüberläufe	21
Kläranlagen	50
Abwasserpumpwerke	48

Finanzen	2014	2013 T€	2012 T€
Jahresabschluss			
Bilanzsumme	1.262.697	1.207.120	1.214.103
Anlagevermögen	1.212.070	1.180.161	1.179.496
Umlaufvermögen	50.627	26.959	34.607
Eigenkapital	266.377	265.059	268.190
Fremdkapital	996.320	945.061	945.913
Umsatzerlöse	147.473	144.753	145.646

Für das Jahr 2015 beträgt die Umlage des Lippeverbandes lt. vorläufigem Beitragsbescheid 158.770,628 € (Vorjahr: 153.047,129 €). Dieser Betrag setzt sich wie folgt zusammen:

	2015	2014	2013 €
Beiträge für den Erfolgsplan	148.642.000	146.083.849	145.265.145
Beiträge für den Vermögensplan, Abschnitt Wiederherstellungsarbeiten	5.718.028	2.560.280	3.723.932
Abwasserabgabe	4.410.000	4.403.000	5.000.000

Der Anteil der **Stadt Bergkamen** beläuft sich auf

▪ Erfolgsplan	4.921 T€	(Vorjahr: 5.047 T€)
▪ Vermögensplan	0 T€	(Vorjahr: 0 T€)
▪ Abwasserabgabe	142T€	(Vorjahr: 143 T€)

In der Gebührenkalkulation der **Stadt Bergkamen** für die Abwasserbeseitigung 2015 stellen die Umlage und die Abwasserabgabe einen Anteil von 29,88 % der Kosten dar.

Die gebührenrelevanten Kosten der Abwasserbeseitigung bei der **Stadt Bergkamen** (ab 01.01.1997 Stadtbetrieb Entwässerung) stellen sich wie folgt dar:

Kostenart	T€	%
A) Personalkosten	598	3,42
B) Sachkosten		
- ohne Lippeverbandsumlage	2.150	12,31
- Lippeverbandsumlage einschl. Abwasserabgabe	5.055	28,95
C) Kalkulatorische Kosten	9.657	55,32
	17.460	100,0